Deutschland-Journal 2022

Der Russland-Ukraine-Konflikt:
Ursachen, Hintergründe und Verlauf

SWG

STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE GESELLSCHAFT E. V.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, dass Gesellschaft und Staat ihre Sache sind, und die mit Friedrich d. Gr. es als die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers" begreifen, „seinem Vaterland zu dienen" und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen…" (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fasson selig werden" kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, dass die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und nach einer gerechten Wertung.

Wir werben dafür, dass wir Deutschen selbstbewusst zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation" (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgemäß sprechen unsere Vortragenden einen von politischer Korrektheit ungetrübten Klartext, um anhand der Fakten die Lage und die Folgerungen daraus möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, dass in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewusstsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 3000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Kiel, Lübeck, Hamburg und Hannover führt sie pro Jahr zahlreiche Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende (Anhalt: 5 €). Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-hamburg.de.

SWG

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Deutschland-Journal

Der Russland-Ukraine-Konflikt:
Ursachen, Hintergründe und Verlauf

Zum Titelbild:
Dem Krieg folgte ein verhandelter Friede
Berliner Kongress von Anton von Werner, im Berliner Rathaus (Wiki)

Schlußsitzung des Berliner Kongresses am 13. Juli 1878 nach dem russisch-türkischen Krieg. Handschlag des Reichskanzlers Otto v. Bismarck (der "ehrliche Makler") mit dem russischen Botschafter in London Peter Graf Schuwalow, daneben Österreichs Außenminister Gyula Andrassy; links Russlands Staatskanzler Alexander Fürst Gortschakow mit dem britischen Premier Benjamin Disraeli; rechts türkische Delegierte und der britische Außenminister Lord Salisbury.

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 103
ISSN 0944-324X ISBN 978-3-88527-128-4
Redaktion: Bernd Kallina

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Liebe Leser!

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?
Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?
Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

Mit Dank voraus
Vorstand und Redaktion

© 2022 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.
Geschäftsführender Vorstand: Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Vors./
Bernd Kallina, Dipl.sc.pol., Stv. Vors.
Beirat: Wilhelm v. Gottberg, Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann,
Dr. Dieter Ose, Dr. Helmut Roewer, Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof
Postf. 261827 - 20508 Hamburg - T. 040/54817400
geschaeftsstelle@swg-mobil.de / www.swg-mobil.de
Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt
Postbank Hamburg IBAN: DE05200100200339614200
Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer

Ihre Spende und/oder Ihren Mitgliedsbeitrag können Sie jetzt auch schnell und problemlos über PayPal einzahlen: Einfach auf unsere Netzseite gehen: www.swg-hamburg.de und den Menüpunkt „Spenden“ aufrufen. Dann auf den PayPal-Knopf klicken und los geht´s! Oder Sie lesen mit Ihrem Mobiltelefon den QR-Code ein.

PayPal
Scannen. Zahlen. Fertig!

www.kontrafunk.radio

Das erste liberal-konservative
Radio für alle deutschsprachigen Länder

KONTRAFUNK

Die Stimme der Vernunft

Das Medium des bürgerlichen Mittelstands

: mit eigener Nachrichtenredaktion
: kulturellem Abendprogramm
: exklusiven Diskussionssendungen
: anspruchsvollen Podcasts

Seit dem
21. Juni 2022
rund um die Uhr
auf Sendung

Regierungskritisch, euroskeptisch, genderavers, energiewendefeindlich und politisch unabhängig.

General
Gerd Schultze-Rhonhof

Unterzeichnung der
1. Genfer Konvention 1864

Vorwort 6
Der SWG-Vorsitzende Stephan Ehmke zu den deutschen Interessen angesichts der Kriegslage in Europa sowie mit einer Stellungnahme zum verhinderten SWG-Seminartag in Hamburg

Grußwort zum Seminartag ...10
Der ehemalige Bundesbildungsminister Rainer Ortleb richtet ermutigende Worte an die Teilnehmer des SWG-Seminartages

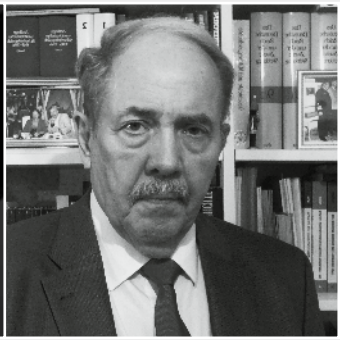
Der Ukraine-Russland-konflikt: Das andere Narrativ 13
Gerd Schultze-Rhonhof schildert in einem tiefschürfenden Beitrag die Hintergründe über Ursachen und Verlauf des Russland-Ukraine-Konflikts

Europa selbstbestimmt? 43
Manfred Backerra geht in seiner Betrachtung auf die Rolle Europas und Russlands im Zusammenhang mit dem von den USA dominierten transatlantischen Beziehungen ein

Manipulation der Menschenmassen im 21. Jahrhundert 55
Im ersten Beitrag von Reinhard Uhle-Wettler stellt der Autor die Methoden von Meinungsmanipulation dar

Mißbrauch der Ukraine durch die USA 57
Im zweiten Beitrag thematisiert Reinhard Uhle-Wettler die gefährlichen Fehlentwicklungen druch die westliche Führungsmacht USA im Umgang mit der Ukraine

Eine alte Problematik:
Propaganda und Wirklichkeit, Information und Desinformation



Dr. Dieter Ose,
Spezialist für alle Medien-Fragen

Völkerrechtliche Betrachtungen zum Krieg in der Ukraine.....59
Warum die Rechtslage beim Krieg zwischen Russland und der Ukraine eine wichtige Rolle spielt: Das beleuchtet der Beitrag von Rainer Thesen

Anmerkungen zu Propaganda 73
Über die Grundlagen von Propaganda in Krieg und Frieden seit Menschheitsbeginn informiert Dieter Ose in einer differenzierten Darstellung. Sie wird mit vielen Beispielen verdeutlicht.

Der Revisionismus-Vorwurf im Systemvergleich 107
Die staatliche Bekämpfung der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland durch den „Revisionismus-Vorwurf" von Verfassungsschützern ist ein Skandal. Josef Schüßlburner nimmt ihn zum Anlass einmal historische Vergleiche mit sozialistischen Diktaturen anzustellen.

Wie ist es eigentlich gewesen? 133
Kann es eine objektive Geschichtsschreibung überhaupt geben? Dieser Frage und damit verwandte Themen fließen in das Interview von Bernd Kallina mit dem Vorsitzender der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" ZFI ein.

Lesenswerte Bücher
„Putin - Von Lenins Koch bis Putins Palast" 147
„Deutschlands nationale Interessen"..... 153
„Das große Erwachen"..... 156
Besuch im Labyrinth - Zum jüngsten Roman von Uwe Tellkamp..... 162
„Das Recht der Nationen".... 171
„Was ist altkonservativ?" 173

Stephan Ehmke

Verehrte Leserinnen und Leser!

Die gegenwärtige deutsche Außenpolitik konterkariert die Interessen unseres Landes. Es ist nicht im Interesse Deutschlands, Russland aus Europa hinauszuwerfen. Es ist nicht im Interesse Deutschlands, unsere Wirtschaftsgrundlagen durch aberwitzige Sanktionen zu zerstören. Es ist nicht im Interesse Deutschlands, sich in einen Krieg verwickeln zu lassen, der mit der Verteidigung unseres Landes nichts zu tun hat und der in einen neuen Weltkrieg ausarten könnte. All dies ist auch nicht im Interesse Europas und seiner Nationen, angesichts der massiven globalen Umwälzungen, die heute im Gange sind. Denn eines dürfte ungeachtet aller Unwägbarkeiten bereits feststehen: Die unipolare Weltordnung wird keinen Bestand mehr haben, sie wird einer neuen, multipolaren Weltordnung weichen.

Man muss blind sein, um nicht zu sehen, dass die verzweifelt um ihre Hegemonie kämpfenden Vereinigten Staaten von Amerika im Niedergang begriffen sind – politisch, militärisch, wirtschaftlich und kulturell. Die dort freigesetzten divergierenden Kräfte könnten zu einer neuen Sezession führen, wie internationale Beobachter konstatieren. Die Administration Trump hat versucht, den zerstörenden Kräften Einhalt zu gebieten, sie ist gescheitert – oder wurde gestürzt, je nachdem, welchen Blickwinkel man einnimmt. Die Administration Biden treibt die Zerstörung nur umso intensiver voran und beschleunigt den Weg abwärts.

Europa ist in Ost und West gespalten. Westeuropa mit der EU, einschließlich Deutschlands, haben sich auf Gedeih und Verderb der abtretenden Hegemonialmacht USA verschrieben. Die Entscheidung, vor die der Kontinent und unser Land nach wie vor gestellt sind, lautet: Lassen wir uns weiter mit in den Untergang ziehen oder nicht?

Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft rechtfertigt nicht das Vorgehen Russlands in der Ukraine, wo es eindeutig völker-

rechtswidrig ist. Sie verurteilt jeden illegalen Angriff auf ein souveränes Land. Sie bekennt sich zu der Charta der Vereinten Nationen. Sie steht dazu, dass Kriege diplomatisch verhindert werden müssen und letztlich nur zur Verteidigung der eigenen Grenzen, der Bürger des eigenen Landes und ihres Eigentums sittlich zulässig sind.

Doch die SWG anerkennt auch, dass Russland in den vergangenen Jahren durch eine unverantwortliche Politik seitens der NATO unnötig provoziert wurde, indem seine Sicherheitsinteressen nicht nur ignoriert, sondern mit Füßen getreten wurden. Dass im Rahmen einer fatalen Politik die Ukraine instrumentalisiert wurde, weil sie militärisch und ideologisch gegen ihren Nachbarn Russland und die Russen in Stellung gebracht wurde.

Aber ungeachtet der Frage der Verantwortlichkeit muss dieser Krieg zu einem raschen Ende gebracht werden. Dies geht nur auf dem Verhandlungswege. Daher sind alle Seiten aufzufordern, unverzüglich in Gespräche über einen Waffenstillstand einzutreten. Die Verlängerung und Eskalation des Krieges durch Waffenlieferungen an die Ukraine müssen sofort eingestellt werden. Deutschland darf nicht Kriegspartei werden. Und es ist eine Sanktionspolitik zu beenden, die nicht nur eindeutig völkerrechtswidrig ist, sondern Gefahr läuft, die Wirtschafts- und Existenzgrundlagen vieler Völker zu untergraben, insbesondere in der Dritten Welt, wo bereits jetzt neue Hungerkatastrophen drohen.

Unendliche gegenseitige Schuldzuweisungen helfen dabei nicht weiter. Wir wissen aus der Geschichte, dass Kriege stets viele Väter haben und dass bei der Frage der Verantwortlichkeit nicht entscheidend ist, wer den ersten Schuss abgefeuert hat, sondern was vor diesem ersten Schuss geschehen ist.

Die SWG hat sich in seinem letzten Deutschland-Journal mit dem Europa der Zukunft beschäftigt. Sie hat die Frage gestellt, wie ein Europa der Zukunft aussehen könnte und welche politische, militärische und wirtschaftliche Architektur dem zugrunde liegen müsste. Eine der Antworten war, dass die europäischen Völker sich zunächst einmal ihrer eigenen Identität wieder bewusst werden müssten; der spirituellen und historischen Grundlagen ihrer Traditionen und ihrer Kulturen. Sie müssten erneut erkennen, wofür es sich zu leben und zu arbeiten lohnt. Die gegenwärtige „Europäische Union“ hat sich als unfähig erwiesen, auf diese Fragen Antworten zu geben und die Richtung des Handelns zu weisen. Die EU hat Europa gespalten und ideologisch in

Antifa-Terror verhindert SWG-Seminartag: Wir beugen uns nicht!

Der diesjährige Seminartag in Hamburg anlässlich des 60-jährigen Bestehens der SWG sollte am 18.6.2022 unter dem Titel stehen „Deutsche Identität“. Doch zur Durchführung kam es nicht, nachdem linksextreme Drohungen den Eigentümer des Veranstaltungsortes zur Kündigung des Vertrages gebracht hatten; eine Absage des Seminartages war damit unausweichlich.

Der politische Terror gegen Andersdenkende und Regierungskritiker verschärft sich täglich. Bürger dieses Landes werden mit kriminellen Mitteln daran gehindert, sich friedlich zu versammeln und ihre Meinung frei zu äußern. Diejenigen, welche den Terror gegen freie Menschen ausüben, werden hierzulande von verantwortlicher politischer Seite nicht nur geduldet, sondern offen unterstützt und finanziell gefördert. Dies alles legt die Axt an die Wurzeln von Freiheit, Recht und Demokratie.

Die SWG wird sich dem nicht beugen. Wer meint, wir würden uns von dem ruchlosen Vorgehen der Linksextremisten und ihrer Unterstützer in der Parteipolitik entmutigen oder verschrecken lassen, hat sich verrechnet. Wir versprechen: Wir werden auch weiterhin in Hamburg Veranstaltungen durchführen und unsere grundgesetzlich garantierten Recht wahrnehmen und auch durchsetzen. Der kriminelle Angriff gegen unsere Arbeit spornt uns nur an!

Alle gesetzestreuen und rechtschaffenen Bürger dieses Landes aber rufen wir dazu auf, sich von den kriminellen Machenschaften der Antifa und Co. und ihrer Helfershelfer in der Politik öffentlich zu distanzieren und ihnen Widerstand entgegenzusetzen. Wir sind uns sicher: Anstand, Wahrheit und Recht werden schließlich triumphieren. Dafür kämpfen wir weiter.

Für den Vorstand der SWG
Stephan Ehmke
Vorsitzender

die Irre geführt. Sie hat vor allem die Völker des Kontinents von ihren Identitäten entwurzelt.

Die SWG steht für eine vernünftige Politik der nationalen Souveränität, die allein geeignet ist, Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit zu gewährleisten. Sie will ein Deutschland ohne Abhängigkeiten gegenüber irgendeiner Seite, jedoch eingebettet in ein System gegenseitiger Rechte und Pflichten innerhalb der Völkergemeinschaft. Wir berufen uns dabei ausdrücklich auch auf Otto von Bismarck, der ein Europa des Gleichgewichts, des Ausgleichs der Interessen und Anerkennung der Souveränität der Staaten als Voraussetzung für Frieden und Wohlstand schuf. Wie schmerzlich vermissen wir heute bei uns Staatsmänner seines Formates, dies nicht zuletzt, was die Beurteilung der Beziehungen Russlands und Deutschlands betrifft.

Die geistigen Grundlagen Europas sind die Traditionen des christlichen Abendlandes. Russland gehört selbstverständlich dazu, spirituell, kulturell und auch territorial. Es ist geradezu aberwitzig, Russland aus Europas ausgrenzen zu wollen. Russland war – und ist es auch heute noch – ein wichtiger Baustein in der europäischen Architektur, nicht zuletzt seiner Sicherheitsstruktur (Bismarck wusste das noch!). Es ist alle Bemühungen wert, Russland durch eine Politik der Verständigung, des Ausgleichs und der Versöhnung wieder in das europäische Boot zu holen. Doch dazu muss man reden und darf nicht schießen. Hoffen wir, dass es noch nicht zu spät ist!

Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft ist in diesem Jahr 60 Jahre alt geworden. In diesen sechs Jahrzehnten haben wir – so glauben wir sagen zu können – , unseren Auftrag als Organisation der politischen Bildung erfüllt, weil wir unseren Grundsätzen treu geblieben sind. Zu diesen Grundsätzen gehörte stets, eine Politik im Interesse unseres Landes und unseres Volkes einzufordern. Dies mit Maß und Vernunft, ohne Überheblichkeit, ohne nationalistische Übersteigerung, aber mit einer gehörigen Portion verantwortlichen Patriotismus. Wir haben in gut preußischer Gesinnung unseren Auftrag immer als Dienst am Gemeinwohl verstanden. Wir meinen, dass auch heute zu tun, indem wir angesichts der ausufernden Konflikte in Europa alle Kräfte zu einer Politik der Mäßigung, des Ausgleichs und des Friedens aufrufen.

Professor Dr. Rainer Ortleb,
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft a.D.

„Bleiben Sie Ihrem deutschen Kurs treu!“

Grußwort von Bundesbildungsminister a.D. Rainer Ortleb zum SWG Seminartag 2022

Sehr geehrter Herr Ehmke, sehr geehrter Herr SWG-Vorsitzender, sehr geehrte Teilnehmer am Seminartag 2022 Ihrer geschätzten staatsbürgerlichen Vereinigung,

vorab meine herzlichen Glückwünsche zum 60. Jahrestag Ihrer „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, deren Wirken ich schon seit meiner Zeit als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im Kabinett von Helmut Kohl in den 1990er Jahren mit zustimmendem Interesse aufmerksam verfolgt habe. Zeichnet sich doch die SWG mit Ihren Tagungen und Veröffentlichungen dadurch aus, dass sie immer wieder jene lebenswichtigen Fragen und Probleme unseres Landes verantwortungsvoll aufgreift und aus patriotischer Sicht beleuchtet, die – leider – von vielen anderen politischen Kräften nicht nur vernachlässigt, sondern – sogar zum Nachteil unseres deutschen Vaterlandes – bekämpft werden. Ich weiß, was es bedeutet, hier beharrlich gegen den Strom zu schwimmen. Respekt für Ihren Mut dazu!

Bleiben Sie also Ihrem deutschen Kurs, der auch meiner war und ist, treu! Lassen Sie sich durch ungerechtfertigte Angriffe nicht irritieren oder gar entmutigen! Halten Sie weiterhin im Sinne Ihrer staatsbürgerlichen Bildungsarbeit konsequent an Ihren patriotischen Grundsätzen fest! Denn es ist, um treffliche Worte des großen deutsch-englischen Liberalen Ralf Dahrendorf hier einmal aufzugreifen, Zitat: „Eine bürgerliche Pflicht, sich

einzumischen....Eine aus Demokraten bestehende Demokratie macht denen, die an der Macht sind, das Leben schwer, schon allein dadurch, dass man unablässig und unerbittlich Fragen stellt, Kritik übt und Druck erzeugt!“ (Frankfurter Rundschau vom 14. August 2004).

Ich wünsche Ihrer heutigen Tagung, die unter dem Motto „Deutsche Identität“ stattfindet, einen erfolgreichen Verlauf und überbringe Ihnen aus meiner Heimatstadt Dresden ganz herzliche sowie national-liberale Grüße in gesamtdeutscher Verbundenheit!

Dresden, 18. Juni 2022.

„Sie glauben doch, dass den Mainstream-Medien überhaupt nicht zu trauen ist.
Warum lesen Sie dann die WELT und schauen die Tagesschau?“
„Weil ich immer auf dem letzten Stand der Desinformation sein will.“

Manfred Backerra

PROPAGANDA

oder der Mythos der Demokratie

Gabriele Kuby

PROPAGANDA ist das Werkzeug der Herrschenden, um durch die hochentwickelten Techniken der psychischen Manipulation die Zustimmung der Massen zu erzeugen. Am Beispiel der COVID-Maßnahmen erfahren Sie in diesem Buch, wie die Fäden gezogen werden und wie Sie Ihre Resistenz gegen das hochansteckende Propaganda-Virus stärken können.

€14.80, ISBN: 978-3-87336-755-5, 130 SEITEN, PAPERBACK

Weiterhin lieferbar

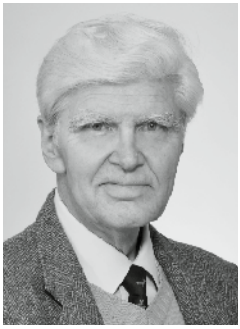
Interviews & Beiträge im deutschen Interesse
mit Günter Deschner • Gernot Facius
Karl Wilhelm Fricke • Christian Jung
Armin-Paulus Hampel • Konrad Löw
Hans-Helmuth Knütter • Vera Kosova
Rainer Ortleb • Werner J. Patzelt
Rüdiger Proske • Günter Rohrmoser
Erika Steinbach • Rolf Stolz
Peter Streichan • Michael Wolffsohn
Alfred de Zayas

236 SEITEN MIT ABILDUNGEN
ISBN: 978-3-87336-708-1
DIN A 5 KLAPPENBROSCHÜRE
PREIS: 16,99 EURO

WWW.GERHARD-HESS-VERLAG.DE

Gerd Schultze-Rhonhof

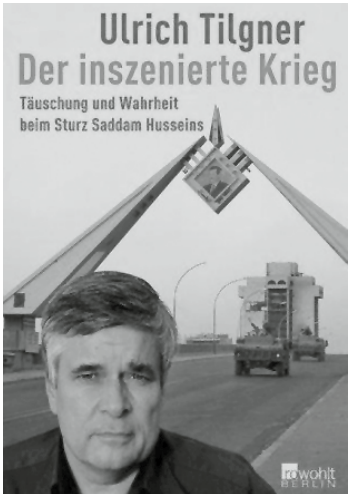
Der Ukraine-Russland-Konflikt: Das andere Narrativ



Um den Lesern die zeitraubende Lektüre meiner langen Überlegungen und Erkenntnisse etwas zu ersparen, setze ich deren Ergebnis an den Anfang. Russland und die Ukraine haben gleichermaßen Völkerrechtsprinzipien auf Ihrer Seite und auch beide haben gegen Völkerrecht verstoßen. Beide haben bestimmte Eskalationsschritte zuerst getan und auch auf die Schritte Ihrer Gegner oft nur reagiert. Ein Urteil über eine Alleinschuld oder Hauptschuld sollte kein Außenstehender sich anmaßen. Der unvermeidbare Streit darüber wäre nur ein Hindernis für einen sofortigen Frieden, der möglich wäre. Doch davon erst zum Schluss.

Dass diese Erkenntnis für deutsche Leser nicht nachvollziehbar ist, liegt daran, dass unsere deutschen Medien uns seit 2014 ausschließlich ukrainische Nachrichten und Kommentare auf Deutsch servieren, die wir dann für objektive Nachrichten halten. Wichtig für unser eigenes Urteil ist jedoch auch, was die deutschen Medien verschweigen. Selbst Journalisten der deutschen Medienanstalten, die aus Moskau berichten, schauen nur durch die Brillen ihrer Medien. Mich erinnert das an den seinerzeit prominenten Sonderberichterstatter des ZDF, Ulrich Tilgner, im Irakkrieg. Der verabschiedete sich eines Tages zu meiner damaligen Überraschung mit der Meldung, er arbeite nicht weiter für das ZDF und er wechsele in die Schweiz, weil er nicht mehr hinnehme, dass ihm das Fernsehen vorschreibe, was und wie er aus dem Ausland zu berichten und zu kommentieren habe.

Seit etwa 2012 bis 2014 bekommen wir über die Vorgänge in der Ukraine nur die halbe Wahrheit präsentiert und das mit EU- und USA-gefärbten Kommentaren. Damit laufen wir heute einspurig auf dem Selenskyj-Gleis. Ich habe mir aus eigener Neugier auch Schwei-



Das lesenswerte Buch des Ex-ZDF-Journalisten Ulrich Tilgner klärt jenseits der Propaganda-Fronten hintergründig auf. Weil er über die wahren Verstrickungen des Irak-Krieges nicht ausführlich berichten durfte, nahm er seinen Hut, verließ das ZDF und wechselte in die Schweiz.

zer, ungarische, arabische, russische und selbstentlarvende ukrainische Stimmen und Videos angehört und angesehen, die es ja alle auch in deutscher oder englischer Übersetzung gibt. Ich bin damit in einem völlig anderen Narrativ gelandet. Das stelle ich Ihnen jetzt zur eigenen Urteilsbildung vor. Hier weiterzulesen, setzt allerdings etwas Geduld voraus.

Die Vorgeschichte auf der Krim

Ab etwa 1990 beginnt die Sowjetunion auseinanderzubröckeln. Es beginnt mit den drei kleinen Baltenstaaten und springt auch bald auf die benachbarte Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik über. Letztere ist mit etwa 70 % Ukrainern und knapp 30 % Russen ein ethnisch gemischter Zweivölker-Staat. Die Russischsprachigen leben konzentriert auf der Krim und im Osten der Ukraine. Während der Loslösungsphase der Gesamtukraine vom Juli 1990 bis in den November 1991 versucht auch die zu 77 % russischsprachige Mehrheit der Krimbewohner, sich ihrerseits von der Ukraine zu trennen. Es folgen mehrere Referenden, Abstimmungen und Parlamentsentscheidungen, in denen um den zukünftigen Weg der Krim gerungen wird. Am 20. Januar 1991 z. B. gibt es eine Parlamentsentscheidung, die für die Autonomie der Krim und ihren Verbleib bei Russland stimmt und eine Entscheidung vom Juni 1992, die für den Verbleib der Krim

als autonomen Bestandteil der Ukraine steht. Die Lunte für die Abspaltung der Krim von der Ukraine brennt also, seit sich die Ukraine selbständig gemacht hat. Die Frage, die im Raume steht, ist, warum die westliche Welt die Abspaltung der 1,6 Millionen Esten und der 2,7 Millionen Letten von der Sowjetunion 1990 gutgeheißen hat und die spätere Loslösung der 2,35 Millionen Krimbewohner von der Ukraine 2014 als Bruch des Völkerrechts verurteilen wird. Ich komme später auf diesen Punkt zurück.

Dauerstreit: Die NATO-Osterweiterung

Zeitgleich mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion beginnt auch der Ost-West-Dauerstreit um eine Ausdehnung der NATO nach Osten. Auslöser ist ein amerikanisches mündliches Versprechen des Außenministers Baker gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow, als über eine deutsche Wiedervereinigung verhandelt wird.

Nach monatelangem Verhandeln der Siegermächte und beider deutscher Teilstaaten um den zukünftigen Status Deutschlands wird dem vereinten Deutschland von Russland der Verbleib in der NATO zugestanden, was heute unstrittig und vollzogen ist. Und es wird im Gegenzug den Russen zugesichert, dass die NATO ihrerseits auf ihre Ausdehnung nach Osten verzichtet, was heute strittig ist. Am 8. Februar 1990 sagt der amerikanische Außenminister Baker Generalsekretär Gorbatschow zu, dass „die NATO keinen Inch weiter nach Osten vorrückt". Auf Gorbatschows Rückfrage wiederholt er das noch einmal. Baker bestätigt seine ursprüngliche Aussage einem Journalisten gegenüber später noch einmal, nimmt sie inhaltlich jedoch zurück. Er erklärt: „Ich hatte das weder mit dem Weißen Haus noch mit dem Nationalen Sicherheitsrat abgestimmt. Zwei Tage nach meinen Äußerungen gegenüber Gorbatschow zur NATO-Erweiterung änderten die USA ihre Position. Die Russen wussten das."

Bakers Zusage wird desungeachtet am 17.Mai 1990 durch den deutschen NATO-Generalsekretär Wörner bestätigt, der – obwohl dazu offensichtlich nicht autorisiert – ebenfalls den Verzicht der NATO auf eine Osterweiterung ausspricht.

Der britische Außenminister Hurd sagt Gorbatschow am 11.April 1990 bei seinem Staatsbesuch in Moskau zu, dass Großbritanni-

en nichts tun werde, was sowjetische Interessen und die sowjetische Würde beeinträchtigt.

Bei einem Besuch Außenminister Genschers bei seinem Amtskollegen Baker gibt Genscher einem Journalisten des 1. Deutschen TV-Programms ein Interview. Er sagt, neben Baker stehend, ins Mikrophon: „Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. … Das bezieht sich nicht nur auf die DDR, sondern das gilt ganz generell." (wörtliches Zitat) Das Interview ist heute noch bei Youtube einzusehen. (Internet: „Genscher & Baker keine Osterweiterung der NATO")

Am 6. März 1991 sagt der damalige Leiter des Genscher-Ministerbüros Jürgen Chrobog gegenüber den politischen Direktoren der Außenämter Englands, Frankreichs und der USA bei Überlegungen zur zukünftigen Sicherheit der osteuropäischen Staaten: „ Wir haben in den 2-plus-4-Verhandlungen deutlich (clear) gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen werden. Wir können deshalb Polen und den Anderen keine NATO-Mitgliedschaft anbieten." Es gibt also zahlreiche mündliche Wiederholungen des westlichen Versprechens, auf eine NATO-Osterweiterung zu verzichten. Dass der damalige Kanzlerberater Teltschik heute behauptet, dass es diese Zusagen nie gegeben hat, will da nichts heißen. Er war bei den hier zitierten mündlichen Versicherungen nie zugegen.

Die US-Außenministerin M. Albright setzte die NATO-Osterweiterung von Tschechien, Polen und Ungarn durch. Diese drei Staaten sind seit 1999 Mitglieder der nordatlantischen Allianz.

Noch drei Jahre später, im Frühjahr 1993, bestätigt US-Präsident Clinton in einer Rede, dass der Verzicht auf eine Osterweiterung der NATO auch seiner Ansicht entspricht. Im Herbst 1997 kommt dann die Wende. Die in Tschechien geborene US-Außenministerin Madeleine Albright regt damals an und setzt es durch, dass Tschechien, Polen und Ungarn 1999 in die NATO aufgenommen werden.

Heute wird die ursprüngliche Erklärung des US-Außenministers Baker gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow nicht als bindend anerkannt, weil sie nicht schriftlich und vertraglich fixiert worden ist und weil Gorbatschow im Verlauf der folgenden Verhandlungen nicht auf die Aufnahme dieser Bedingung in die Verträge bestanden hat. „Nicht-Widerspruch" gilt diplomatisch und staatsrechtlich als schweigende Zustimmung. Unter Historikern und Staatsrechtlern gibt es aber auch davon abweichende Beurteilungen der Bindekraft von mündlichen Absprachen.

Man sollte trotzdem nicht übersehen, dass es auch zwischen Völkern und Regierungen so etwas wie Vertrauen und Vertrauensschutz gibt. Eine mehrfach mündlich abgegebene Zusicherung durch amerikanische, deutsche und NATO-Politiker, dass die NATO nicht nach Osten erweitert wird und dass man keine einseitigen Vorteile aus der deutschen Wiedervereinigung ziehen will, haben eine russische Erwartungshaltung erzeugt.

Es folgte am 27. Mai 1997 in Paris die Gründung des NATO-Russland-Rats. In dessen Gründungsakte stehen neben vielen Schwüren zu Frieden und Gemeinsamkeit wieder Grundsätze, die beide Seiten heute für sich auslegen können. Da werden der Schutz der Minderheiten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker beschworen, worauf sich Russland heute in Bezug auf die Krim, Lugansk und Donezk zur eigenen Rechtfertigung beruft. Da werden auch der Gewaltverzicht und die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Staaten als gemeinsame Ziele angeführt, worauf sich heute die Ukraine und die NATO berufen. Entscheidend für die NATO-Osterweiterung ist das in der Gründungsakte festgeschriebene „natürliche (inherent) Recht der Staaten, den Weg (means) zur eigenen Sicherheit selbst zu wählen." Die NATO und die ehemaligen, nichtrussischen Warschauer-Pakt-Staaten haben in dieser Formulierung das Zugeständnis des russischen Staatspräsidenten Jelzin zur Osterweiterung der NATO gesehen, obwohl Jelzin in seinem Schlusswort zur Unterzeichnungskonferenz

nachgeschoben hat, dass er eine Osterweiterung der NATO ablehnen würde. Am 12. März 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei.

Es ist nachvollziehbar, dass sich russische Spitzenpolitiker – zuerst Jelzin und dann Putin – hereingelegt und über den Tisch gezogen fühlen. Ganz abgesehen davon hat die ehemalige Sowjetunion ihre Truppen aus Mitteleuropa abgezogen, während die USA ihre Truppen weiter nach Osten vorgeschoben haben. Russland hat die Beitritte von zehn Staaten in die NATO mit Missfallen akzeptiert, aber dann hat Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 14.2.2007 erklärt, wo für Russland „Schluss" sein muss. Er hat erklärt, dass mit der Erweiterung der NATO bis an Russlands Westgrenze eine Rote Linie überschritten ist. Als die Linie 2022 überschritten werden sollte, hat er gehandelt und damit gegen ein allgemein anerkanntes Völkerrechtsprinzip verstoßen.

Während die USA ihre Truppen in Europa weiter nach Osten vorgeschoben haben, zogen sich die sowjetische Armee aus Mitteleuropa zurück. Unser Bild: Abzug von sowjetischen Waffen und Gerät über den Hafen von Rostock 1991.

Wladimir Putins Anfang

Ende 1999 wird Wladimir Putin Staatspräsident der Russischen Föderation.
Zunächst versucht er eine Annäherung an den „Westen“ und bemüht sich, die Russische Föderation mit der EU und der NATO zu vernetzen. Er bringt im Jahr 2000 beim Abschiedsbesuch von Bill Clinton in Moskau eine Angliederung Russlands an die NATO ins Gespräch. Keine positive Resonanz. Er schlägt in drei in Deutschland gehaltenen Reden 2001, 2007 und 2010 eine Freihandelszone der EU mit Russland vor und scheitert damit. Er versucht 2002, als die USA den ABM Vertrag mit Russland einseitig kündigen, mit den Amerikanern ein einvernehmliches Vorgehen dabei zu verhandeln. Er kassiert eine Abfuhr. Das Ende der Annäherungsversuche kommt 2008 mit dem Kaukasuskrieg in Georgien, als die kleinen Völker der Südosseten und der Abchasen sich nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker vom benachbarten Staat der Georgier abspalten. Die USA unterstützen hierbei die Georgier und Russland die Südosseten und die Abchasen.

Wladimir Putin wirbt in drei in Deutschland gehaltenen Reden um eine Freihandelszone der EU mit Russland - vergeblich.

Die Ukraine und die Europäische Union EU

Die Ukraine schließt im November 2011 ein Freihandelsabkommen mit Russland und verhandelt 2012 und 13 mit der EU über ein Assoziierungsabkommen. Sie versucht, sich den einen Markt zu

erschließen, ohne den anderen zu verlieren. Die ukrainische Regierung unter Ministerpräsident Asarow hat dabei die Absicht, die EU-Annäherung mit der Mitgliedschaft in Russlands Freihandelszone zu verbinden, was die Russen nach anfänglichem Widerstand bereit sind zu verhandeln, was die EU-Kommission unter Kommissionspräsident Barroso aber rundheraus ablehnt. Die EU versucht de facto, einen „Alleinvertretungsanspruch für den zukünftigen Außenhandel der Ukraine“ durchzusetzen. Damit war Janukowytschs ursprüngliche Absicht gescheitert, die Ukraine wirtschaftlich und politisch als Brücke zwischen Ost und West zu etablieren.

Als die Verhandlungen mit der EU in ihre „heiße Phase“ treten, befürchtet Ukraine´s Staatspräsident Janukowytsch realistisch, dass die Wirtschaft der Ukraine bei der Anpassung an die EU deren Konkurrenzdruck wirtschaftlich und technisch nicht gewachsen sein würde, wie zuvor die DDR der BRD. Er fordert eine 160 Milliarden Euro umfassende Anpassungs-Beihilfe von der EU. Die EU lehnt ab, was verständlich ist.

Ein zweites Hindernis ist, dass sich die Ukraine selbst den Westimporten öffnen soll, ihr selbst aber nur minimale Ausfuhrquoten zugestanden werden. Die Ukraine bekommt bei Verlust des Russland-Marktes für Ihre jährlich 30 Millionen Tonnen Export-Weizen nur eine 200.00 Tonnen Ausfuhrquote in die EU zugestanden. Das sind 0,7 % des Weizens, auf dessen Ausfuhr und die Einnahmen die Ukraine angewiesen ist. Bei Fleischwaren sind es 2% und bei Stahlexporten ähnlich wenig. Daraufhin legt Janukowytsch den Assoziierungsvertrag erst einmal für ein Jahr auf Eis, um Zeit für Neuverhandlungen zu haben. EU Kommissionspräsident Barroso droht Janukowytsch unverhohlen: „Wenn Sie nicht unterschreiben, tut es der nächste Präsident“ (als wüsste er, dass ein Machtwechsel bereits in Vorbereitung ist.) Barrosos Anmaßung ist nach der früher unglücklichen Staatszuordnung der Krim das zweite Samenkorn, das später als Ukraine-Krieg aufgeht. Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat den Versuch der EU-Kommission, „die Ukraine vor die scheinbare Wahl zu stellen, sich zwischen West und Ost zu entscheiden“ damals scharf verurteilt und als größenwahnsinnig bezeichnet. Er hat dabei 2014 schon gewarnt, dass solches Verhalten zu einem Kriege führen kann.

Der Meinungsdruck in der Ukraine für einen wirtschaftlichen Westanschluss und eine spätere EU-Mitgliedschaft ist aber inzwischen in der ukrainischen Bevölkerung so stark, dass Janukowytsch diese

Entscheidung nicht übersteht. Er wird gestürzt, und es kommt zum sogenannten Maidan-Aufstand.

Die Ukraine und die Beziehungen zur USA

Die USA kommen schon 2008 mit Ihrem Vorschlag, die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Es geht dabei offensichtlich um massive wirtschaftliche und militärische Interessen und letztlich um den Hegemonialanspruch der USA in ganz Europa. Die Ukraine hat reichlich Bodenschätze, neu entdeckte Schiefergasvorkommen, Gold, Eisen, Graphit und Mangan. Sie ist ein beachtlicher Exportmarkt. Sie ist mit ihrer Luft- und Raumfahrtindustrie eine wichtige Ergänzung der gleichen Industrie in Russland gewesen, und sie besitzt mit der Krim eine seestrategische Position, aus der heraus das Schwarze Meer beherrscht wird.

Im Windschatten der EU-Verhandlungen greifen amerikanische Firmen und Vertreter von Regierung und Militär eilends zu und nutzten die Schwäche der Ukraine, um dort „Nägel einzuschlagen". Im November 2013 z. B. schließen der US- Energiekonzern Chevron einen für 50 Jahre geltenden Vertrag über die Erschließung und Förderung von Fracking Erdgas in der nordwestlichen Ukraine. Exxon Mobil verhandelt über Erdgaslagerstätten an der Schwarzmeerküste. Interessant sind auch die geschäftlichen und familiären amerikanischen Verflechtungen mit der Ukraine. Der Sohn des damaligen Vizepräsidenten Joe Biden, Hunter Biden, und der ehem. Stabschef des damaligen US-Außenministers Kerry Leter und der ehem. Wahlkampfmanager von Kerry Archer werden im Mai 2014 für ein paar Jahre Mitglieder im Verwaltungsrat der größten ukrainischen Gasfirma Burisma. Hunter Biden erhält als Vergütung einen festgelegten Dollarbetrag pro 1.000 Kubikmeter Erdgas, das durch die Rohre von Burisma läuft. Das waren einer amerikanischen Zeitung zufolge in besten Zeiten 50.000 Dollar jeden Monat. Hier verbinden sich offensichtlich US-nationale Wirtschaftsinteressen mit den familiären Vermögensinteressen der Familie Biden. Zu ergänzen ist da noch, dass Burisma die Schürfrechte für Erdgas im Nordzipfel des abtrünnigen Donezk besitzt.

In der Darstellung des Ukraine-Desasters durch die deutschen Medien fehlen leider die Hintergrundgeräusche. Als im Dezember 2013 die Assoziierungsverhandlungen der Ukraine u. a. am „Alleinvertretungsanspruch" der EU zunächst scheitern, drohen für die amerikanischen

Investoren in der Ukraine unwägbare Risiken. Vier Wochen später – am 1. Februar 2014 – wird das Thema auf der Münchner Sicherheitskonferenz in einem Podiumsgespräch zwischen dem damaligen ukrainischen Außenminister Koschara und dem Oppositionspolitiker Klitschko auf den Punkt gebracht. Koschara beantwortet die Forderung Klitschkos nach einer Westorientierung der Ukraine mit dem Satz: „Die Ukraine darf nicht vor die Alternative Europa oder Russland gestellt werden." Mit einer solchen Regierungseinstellung in Kiew wollen die USA offensichtlich nicht leben. Sie ziehen wenig später ihre Fäden für den Staatspräsidentenwechsel von Janukowytsch zu Poroschenko und den Ministerpräsidentenwechsel von Asarow zu Jazenjuk und die Absetzung von Koschara. Auf einem Pressefoto von der Münchner Sicherheitskonferenz sieht man diese Wechsel vier Wochen vorher schon symbolisch dargestellt. Dort stehen US-Außenminister Kerry in der Mitte und Poroschenko und Jazenjuk links und rechts daneben.

Außerdem wird der alte Finanzminister ausgetauscht. Ihm folgt nach einer Spontaneinbürgerung die US-amerikanische Investment-Bänkerin Natalija Jaresko. Die neue Finanzministerin war zuvor ab 1992 die Leiterin der Wirtschaftsabteilung der US Botschaft in Kiew und ab 1995 Fondmanagerin eines Fonds, der hunderte von Millionen US Dollar in ukrainischen Firmen angelegt hat und sie günstig zu Teilen oder ganz in amerikanisches Eigentum übernommen hat.

Die „Maidan-Revolution" vom Februar 2014: Die USA waren beim „Regime Change" involviert, auch wenn die Beweise in einem strengen Sinne fehlen...

Auch wenn Beweise in einem strengen Sinne für einen amerikanisch gelenkten „Regime Change“ fehlen, so sei doch noch die Bemerkung der damaligen Stellvertretenden US-Außenministerin Victoria Nuland zitiert, die am 13. Dezember 2013 öffentlich erklärt, dass die USA seit 1991 über 5 Milliarden Dollar zur Demokratisierung, für den Wohlstand und die Sicherheit der Ukraine ausgegeben haben. Bei dem Wort „Sicherheit“ kann man an Rüstungsgüter und Militärberater denken. Was unter Demokratisierung zu verstehen ist, kann man ahnen, wenn man Nulands diplomatisches Bemühen betrachtet, eine proamerikanische Regierung in Kiew zu arrangieren. Am 4. Februar 2014 bespricht sie in einem abgehörten Telefonat mit dem frisch ins Amt gekommenen US-Botschafter in Kiew Geoffrey Pyatt, welche prowestlichen Oppositions-Politiker dem nächsten ukrainischen Kabinett angehören sollten.

Zur amerikanischen Strategie ihrer Ausdehnung von politischer Vorherrschaft und dem Erwerb von überseeischen Bodenschätzen gehört auch die Sicherstellung der Seewege zu deren Lagerstätten. 1887 hat der amerikanische Seekriegstheoretiker, Admiral Alfred Mahan, mit seinem Buch „Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte“ das amerikanische strategische Denken bis zum heutigen Tag geprägt. Er schrieb und lehrte, dass zur Weltmacht die Beherrschung der Weltmeere gehöre. Und die bestünde aus einer allen anderen überlegenen Flotte, aus der Beherrschung der Seewege und aus dem Besitz seestrategischer Positionen, also beherrschender Kriegs- und Handelshäfen am Rand der Meere. Der amerikanische Sicherheitsberater George Friedman hat im Februar 2015 in einem Vortrag vor dem Chicago Council of Global Affairs an diese Seite amerikanischer Strategie und Tradition erinnert. Er führte dabei aus: „Die USA haben ein fundamentales Interesse. Sie kontrollieren alle Ozeane der Welt … Aus diesem Grund können wir in andere Länder eindringen, aber sie können das nicht bei uns. … Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und im Weltall ist die Grundlage unserer Macht.“

Bezogen auf die Ukraine und besonders auf die Halbinsel Krim bedeutet das nach amerikanischem Denken und russischen Befürchtungen, dass eine durch die NATO-Mitgliedschaft für die USA geöffnete Ukraine die Dominanz der USA im Schwarzen Meer begründet hätte. Russland hätte seine seestrategische Position mit dem

Verlust seines Kriegshafens auf der Krim an die US Navy abgeben müssen und damit auch die Kontrolle über den Seeweg zum größten Handelshafen Russlands Noworossijsk. Auch der Handelshafen der Ukraine Odessa hätte amerikanischer Kontrolle unterstanden. Wenn Putins Anschuldigung stimmt, haben die USA bereits seit einiger Zeit bei Otschakiw am Schwarzen Meer, 150 Kilometer westlich der Krim, ein Schwarzmeerkommando für die US Navy eingerichtet.

Von geringerer Bedeutung und doch erwähnenswert ist, dass die Amerikaner seit Jahren Militärberater und Söldner der Militärfirmen Greystone und Academy sowie Rüstungsgüter in die Ukraine schicken. Und im Januar 2015 – in der Poroschenko-Zeit – reist der amerikanische Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, Generalleutnant Ben Hodges, nach Kiew und besucht die Spitzen der ukrainische Streitkräfte und ihre Truppen. Er kündigt dort an, dass die USA nun auch offiziell Militärberater schicken werden. Im Juni 2022 berichtete der Leiter des US Ausbildungskommandos in Deutschland, Brigadegeneral Joseph Hilbert, dass sein Personal seit Januar 2022 23.000 ukrainische Soldaten in der Ukraine ausgebildet hat. Des Weiteren übermitteln – wie amerikanische Medien berichten – amerikanische Aufklärungskräfte Echtzeitdaten über russische Ziele an die ukrainische Artillerie für den Feuerkampf gegen die Russen. Und im Juli 2021 erscheint der NATO Oberbefehlshaber Land für Südeuropa, US Generalleutnant Roger Cloutier, in Kiew, um Absprachen mit der ukrainischen Militärführung zu treffen. Die USA sind also auch ohne NATO militärisch bereits in der Ukraine präsent und tätig.

Die Krim-Abspaltung von der Ukraine

Im Abfall der Krim von der Ukraine und ihrem anschließenden Beitritt zur Russischen Föderation laufen zwei synchrone Vorgänge zusammen, erstens die Abschaffung des Russisch für die gesamte Ukraine und zweitens die Befürchtung der russischen Regierung, dass sie bei fortschreitender Entwicklung ihren Kriegshafen Sewastopol an die US Navy abtreten muss.

Der erste Vorgang wird durch die ukrainische Regierung selber ausgelöst. Am 22. Februar 2014 ist der ukrainische Staatspräsident Janukowytsch an der EU Assoziation gescheitert und er wird

gestürzt. Tags darauf, am 23. Februar, erlässt der Übergangspräsident Turtschynow ein Sprachengesetz, das Ukrainisch zur alleinigen Landessprache erklärt und damit Russisch – die bisher zweite Landessprache – als Amts- und Schulsprache in den russischsprachigen Städten und Oblasten verbietet. Die Muttersprache ist jedoch – mehr noch als die formale Staatsangehörigkeit – ein wesentlicher Teil der persönlichen Identität. So kommt es sofort nach Erlass des Gesetzes zu Unruhen in den mehrheitlich russischsprachigen Städten von Odessa bis Mariupol, auf der Krim und in den zwei Ostoblasten Lugansk und Donezk.

Mit dem Turtschynowschen Sprachengesetz hat die ukrainische Zentralregierung außerdem gegen die „Europäische Charta der Regionalsprachen“ verstoßen. Mit der Ratifizierung der Charta hatte sich die Ukraine 2003 verpflichtet, die Regionalsprachen im eigenen Land zu schützen.

Auf der Krim sprechen 77 % der Bewohner Russisch und nur 10,1 % Ukrainisch. Der alte Unmut der Krimbewohner von 1990-91 über ihren unerwünschten Anschluss an die Ukraine kommt jetzt wieder hoch. Am 6. März 2014 spricht sich das Parlament der Krim für einen Anschluss an Russland aus. Am 16. März findet ein Referendum statt, bei dem sich 97 % der Wähler für den Russlandanschluss entscheiden (bei 83 % Wahlbeteiligung). Und am 21. März schließt sich die Krim mit einem Beitrittsvertrag an Russland an.

Das war ein Anschluss wie beim Anschluss der mit ihrer Regierung unzufriedenen DDR-Bevölkerung an die BRD. (Zuerst Unzufriedenheit mit der Zentralregierung, dann Volkskammerdebatte und Verhandlung mit dem Nachbarland BRD, dann Anschlussvertrag und Bestätigung durch eine Wahl.)

Selbst nach der UN Charta Artikel 1, Absatz 1, haben „Alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“. Im Fall der vorherigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo hatte der Internationale Gerichtshof der UN schon vor vier Jahren auch entschieden, dass das Ausscheiden eines Staatsteils aus einem Staat nicht gegen das völkerrechtliche Gewohnheitsrecht verstößt (Urteil vom 22. Juli 2010). Alle vernünftigen Voraussetzungen waren dazu auch im Fall der Krim gegeben, nämlich ein geschlossenes Gebiet mit mehrheitlich gemein-

samer Nationalität, die sich mehrheitlich in einem Referendum gegen die weitere Staatsbürgerschaft in ihrem bisherigen Staat entscheidet und damit für eine Abspaltung.

Der zweite Vorgang wird durch das Drängen der USA in die Ukraine ausgelöst. Nach einem ähnlichen Nationalitätenstreit im Kaukasus fordern die USA im Jahr 2008, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, und noch im selben Jahr richten sie zusammen mit der ukrainischen Regierung eine Kommission für eine „Amerikanisch-ukrainische strategische Partnerschaft" ein. Die russische Regierung kann drei und drei zusammenzählen und daraus folgern, dass am Ende einer solchen Entwicklung die Aufnahme der Ukraine in die NATO steht und mit ihr auch die Stationierung amerikanischer Raketen, Luftwaffenbasen und – was die Krim betrifft – die Übernahme des russischen Marinestützpunkts Sewastopol.

Solange sich hier nichts Weiteres bewegt, ist Russland mit dem Status quo zufrieden. Aber als die antirussische Haltung in der Ukraine mit dem Sprachengesetz vom 23. Februar 2014 neue Formen annimmt und sich mit der prorussischen Bewegung auf der Krim eine Tür für Russland öffnet, nutzt Putin die Gelegenheit und übernimmt die Krim.

Die Angliederung der Krim ist mit der amerikanischen Abwehr der sowjetischen Raketenstationierung auf Kuba 1962 vergleichbar. Auch die USA hatten damals keinen Gegner direkt an ihrer Hintertür geduldet. Und, was wäre, wenn sich China mit Kubas Einverständnis anschickte, den US Marinestützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba zu übernehmen? (Die USA hatten den Stützpunkt 1934 vertragslos ohne Rechtsgrundlage übernommen.) Vergleiche sind meist etwas schief, aber oft dennoch nicht schief genug, um nicht damit deutlich zu machen, worum es geht.

Die westliche Welt erklärt die Abspaltung der Krim und ihren Anschluss an Russland 2014 umgehend zur gewaltsamen Annexion. Die USA verhängen sofort ihre ersten Sanktionen. Die NATO sieht für sich wieder eine Existenzberechtigung. Und der „zweite Kalte Krieg" beginnt. Das Eingreifen von russischem Militär in den vier Wochen zwischen dem ukrainischen Verbot des Russisch als Amts- und Schulsprache und dem Anschluss der Krim ist nicht geklärt, wenn auch wahrscheinlich. Aber das wäre für die USA keine moralische Rechtfertigung für Sanktionen und Protest. Die USA haben seit Beginn des Vietnamkriegs 12mal selbst bei dem Entstehen ausländischer

Konflikte – ohne selbst bedroht zu sein – in Südamerika, Nordafrika und Asien militärisch nachgeholfen.
Mit dem Verbot des Russisch als Amtssprache für Städte und Oblaste mit überwiegend russischsprachiger Bevölkerung hat die ukrainische Zentralregierung das dritte Samenkorn gesät, das später als Ukraine-Krieg aufgeht.

Acht Jahre Donbas-Krieg

Zeitgleich mit der Abspaltung der Krim brodelt es auch in den ostukrainischen Städten und Oblasten. In Städten wie Odessa mit 65 % Russisch Sprechenden und Mariupol mit 90 % Russisch Sprechenden und im jetzt heiß umkämpften Krematorsk mit 68 % Solchen und in den Oblasten Lugansk und Donezk herrscht Russisch als Muttersprache vor. (Zahlen aus der Volkszählung 2001) So sind die Unruhen 2014 als Folge des antirussischen Sprachengesetzes vorprogrammiert.

Am 7. und 28. Apr 2014 – zwei bis fünf Wochen nach dem Kiewer Sprachengesetz - erklären sich zuerst der Oblast Donezk mit 75 % russischsprachiger Bevölkerung, dann der Oblast Lugansk mit 69 % russischsprachiger Bevölkerung zu selbständigen Volksrepubliken. In einem Referendum im Mai 2014 stimmen über 90 % der Befragten in beiden Oblasten für ihre Unabhängigkeit von Kiew. Die ukrainische Zentralregierung setzt daraufhin Militär dagegen ein und schlägt dort und andernorts ähnliche Bestrebungen in wochenlangen Straßenkämpfen nieder. So werden vom 12. April bis zum 5. Juli die „Putschisten“ in einer „Anti-Terror-Operation“ in Odessa, Mariupol und im westlichen Donbas, z. B in Krematorst, Slowjansk und weiteren Städten geschlagen und vertrieben. Seitdem tobt im Donbas ein lokaler Sezessionskrieg.

Was zur Beurteilung der Kriegshandlungen der „Anti-Terror-Operation“ fehlt, ist eine Berichterstattung in den westlichen Medien. Nach nicht überprüfbaren Berichten begann die Operation mit einem Einsatz von etwa 100.000 Soldaten der regulären ukrainischen Streitkräfte gegen etwa 30.000 Separatisten. 80 % der Gefallenen sollen am Anfang separatistische Kämpfer gewesen sein. Berichte, die dennoch zur Verfügung stehen, stammen in der Regel aus der Schweiz. So ist auf diesem Umweg bekannt geworden, dass 2014 ukrainische Kompanien und ganze Bataillone mit russisch sprechenden Soldaten

mit ihren Waffen auf die Seite der Separatisten übergelaufen sind und dass Russisch sprechende Ukrainer zu Hunderttausenden aus den umkämpften Gebieten in Auffanglager ins benachbarte Russland geflohen sind. Unsere Medien berichten stattdessen nur von „nach Russland entführten Ukrainern".

Russland unterstützt zwar die russischen Separatisten in den abtrünnigen Oblasten, aber es greift den territorialen Bestand der Ukraine bis 2022 selbst nicht an. Dennoch behauptet der damalige NATO-Generalsekretär Rasmussen schon im September 2014, „Russland greife die Ukraine an", was die im Land befindlichen OSZE-Beobachter nicht bestätigen können. Putin fordert stattdessen Anfang Mai 2014 die Anführer der zwei abtrünnigen Oblaste auf, ihre geplanten Referenden zu verschieben, um mögliche Verhandlungen nicht zu blockieren. Nach den Referenden erkennt er die Selbständigkeit von Lugansk und Donezk acht Jahre lang nicht an. Vielmehr versuchte er, auf zwei Minsker Konferenzen im September 2014 und im Februar 2015 (zusammen mit Frankreich und Deutschland) eine gedeihliche Regelung für Lugansk und Donezk als halbautonome Oblaste innerhalb der Ukraine zu arrangieren.

Was an den fehlenden Berichterstattungen auffällt, ist, dass von 2014 bis 2022 hier nichts über das Leid der betroffenen Bevölkerungen, über die Zerstörungen im Donbas, über das Flüchtlingselend und über Kriegsverbrechen berichtet worden ist.

Historisch betrachtet sind die Kriegsursachen für den Donbas-Krieg und die Ursachen für den Zweiten Weltkrieg verblüffend ähnlich. Sie sind in einer Hinsicht sogar haargenau die gleichen.

Hier wie dort sind und waren die Ursachen die falschen Zuordnungen von großen nationalen und sprachlichen Minderheiten zu Staaten, denen sie von Anfang an oder später nicht angehören wollten und wollen. Es waren und sind Staaten, die ihre Minderheiten benachteiligt, missachtet und zum Teil verfolgt haben. Das waren nach dem Ersten Weltkrieg der Staat Polen mit zwei Dritteln Nationalpolen und einem Drittel Ukrainer, Weißrussen, Deutschen und Juden und die Tschechoslowakei mit genau einer Hälfte Tschechen und der anderen Hälfte Deutsch-Österreichern, Slowaken, Ungarn und Karpato-Ukrainern.
(Selbst die Slowaken wollten in den 30er Jahren den Staat der Tschechen wieder verlassen.) Und das ist jetzt die Ukraine mit 70 % ethni-

schen Ukrainern und 30 % ethnischen Russen, wobei der Prozentsatz der Russisch Sprechenden auch statistisch höher liegt. Die ungelösten Minderheitenprobleme haben den Kollaps der Tschechoslowakei verursacht. Sie haben den Zweiten Weltkrieg ausgelöst und nun waren sie der Anlass für den Donbas-Krieg.

Nach dem, was sich in diesem Kriege an Hass und Feindschaft zwischen Ukrainern und Russen aufgebaut hat, ist ein Zusammenleben beider Ethnien in einem Staate nicht mehr möglich.

Das Minsker Abkommen von 2015

Am 12. Februar 2015 kommt es auf Vermittlung von Frankreich, Deutschland und der OSZE zum Minsker Abkommen (Minsk II) zwischen der Ukraine und Russland als der Schutzmacht der zwei abtrünnigen Oblaste. Das Abkommen sieht eine Waffenruhe, vorgezogene Wahlen und ein Gesetz über einen Sonderstatus für Lugansk und Donezk innerhalb der Ukraine vor. Die Waffenruhe hält allerdings nicht länger als drei Tage. Beide Seiten werfen sich den Bruch der Waffenruhe gegenseitig vor. Die ukrainische Zentralregierung hält daraufhin weder die Wahlen ab noch erarbeitet sie das Gesetz über den zukünftigen Sonderstatus der zwei strittigen Oblaste. Stattdessen erlässt die Kiewer Regierung 2018 ein „Re-Integrationsgesetz“ für die zwei Oblaste, verbietet jegliche Verhandlungen mit ihnen und untersagt auch weiterhin den Gebrauch der russischen Muttersprache in Ämtern und in Schulen. De facto hat die ukrainische Regierung das Minsk II-Abkommen damit gebrochen. Der Bürgerkrieg im Osten der Ukraine geht dementsprechend unvermindert weiter. Putin sieht sowohl das Leiden der Bevölkerung im Kriegsgebiet und den Unwillen oder die Unfähigkeit der Kiewer Regierung, das Abkommen von Minsk mit der Teilautonomie von Lugansk und Donezk einzulösen, und er beobachtete – das wiegt hier wohl erheblich stärker – das stete Drängen aus Kiew, in die NATO aufgenommen zu werden.

Wolodymyr Selenskyjs Anfang

Wolodymyr Selenskyj übernimmt am 20. Mai 2019 als Nachfolger des inzwischen erfolglosen und weitgehend unbeliebten Präsidenten Poroschenko das Amt des Staatspräsidenten der Ukraine.

Selenskyi bei einer Ansprache im März 2022

Selenskyj gewinnt den Wahlkampf gegen Poroschenko u. a. mit den zwei Versprechen, den Bürgerkrieg im Osten des Landes zu beenden und ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO und zur EU herbeizuführen. Ansonsten übernimmt Selenskyj einen Staat mit gespaltener Bevölkerung, hohen Steuern, hohen Preisen, sinkender Lebensqualität und Beamtenkorruption. Und er erbt die von Poroschenko eingegangene Minsker Verpflichtung, ein Gesetz für den autonomen Sonderstatus von Lugansk und Donezk zu erlassen.

In seiner Amtseinführungsrede verspricht Selenskyj: „Ich bin bereit, … meine Stellung aufzugeben, wenn dadurch ein Friede in Aussicht steht. … Wir müssen den Krieg beenden. Ich bin bereit für Gespräche. … Wir wollen ein Friedensabkommen mit Russland mit einem Referendum beschließen." Doch Selenskyjs Wunsch geht nicht in Erfüllung, und die Großwetterlage ändert sich. Eineinhalb Jahre später, am 20. Januar 2021, übernimmt Joe Biden das Amt des amerikanischen Präsidenten, und zwei Monate später, am 23.März 2021, gibt Selenskyj mit seinem Dekret 117/2021 den Auftrag an die Regierung und an die Streitkräfte, einen Aktionsplan für die „Wiedereingliederung der Krim in die Ukraine" zu erarbeiten. Daraufhin beginnt Putin, die russischen Truppen an der ukrainischen Grenze weiter zu verstärken.

Der Endspurt zum Krieg

Eine Ukraine als großes NATO-Mitglied und mit ihr die amerikanische Präsenz direkt an Russlands Grenze wäre und ist mit Russlands vitalem Sicherheitsinteresse nach russischer Auffassung nicht vereinbar. So ordnet Putin einen Drohaufmarsch an der Grenze zur Ukraine an und fordert US-Präsident Biden 2021 und 2022 in einer persönlichen Begegnung und fünfmal in Telefonkonferenzen auf, dauerhaft auf die Aufnahme der Ukraine in die NATO zu verzichten. Biden hat das stets abgelehnt.

Stattdessen unterschreiben der amerikanische Außenminister Blinken und sein ukrainischer Amtskollege Kuleba am 21. November 2021 eine schriftliche Vereinbarung über eine „Strategische amerikanisch-ukrainische Partnerschaft". In selbiger steht u. a., „dass die USA die russische Annexion der Krim niemals anerkennen werden." US Präsident Biden setzt eine Versicherung oben drauf. Er erklärt am 6. Dezember in einer Rede, dass „das amerikanische Sicherheitsversprechen an die Ukraine in Eisen gegossen ist." Fast zeitgleich verkündet NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass auf dem nächsten NATO-Gipfel im Sommer 2022 in Madrid über den NATO-Beitritt der Ukraine verhandelt werden soll. Und am 25. Dezember lädt Stoltenberg die russische Regierung zu einem Treffen des NATO-Russland-Rats nach Brüssel ein. Er ergänzt die Einladung mit der Aufforderung, Putin möge zur Diplomatie zurückkehren. Die Bemerkung lässt Putin und Lawrow vermuten, dass es dort etwas zu verhandeln gilt.

Im neuen Jahr, 2022, dreht sich das Rad der Eskalation noch schneller. Auf der Konferenz des NATO-Russland-Rats am 12. Januar, als die NATO-Aufnahme der Ukraine zum Thema wird, erklärt Stoltenberg der russischen Delegation, dass über eine Aufnahme der Ukraine in die NATO allein die NATO-Staaten und die Ukraine selbst zu entscheiden hätten. Er bekräftigt das mit dem Satz „Da hat uns niemand reinzureden!" Das ist nach Stoltenbergs offensichtlicher Auffassung die „Diplomatie", zu der Putin zurückkehren soll.

Hinzu kommt, dass der ukrainische Präsident Selenskyj leichtsinnigerweise am 19. Februar 2022 in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz ankündigt, dass er erwägt, die Ukraine wieder zum Atomwaffen-Staat zu machen. Das ist für Putin nicht nur „Öl ins Feuer" der schon überhitzten Lage. Es ist „Dynamit mit Zündschnur".

Es erklärt auch Putins weiteres Vorgehen. Er zieht daraufhin zwei Tage später, am 21. Februar 2022, zum zweiten Mal die Notbremse. Putin erkennt die Eigenstaatlichkeit der abgespaltenen Oblaste acht Jahre nach deren eigener Unabhängigkeitserklärung an. Putin hatte mit dieser Anerkennung das getan, was sich 13 Jahre vorher im Kosovo ereignet hat. Dort hatten die westlichen Staaten auch nach jahrelangem Bürger- bzw. Sezessionskrieg und ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats die neuen Grenzen und die selbst erklärte Unabhängigkeit eines serbischen Teilstaats anerkannt und damit den territorialen Bestand Serbiens verändert. Und der Internationale UN-Gerichtshof hatte im Fall der Kosovo-Unabhängigkeit am 22. Juli 2010 ausgeführt: „Das allgemeine Völkerrecht enthält kein irgendwie festgelegtes Verbot einer Unabhängigkeitserklärung."

Am 21. Januar 2022 lädt NATO-Generalsekretär Stoltenberg außerdem die ukrainische Regierung ein, am Grundsatzpapier für die zukünftige Strategie der NATO mitzuarbeiten, an der „NATO Agenda 2030". Das ist ein weiteres Signal für Putin, dass er mit seinen jahrelangen Bitten, Forderungen und Drohungen, die NATO auf Abstand zu Russlands Westgrenze zu halten, gescheitert ist. Putin lässt am 24. Februar 2022 russische Truppen in die Ukraine einmarschieren. Er verstößt damit gegen allgemein anerkanntes Völkerrecht.

Putins Krieg?

Man darf diese einprägsame Floskel nicht zu einer einseitigen Schuldzuweisung missbrauchen. Die Schuldfrage soll später erst mit den Aussichten auf einen Friedensschluss behandelt werden. Die inzwischen gängige Bezeichnung ist zwar griffig, aber dennoch töricht. Sie ist insofern falsch, als Putin hier keinen Krieg begonnen hat. Er hat mit Russland in einen seit acht Jahren laufenden Bürgerkrieg im Nachbarland eingegriffen, um sowohl die Sicherheitsinteressen des eigenen Staats zu wahren als auch, um den bekämpften russischen Landsleuten im Nachbarlande beizustehen.

Wie an den russisch-amerikanischen und an den russisch-NATO Auseinandersetzungen von 2021 und Januar 2022 sichtbar geworden ist, handelt es sich bei der Kriegsbeteiligung Russlands am innerukrainischen Sezessionskrieg in erster Linie um eine amerikanisch-russische Auseinandersetzung. Die USA finanzieren die ukrainische

Kriegspartei seit Jahren. Sie liefern seit 2014 Waffen, Munition und stellen zunächst Söldnermilitär und später reguläres Militär als Militärberater. Die US Navy richtet einen Flottengefechtsstand in Otschakiw ein. Die US Ziel-Aufklärung arbeitet für die Ukraine. Und mehrere hochrangige amerikanische Generalsbesuche in Kiew weisen in dieselbe Richtung. Der ehemalige SACEUR General Breedlove äußert im April 2022 offensichtlich nicht ohne Grund, dass er glaubt, dass die USA in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg mit Russland führen.

Die USA und die NATO-Länder begreifen sich nicht als Bedrohung Russlands, aber sie sind objektiv betrachtet dennoch eine Bedrohung für jeden autoritär geführten Staat oder Staat mit inneren Problemen. So haben die Amerikaner und in ihrem Gefolge Briten, Franzosen, Italiener und andere in den vergangenen Jahrzehnten „Regime Change Wars“ mit und ohne UN-Mandat gegen Grenada, Serbien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien geführt und sich in die Bürgerkriege und Unruhen fremder Staaten eingemischt, ohne selbst bedroht gewesen zu sein. Der amerikanische General und ehemalige Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Wesley Clark, hat am 9.3.2007 in einem Interview offenbart, dass er bereits im September 2001 im Pentagon erfahren hat, dass dort entschieden worden ist, dass in den nächsten 5 Jahren in 7 Staaten Systemwechselkriege geführt werden sollen. Das ist die Manifestierung der amerikanischen Absicht, den eigenen Herrschaftsanspruch durch Kriege zu erweitern. Alle diese Kriege wurden durch innere Unruhen vorbereitet, die sich über die dortigen ethnischen oder religiösen oder sozialen Differenzen und Oppositionsgruppen ohne weiteres schnell von außen her entfachen ließen. Putin hat diese Machtverschiebungen natürlich registriert. Er hat gesehen, dass die Ukraine nach dem Regierungswechsel von 2014 im Begriff war, ganz in die amerikanische wirtschaftliche Einflusszone zu geraten und dass Russland bei weiterer Entwicklung auch amerikanische Truppen, Mittelstreckenraketen und Flottenstützpunkte an seiner Haustürschwelle haben würde. So ist der jetzige Ukraine-Krieg eine russisch-amerikanische Auseinandersetzung, auch wenn die USA noch nicht am Waffen-Krieg beteiligt sind.

Den letzten Anstoß für den Kriegseintritt Russlands gibt offensichtlich Selenskyjs leichtsinnige Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 19. Februar 2022 als er ankündigt, dass er erwägt, die Ukraine wieder zum Atomwaffen-Staat aufzurüsten. In der

Ukraine lagern zu der Zeit 40 Tonnen angereichertes Uran und 30 Tonnen Plutonium (nach Angabe der Internationalen Atomenergiebehörde) und dort gibt es aus Sowjetzeit noch das Know How für den Bau von Nukleargeschossen und Raketen. Diese Ankündigung in Verbindung mit Selenskyjs Kriegsdekret vom 25. März 2021 zur Rückeroberung der Krim ist für Putin das besagte „Dynamit mit Zündschnur". Fünf Tage nach Selenskyjs Ankündigung vom 19. Februar lässt Putin am 24. Februar – wie schon erwähnt - Truppen in die Ukraine einmarschieren.

Kriegsvölkerrecht 2022

Mit der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen hat man versucht, die Kriegsgräuel einzudämmen. Zu den Schutzgeboten beider Regelwerke gehören der Schutz der unbewaffneten Zivilbevölkerung und der Schutz unverteidigter Städte und Dörfer vor Beschießung und Bombardierung.

Wer als Staatsoberhaupt – wie Selenskyj es getan hat – seine zivile Bevölkerung dazu aufruft, Molotow-Cocktails herzustellen, sich Gewehre zu besorgen und zu kämpfen, nimmt billigend in Kauf, dass die Schutzregeln für die Bevölkerung nicht mehr gelten. Wer seinem Militär befiehlt, die Städte zu befestigen und zu verteidigen, nimmt wohl kalkuliert in Kauf, dass um die Städte gekämpft wird und dass sie beschossen und bombardiert werden. Wer mit offensichtlichem Stolz vor Fernsehkameras zeigt, wie junge Freiwillige in einem Schulgebäude militärisch ausgebildet werden, darf nicht medienwirksam im selben Fernsehen über die Brutalität des Gegners klagen, wenn der auf solche Gebäude schießen lässt.

Die Schutzbestimmungen der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konventionen für zivile Bürger und die ukrainischen Städte hat Selenskyj außer Kraft gesetzt.

Mich erschüttert, wie Politiker und Medien seit Monaten die Verletzungen des Kriegsvölkerrechts der russischen Soldaten in der Ukraine herausstellen und die ukrainischen verschweigen. Ukrainische Fernsehanstalten und Blogger berichten zum Teil selbst über ukrainische Brutalitäten, begangen an russischen Bürgern und kriegsgefangenen Soldaten, als handele es sich dabei um Ruhmestaten. Da wird z. B. von umherstehenden, lachenden ukrainischen Soldaten auf in ihrer Mitte liegende, gefesselte russische Gefangene getreten und geballert.

Unterzeichnung der ersten Genfer Konvention 1864. Gemälde von Charles Edourd Armand-Dumaresq

Kriegsgefangene Russen werden verprügelt, dann wird ihnen in die Beine geschossen und sie werden unversorgt liegengelassen bis sie ausbluten. Gefesselte, in großen Blutlachen legende russische Gefangene werden so lange auf den Kopf getreten, bis sie Ruhe geben. Es sind Szenen zu sehen, wie russische Zivilpersonen aus Autos gezogen und an Ort und Stelle totgetreten werden. Man kann russisch und ukrainisch gut unterscheiden, weil Soldaten wie Zivilisten breite Oberarmbinden tragen, die Ukrainer blaue und gelbe und die Russen weiße.
Ein Paradebeispiel für Gewalt im Krieg, Propaganda und Zensur ist der „Fall Butscha".

Das „Butscha-Massaker"

Mit dem Butscha-Vorfall ist eine Schwelle zur absoluten Unversöhnlichkeit der Kriegsparteien überschritten worden, einschließlich NATO, EU, USA und Russland. Zuerst ist zu bemerken, dass Desinformation, Propaganda und Täuschung zu den legitimen

Kriegsmitteln zählen, die sowohl von den Russen als auch von den Ukrainern angewendet werden. Massaker aber gehen gar nicht.

Bei mehrmaligem Betrachten der Fotos und Videos aus Butscha fallen Fragwürdigkeiten auf. Die dortigen toten Opfer tragen schwer erkennbar, aber eindeutig weiße Armbinden. Sie waren also Russen. Russische Soldaten haben sie sicherlich nicht hingerichtet. Wer sonst? Das Video mit dieser Szene in Butscha vom ukrainischen Fernseh-Sender ESPRESO.TV zeigt einen ukrainischen Militär-Pickup, der zwischen den Toten hindurch fährt. Der Kamerawagen fährt hinterher. Die Kamera blendet auffälligerweise bei naher Vorbeifahrt bei jeder neuen Betrachtung immer eine und dieselbe Leiche mit Hilfe eines Grauschleiers aus. Als ich bei mehrmaligem Suchen auf verschiedenen Kanälen auch ein Video dieser Szene ohne Verschleierung fand, sah ich, dass dieser Tote eine breite, sehr auffällige weiße Russenarmbinde trägt. Als ich den Film an dieser Stelle sofort zurückstellte und ihn ein zweites Mal betrachten wollte, war er sofort gelöscht. Stattdessen las ich „This page is not available“. Bei einem weiteren Versuch kam „Link not found“. Wer hat ein Interesse, zu vertuschen, dass hier ein toter Russe liegt? Technisch ist eine automatische Löschung möglich, wenn ein schon zensiertes Bild noch irgendwo im Netz unzensiert auftaucht.

Ich fand außerdem ein Video mit einem Soldaten, der eine Leiche an einem langen Seil auf einer Straße an eine andere Stelle zieht. Das passt zu dem Verdacht, dass die Leichen von Butscha erst Tage nach ihrer Tötung in das „Bild“ von Butscha gezogen worden sind. Dazu passt auch, dass im Bild von Butscha die Blutlachen der Toten fehlen, die man auf den meisten solcher Szenen im ukrainischen Fernsehen sieht. Es ist auch bekannt geworden, dass der Bürgermeister von Butscha in den ersten drei Tagen nach Abzug der Russen nichts über das Massaker berichtet hat und dass niemand fünf Tage lang die Toten, wie sonst üblich, von der Straße geräumt hat. Auch die ukrainische Polizei, die nach dem Abzug der Russen die Stadt durchsucht hat, hat nichts dergleichen gemeldet. Das „Massaker“ wurde erst am 4. oder 5. Tag nach Abzug der Russen der Welt bekanntgegeben und dann medienwirksam präsentiert. Und der als Schauspieler ausgebildete Staatspräsident Selenskyj hat dann vor Ort und vor der Kamera noch über abgetrennte Gliedmaßen und Vergewaltigungen geklagt. Das Ganze riecht nach Inszenierung. Zur Ehrenrettung Selenskyjs sei vermerkt,

dass das ukrainische Parlament seine Menschenrechtsbeauftragte Ludmilla Denisova aus dem Amt entfernt hat, als herauskam, dass sie die Vergewaltigungen aus Propagandagründen frei erfunden hat.

Auch die angeblich vom Bundesnachrichtendienst mitgeschnittenen Telefongespräche, in denen sich russische Soldaten mit Grausamkeiten an Ukrainern brüsten, sind zunächst nur von zweifelhafter Beweiskraft. Sie könnten durchaus eine flankierende Täuschungsmaßnahme der Ukrainer zu Ihrer Täuschaktion von Butscha sein.

Nach Einschätzung meiner Wahrnehmungen zu Butscha halte ich es inzwischen für sicher, dass es sich bei der Toten-Schau von Butscha um eine fehlerhaft gemachte Inszenierung der Ukrainer handelt. Ich halte es für eine „False Flag Operation".

Wenn es so sein sollte, wie ich annehme, wäre es erschütternd, welche Wirkung diese Inszenierung auf die westliche Welt hat. Den Russen wird jetzt jeder im Kriege umgekommene ukrainische Zivilist als Kriegsverbrechen angerechnet.

Strategische Perspektiven

Strategie ist die planmäßige Verfolgung eines erstrebten Dauerzustands. In einem Krieg nur weiterzumachen, damit die eine Seite nicht gewinnt, wobei die Gegenpartei nicht gewinnen kann oder zumindest keinen dauerhaften Frieden gewährleisten kann, ist „weiterwursteln", aber keine Strategie. Es ist nur die sicherste Methode, einen Krieg in die Länge zu ziehen. Das ist es, was zur Zeit die NATO, die EU und Deutschland betreiben. Das Kriegsziel der Ukraine ist lediglich das Überleben in einem zwar nach außen sicheren, aber im Inneren instabilen Status quo ante. Das ist eine untaugliche Strategie.

Eine sinnvolle Strategie in einem Krieg muss auf einen Abschluss mit einem eigenen dauerhaften Vorteil zielen, auf einen dauerhaften Frieden, auf dauerhafte innere Stabilität oder auf territorialen Gewinn, auf einen ökonomischen Vorteil oder auf eine stabile eigene Unverwundbarkeit (Sicherheit) oder einen Zugewinn anderer Art. Das Erreichen eines Patts ist kein strategisches Ziel, sondern nur die Verlängerung eines instabilen Status quo ante. So gesehen verfolgen nur die USA und Russland strategische Ziele, die USA einen seestrategischen, hegemonialen und ökonomischen Vorteil und Russland einen Sicherheits- und einen territorialen Gewinn. Die USA haben einen Teil

ihres Gewinns bereits erreicht, die wohl lang anhaltende Zerstörung des gedeihlichen ökonomischen deutsch-russischen Verhältnisses und die ebenfalls anhaltende Störung des mit Amerika konkurrierenden deutschen Außenhandels. Die USA führen dabei – was jetzt durch den Ukraine-Krieg übertüncht wird – auf dem Energie- und Handelssektor einen erfolgreichen Handelskrieg auch gegen Deutschland. Russland dagegen muss weiter für seine Ziele kämpfen.

Was müsste die deutsche Strategie sein? Sie müsste zuerst bewirken, dass der Ukraine-Krieg nicht zu einem Dritten Weltkrieg ausufert, bei dem Deutschland zu den Opfern zählen könnte. Sie müsste dann bewirken, dass sich die zwischenstaatlichen Verhältnisse in Europa ohne neue Kriegsgründe wieder stabilisieren, einschließlich der Entgiftung der deutsch-russischen Beziehungen.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz mehrfach erwähnte Gefahr eines Dritten Weltkriegs ist sehr real. Wenn die EU und die NATO Staaten – wie es jetzt geschieht – die ukrainischen Streitkräfte bewaffnen und finanzieren, wird der Krieg mit ungewissem Ausgang in die Länge gezogen. Wenn die Gefahr besteht, dass die Ukraine unterliegt, werden die amerikanischen und die NATO-Schwüre, dass sie sich selbst nicht am Krieg beteiligen werden – nach historischer Erfahrung – nicht mehr gelten. US Präsident Wilson hat 1917 und US Präsident Roosevelt hat 1940 den Präsidentschaftswahlkampf mit dem Versprechen geführt, dass sie die USA aus dem Krieg in Europa heraushalten. Kaum waren die Wahlen gewonnen, haben beide die USA in den Krieg geführt. Wenn es dann zum Showdown zwischen NATO und Russland kommt, wird Russland an die Grenze seiner Möglichkeiten kommen und ein russischer Führer – egal ob Putin oder ein Nachfolger – wird mit dem Rücken an der Wand stehen, wie Putin 2022. Er wird dann wieder vor der Wahl stehen: Unterwerfung oder Kampf. Es ist nicht auszuschließen, dass er dann wieder eine „Rote Linie“ überschritten sieht, die er nur noch atomar verteidigen kann. Das könnte mit einem Warnschuss auf ein Stellvertreter-Opfer beginnen, wie zum Beispiel auf den Atom-Stützpunkt der Amerikaner in Ramstein. Kanzler Scholz hat da sicher weiter gedacht als die große Mehrheit seiner politischen Kollegen.

Das dringende Gebot: Frieden schließen

Was sind aus deutscher Sicht die dringendsten Gebote dieser Tage? Es ist erstens, dass Deutschland dazu verhilft, das grauenhafte Elend der Verletzten, Ausgebombten und Flüchtlinge in der Ukraine und der Hungernden in den ärmsten Staaten dieser Welt schnellstmöglich zu beenden. Und es ist zweitens, in einer eigens deutschen Strategie dafür zu sorgen, dass schnellstmöglich wieder Friede in Europa einkehrt, dass der Krieg sich nicht auf ganz Europa ausdehnt und dass sich das deutsch-russische Verhältnis wieder entgiftet und normalisiert.

Gegenseitige Sanktionen, Geld- und Waffenlieferungen an die Ukraine und gegenseitige Beschimpfungen, Beschuldigungen und Verteufelungen dagegen verlängern nur den Krieg und verstopfen jeden Zugang zu Verhandlungen und der Einigung auf einen dauerhaften Frieden.

Desgleichen sind Vorbedingungen, Erklärungen von „Unverhandelbarem", das Verlangen von vorherigem Truppenrückzug und Waffenstillstand die sicherste Methode, den Beginn von Friedensverhandlungen zu verhindern.

Desgleichen wird es keinen schnellen Frieden geben, wenn versucht wird, Grundsätze zu klären, wie die Abwägung zwischen dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der Russen auf der Krim und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine (beides ist im Völkerrecht verankert) und zwischen dem Sicherheitsinteresse der Russen und der Bündnisfreiheit der Ukrainer.

Desgleichen wird es keine zügigen Verhandlungen geben, wenn versucht wird, eine „Sündenrechnung" aufzumachen, wer wann womit zur jetzigen Lage eskaliert hat und wer nur nachgezogen hat.

Desgleichen ist ein schneller Friede ausgeschlossen, wenn Staaten und Staatengruppen mitverhandeln, die eigene Interessen in diesem Krieg verfolgen, wie die EU, die NATO, die USA, Polen und andere Nachbarstaaten. Ein abschreckendes Beispiel sind die Friedensverhandlungen am Ende des 30jährigen Kriegs, in denen die Interessen von neun Staaten unter einen Hut zu bringen waren. Die Verhandlungen dauerten 5 Jahre, in denen bis zum Schluss weitergekämpft wurde. Ein positives Beispiel sind die 2-plus-vier-Verhandlungen zwischen zwei deutschen Staaten und den vier Hauptsiegermächten. Bei ihnen wurden die weiteren 47 Kriegsgegner Deutschlands ausgeschlossen.

Desgleichen wird es keinen schnellen Frieden geben, wenn Verhandlungen mit ideologischen Gegensätzen und Vorbehalten belastet werden. Vorherige Fehlaussagen wie „Die Ukrainer verteidigen auch unsere Freiheit“ sind da fehl am Platz. Die Ukraine hat ganz ähnliche demokratische Defizite wie Russland. Was dort herrscht, entspricht nicht unserer Vorstellung von Freiheit.

Wenn der Ukraine-Krieg nicht bis zu seinem bitteren und ungewissen Ende ausgefochten werden soll und wenn den Menschen in der Ukraine und in Russland und den Hungernden in den Dürregebieten weitere Monate und Jahre des Elends erspart bleiben sollen, hilft nur ein Friedensschluss ohne Generalabrechnung und ohne Richterspruch über Schuld und Strafe. Es muss ein Schlussstrich sein, der mit einem Interessenausgleich für einen dauerhaften Friedenszustand sorgt.

So wie Frankreich und Deutschland 2015 in einem ersten Anlauf versucht haben, in Minsk zwischen der ukrainischen Zentralregierung, dem russischen Bevölkerungsanteil in der Ukraine und Russland zu vermitteln, so sollten nun die drei großen Gründungsmitglieder der EWG, Frankreich, Italien und Deutschland, mit Vorlage eines Schiedsspruchs Staatspräsident Selenskyj und Staatspräsident Putin nach Genf zu einem Friedensschluss einladen. Frankreich hat noch die nötige Verbindung zu Russland und den nötigen Abstand zu den USA, und Italien hat gerade selbst im Mai im Europarat in Turin einen Friedensplan vorgeschlagen.

Der Schiedsspruch sollte ein fertiger Kompromissvorschlag sein, der das abbildet, was nach weiteren Kriegsjahren wahrscheinlich sowieso das Ergebnis des Krieges sein würde. Er muss ein auf Dauer angelegter Interessenausgleich sein, mit dem beide Seiten ökonomisch und in zukünftiger Sicherheit weiterleben können und in dem beide Seiten notgedrungen aber auch etwas opfern müssen. Der Schiedsspruch sollte die geknackte Nuss schon offen auf den Tisch legen und keinen Spielraum mehr für langes Feilschen und Pokern offen lassen.

Die drei Staaten Frankreich, Italien und Deutschland sollten die Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit ihres Vorschlags dadurch unterstreichen, dass sie sich zusätzlich in einem trilateralen Vertrag verpflichten, in Zukunft jeden weiteren NATO-Beitrittsversuch der Ukraine durch ein Veto innerhalb der NATO zu blockieren, solange Russland nicht tatsächlich einen NATO-Staat angegriffen hat. Und sie sollten sich verpflichten, dass sie bei Nicht-Annahme des Schiedsspruchs alle

Unterstützungen, Waffenlieferungen und späteren Wiederaufbauhilfen an die Konfliktparteien unterlassen.

Der Schiedsspruch sollte enthalten: Putin nimmt seine Forderung zurück, dass sich die NATO aus den Staaten Osteuropas zurückzieht. Selenskyj erklärt sich mit der dauerhaften Bündnisfreiheit der Ukraine einverstanden und erkennt die Zugehörigkeit der mehrheitlich russisch bewohnten Halbinsel Krim zu Russland an. Russland sagt zu, sofort und bis zur zukünftigen Grenzregelung alle Truppen aus der Ukraine abzuziehen. Die Ukraine sagt zu, bis zur zukünftigen Grenzregelung kein „verlorenes" Territorium wiederzubesetzen. Beide Parteien sagen zu, im Osten der Ukraine gemeindeweise (nicht oblastweise) und unter Schweizer Aufsicht ein Referendum der Bevölkerung über ihren Zugehörigkeitswunsch zur Ukraine oder zu Russland abzuhalten. Unabhängig vom Ergebnis des Referendums bleibt alles Territorium westlich des Dnjepr ukrainisch, damit auch Cherson und Odessa. Anschließend wird eine neue ukrainisch-russische Staatsgrenze nach dem mehrheitlichen Willen der betroffenen Bevölkerung festgelegt.

Ich halte einen von Frankreich, Italien und Deutschland angebotenen Schiedsspruch im Gegensatz zur üblichen und untauglichen Reihenfolge „Waffenstillstand- Truppenentflechtung-Verhandlungen" für den Schlüssel zur Lösung des Problems.

Selenskyj muss an seinen Friedensschwur aus seiner Antrittsrede erinnert werden und ihm muss deutlich werden, dass er trotz westlicher Kriegsfinanzierung und Waffenlieferungen und trotz der amerikanischen Treueschwüre bei Weiterführung des Kriegs zum Schluss nur noch Präsident einer geschundenen Bevölkerung und eines Trümmerhaufens ist. Und mit Verhandlungen der bisherigen Art kann man die Russen keinen Meter mehr bewegen. Stoltenbergs letzte Einladung zum NATO-Russland-Rat vom Dezember 2021 mit der Aufforderung, „zur Diplomatie zurückzukehren", muss Putin eine abschreckende Lehre gewesen sein. So etwas lässt sich kein Politiker von Intelligenz und Würde ein zweites Mal gefallen. Außerdem trauen die Russen keinen mündlichen Verlockungen mehr, seit sie bei Außenminister Bakers „NATO-nicht-Erweiterungs-Zusage" erlebt haben, dass westliche Versprechen nicht gelten.

Wenn Bundeskanzler Scholz als vorrangiges Ziel einen unverzüglichen Frieden und als langfristiges Ziel einen dauerhaften Interessenausgleich erreichen will, sollte er zusammen mit Staatsprä-

sident Macron und Ministerpräsident Draghi, dem Staatspräsidenten Selenskyj und dem Staatspräsidenten Putin baldmöglichst einen konkreten und glaubwürdigen Vorschlag unterbreiten.

Mit einem solchen Schiedsspruch würde Russland erstmals ein akzeptables Angebot gemacht, würde die Ukraine sofort vor ihrer weiteren Zerstörung bewahrt, würde die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten von der Geißel des Kriegs befreit, könnten dauerhaft Stabilität und Ruhe an der ukrainisch-russischen Sprach- und Nationalitätengrenze hergestellt werden, könnte der sich anbahnenden Hungerkatastrophe in den armen Staaten und trockenen Zonen Einhalt geboten werden und würde das „alte Europa“ (nicht die EU) zeigen, dass es selbst in der Lage ist, die Ordnung auf dem eigenen Kontinent wieder herzustellen und zu sichern.

Die zwei jüngsten Einsichten von NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass er mit einem jahrelangen Ukraine-Krieg rechnet (19.6) und dass die Ukraine bei einem Friedensschluss werde territoriale Zugeständnisse machen müssen (12.6. Kultaranta Finnland), zeigen, dass es sowohl für Selenskyj als auch für Putin sinnvoll ist, schnellstmöglich einem Frieden in diesem Sinne zuzustimmen.

Stand: 10. Juni 2022

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt

Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

Manfred Backerra

EUROPA – selbstbestimmt?

Europa verlor mit Versailles etc. die ihm seit 1648 eigene politische Versöhnungskultur und ersetzte sie durch die im amerikanischen Bürgerkrieg geübte Unkultur der Rache am kriminalisierten Feind. Französischer Hass verunstaltete dabei die europäische Landkarte. Europa in Form seiner maßgebenden Staaten, unwillig und unfähig die Fehler durch das früher geübte Konzert der Mächte selbst zu kurieren, verlor bis 1990 seine Selbstbestimmung.

US-Kriege

Westeuropa begann die Selbstbestimmung für kurze Zeit, nicht zuletzt mit der Charta von Paris vom November 1990, wiederzugewinnen, ließ sich aber schon 1999 von den USA zu dem völkerrechtswidrigen Bomben-Krieg gegen Serbien (de iure noch Jugoslawien) verführen. Danach manifestierten die USA ihre Oberherrschaft auch im Balkan durch das große „Camp Bondsteel“ für 7000 Soldaten im Kosovo.

Seither haben die USA in Kriegen gegen Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen und andere zusammen mit europäischen „Willigen“ und finanzieller und anderer Beteiligung Unwilliger deutlich gezeigt, dass ihr Machtkartell ohne Rücksicht auf Verbündete geradezu autistisch darauf aus ist, die Allmacht der USA als „einzige Weltmacht“ unter Beweis zu stellen. Das US-Machtkartell plündert die chaotisierten Staaten aus, kann aber keinerlei legitimes nationales Interesse der USA geltend machen. Es folgt auch keine Pax Americana, welche die enormen Verwundungen der betroffenen Länder und Regionen wenigstens etwas heilen könnte.

Schadmacht

Den europäischen Verbündeten haben die USA wegen der bekannten Folgen der Kriege nur größten Schaden zugefügt. Die völkerrechtswidrigen Sanktionen gegen den Iran, Syrien, Russland etc., an denen auch Europäer sich gegen existenzielle eigene Interessen glauben beteiligen zu müssen, vergrößern den von den USA angerichteten Schaden noch erheblich – für Deutschland bedrohen sie die Substanz seiner Industrie-Wirtschaft und damit seiner Existenz in (noch) relativem Wohlstand.

Was bieten die USA an Positivem? Einen großen Absatzmarkt. Ihre Militärmacht, die im Kalten Krieg zum Schutz Westeuropas für unabdingbar gehalten wurde, wird gegen den einzigen theoretisch infrage kommenden Gegner Russland nicht mehr benötigt. Dessen Bevölkerung ist nur noch halb so stark wie die der Sowjetunion; dagegen stehen allein von EU/NATO dreimal so viele Einwohner des wirtschaftlich weit überlegenen Westeuropa. Es ist daher irrational, wenn Polen, Balten, Finnen und Schweden sich durch eine mögliche russische Invasion bedroht sehen. Gegen eine allerdings denkbare russische Machtübernahme in einem baltischen Staat mithilfe einer großen russischen Minderheit hilft auch keine Nato.

Doch welchen Nutzen brächte sie in einem fruchtbringend partnerschaftlichen Europa?

Aber der vielbeschworene Nuklearschirm der USA!? Den hat es nie gegeben, weil Nuklearwaffen nur im eigenen Interesse eingesetzt werden. Das hat für Deutschland schon immer eher die nukleare Zerstörung als den Schutz durch den Einsatz von US-Nuklearwaffen bedeutet.

Gleichwohl wird den USA zumindest im bis jetzt selbstreferenziellen System des „Westens“ noch immer eine solch zwingende Macht zugeschrieben, dass die Europäer mehrheitlich glauben, auch zum größten eigenen Schaden nach amerikanischer Pfeife tanzen zu müssen, statt das eigene Interesse den Umgang mit den USA bestimmen zu lassen.

Doch es sollte immer klarer werden, dass die USA mit ihren ungeniert demonstrierten Weltherrschaftsinteressen und Herrschaftsgebaren in Europa ein unverträglicher Fremdkörper sind. Wenn die Westeuropäer ihren Weg selbst bestimmen wollen, müssen sie darauf hinarbeiten, den USA die seit Ende des Zweiten Weltkrieges zugestandene Mitbestimmung oder sogar Bestimmung in und über Europa wieder zu entwinden.

US-Hörigkeit

Das aber ist ein sehr schweres Unterfangen. Abgesehen von den vielen US-Militärbasen in Europa, auch mitoperativen Funktionen weltweit, ist Europa in allen politisch und gesellschaftlich relevanten Bereichen und in den europäischen Institutionen mit offiziellen oder inoffiziellen Vertretern der USA oder mit Dienstleistern wie Anwaltskanzleien durchsetzt. Dazu kommen Einflussorganisationen wie die „Atlantikbrücke“ und andere. Die Amerika-Hörigkeit oder zumindest Folgsamkeit ist, auch wenn es jetzt mehr Kritik als früher gibt, mit den Jahrzehnten bei sehr vielen Europäern in Fleisch und Blut übergegangen.

Ob es noch einmal solche Führungspersönlichkeiten in Politik und Wirtschaft geben wird, die wie bei den Öl/Gas -Röhren-Geschäften oder beim Durchsetzen der Ostpolitik den USA die Stirn geboten oder selbständig die deutsche Einheit angebahnt haben, das wissen wir nicht. Sie tauchen in der Geschichte fast immer unerwartet auf. Doch welche Ansätze solche europäischen Führungspersönlichkeiten ab 2014 hätten nutzen können, um recht geräuschlos gegen die USA europäische Interessen zur Geltung zu bringen, zeigt das Folgende.

Vertane Chancen

Gegen den empörten Aufschrei über die „Annexion“ der Krim war ein nüchterner Hinweis möglich und nötig, dass die Selbständigkeitserklärung des Kosovo sogar ohne Volksabstimmung allgemein als rechtens anerkannt worden ist.

Da fanden die Westeuropäer 2014/15 in Minsk eine vernünftige Lösung, welche Kiew verpflichtete, dem ethnisch russischen Donbass eine föderale Autonomie anzubieten, aber dann fehlte ihnen der Mumm, diese Lösung auch durchzusetzen. Sie haben Kiew nicht nur nicht zur Vertragstreue gezwungen, sondern im Gegenteil den ostentativen Vertragsbruch noch mit Geld und Waffen unterstützt und von den USA unterstützen lassen. Dabei hat Kiew die für ihr Minderheitenrecht Aufständischen von allen staatlichen Leistungen (z.B. Rente) und wirtschaftlich abgeschnitten und acht Jahre lang militärisch bekämpft (14000 Tote !?).
Als Russland in der Ukraine angriff, hätten europäische Staaten vorzugsweise gemeinsam, doch auch im Alleingang, sofort ihre strikte Neutralität (Nichtbeteiligung) erklären können mit dem schlagenden Argument, man wolle in diesem Konflikt vermitteln. Doch Europas verantwortliche Akteure haben all diese Chancen vertan.
Mehr noch: Die Westeuropäer sind mit Macht dabei, die letzten Reste von Selbständigkeit zu beseitigen, indem Sie sich praktisch alle den von den USA aufgezwungenen Sanktionen gegen Russland anschließen, Finnland und Schweden sogar der Nato beitreten wollen. Damit fallen vor allem die Schweiz, Schweden und Finnland als weltweit anerkannte Neutrale aus, durch welche bisher noch Politik für humanitäre Ziele oder zur Konfliktlösung/Begrenzung erfolgreich initiiert und betrieben werden konnte. Das geschieht blindwütig (nicht nur in Deutschland auch kindisch: „Russland ruinieren“, „nie mehr Öl und Gas aus Russland“), weil man die westlichen Brutalitäten in den oben genannten US/Nato-Kriegen großzügig übergeht und Russland als das absolut Böse sieht und darstellt. Mit am irrationalsten gebärdet sich dabei die Ampel-Regierung von Deutschland, das am meisten von guten Beziehungen zu Russland profitiert.

Falsch gedacht

Doch so sehr hier die USA ihre Macht gegenüber europäischer Führungsschwäche noch einmal beweisen – auch

ihre Bäume wachsen nicht unbedingt in den Himmel. Welche Macht auch immer die USA in der Ukraine ausüben und wie immer der Konflikt gelöst wird, die „Integrität der Ukraine“ wird auch abgesehen vom Verlust der Krim nicht erhalten bleiben können. Denn Kiew selbst hat sofort nach dem Putsch (oder Regimewechsel) mit der Änderung des Sprachgesetzes zulasten der russischen Bevölkerung bewiesen, dass sie nur ukrainische Muttersprachler als Ukrainer sieht, und Russen nur akzeptiert, wenn sie sich ukrainisieren. Nachdem achtjährige Bekehrungsversuche mit Artillerie den Donbass nicht überzeugt haben, bleibt nur noch Selbständigkeit oder Anschluss an Russland übrig. Das Kiewer Regime hat einen Teil der Ukraine selbst abgestoßen und damit sein Bestehen auf territorialer Integrität selbst ad absurdum geführt. Henry Kissinger hat schon aus diesem Grund sehr Recht mit seiner kürzlichen Empfehlung in Davos, ukrainische Gebiete an Russland abzutreten. Die USA, welche sicherlich an einer großen Ukraine mit dem Donbass als Basis gen Russland interessiert sind, haben sich mit der Unterstützung des Kiewer (westukrainischen) Chauvinismus einen Bärendienst erwiesen. Allerdings waren für sie wahrscheinlich auch nur Westukrainer für den Kampf gegen Moskau zu haben.

Aufmucken

Das Image der fast omnipotenten „einzigen Weltmacht“ haben die USA selbst nach dem Vietnam-Debakel noch lange behalten, doch nach dem Afghanistan-Desaster sind wohl fast nur noch EU-, Nato- und fernöstliche Klientel-Staaten bereit, diesem Selbstbild der USA auch zu größtem eigenen Schaden durch äußerste Folgsamkeit bei den Russland-Sanktionen zu huldigen. Der globale Süden mit Indien, Pakistan, Indonesien, viele Staaten Lateinamerikas und Afrikas verweigert sich. Eine Rechnung sagt: 48 Folgsame gegen 145 Verweigerer, etwa umgekehrt wie die UN-Resolution gegen die russische Invasion!

Russland, das bis 2014 die völkerrechtswidrigen Selbstherrlichkeiten der USA hat geschehen lassen, hat in

Syrien ab 2015 den von den USA gewollten Regime-Change verhindert.

Im März 2015 bewahrte Russland Venezuela vor einer zu erwartenden US-Intervention durch die Entsendung von 100 Soldaten unter einem hohen General.

Seit 2019 setzt der Nato-Staat Türkei die als besonders leistungsstark geltenden russischen Flugabwehrraketen S-400 ein und beteiligt sich nicht an den Sanktionen gegen Russland. Serbien hat schon 2020 chinesische Kampf- und Aufklärungsdrohnen gekauft und beteiligt sich nicht an Strafmaßnahmen gegen Russland. Im April 2022 ließ es ostentativ Teile eines chinesischen Flugabwehrsystems mit chinesischen Großraumtransportern in Belgrad einfliegen. Passend dazu versicherte der chinesische Außenminister seinem serbischen Kollegen, „China werde Serbien mit aller Entschlossenheit bei der Verteidigung seiner Souveränität, seiner territorialen Integrität und bei der Verfolgung einer unabhängigen Außenpolitik unterstützen“ (NZZ 11.4.22) Was bedeutetet: Eine zweite US- geführte Nato-Agression gegen Serbien wird es nicht geben!

Dies sind nur einige Anzeichen von nicht ganz so leicht zu nehmenden Widerborstigkeiten gegen den US-Machtanspruch. Die USA mögen das hier und da korrigieren können. Doch das löst in keiner Weise das Grundproblem: Die globale Entwicklung ist gegen die USA als „einzige Weltmacht“ gerichtet.

Vor dem Hintergrund abnehmender wirtschaftlicher, finanzieller und trotz Höchstrüstung sogar militärischer Macht im Verhältnis zu anderen kleineren und größeren globalen Akteuren werden den USA wohl zunehmend „Unbotmäßigkeiten“ begegnen. Den USA fehlen nun auch die Staaten, an denen sie durch Chaotisierung gefahrlos Exempel statuieren konnten, wenn z.B. der Versuch gemacht wurde, aus dem Petro-Dollar-System auszusteigen.

Russland, Indien, China, Iran, Brasilien u.a., die sich allmählich vom US-Dollar als Handels- und Reservewährung lösen, eignen sich schon allein wegen ihrer Größe nicht als Opfer für ein Exempelstatuieren.

Die rechtswidrigen, also kriminellen US-Sanktion gegen private und staatliche russische Dollar-Guthaben werden ebenfalls zur Verringerung der globalen Bedeutung des Dollar beitragen.

Noch immer sehr mächtig

Trotzdem wird der US-Dollar als Welthandelswährung noch eine ungewisse Zeit dazu beitragen, daß die USA sich eine riesige Verschuldung leisten können, nicht zuletzt für ihre exorbitanten Militärausgaben: 2021 mit 8001USD das 12-fache Russlands (66) und das 3.7-Fache Chinas (293). Übrigens betragen die Militärausgaben von Nato-Europa allein mit 348 USD das 5,3-Fache Russlands – dies nur zur „Notwendigkeit" höherer „Verteidigungsausgaben" Deutschlands und Europas.

Europa gefordert

Es ist also noch kein zwingender äußerer Druck auf das politisch führende Machtkartell der USA abzusehen, der es davon abhalten könnte, Westeuropa zu seinem Verderben weiterhin für Ziele der „einzigen Weltmacht" einzuspannen.

Nun hat aber die vorgebliche Interessenpolitik der USA ihrer normalen Bevölkerung keinen Nutzen, sondern ein Land mit mangelhafter sozialer und materieller Infrastruktur beschert. Daher wäre es denkbar, dass die in den USA immer auch vorhandenen politischen Kräfte, die für eine grundsätzlich friedliche Außenpolitik stehen, einmal die Führung übernähmen. Damit würden sich wahrscheinlich viele der von den USA generierten Probleme in Europa und der Welt verflüchtigten. Allerdings wäre das wohl ein Wunder, das zwar nicht auszuschließen, aber zur Zeit auch nicht absehbar ist.

Höchst wahrscheinlich müssen also die Europäer sich selbst aufraffen, um für ihr (nach normalen Maßstäben) selbstverständlichstes Eigeninteresse einzutreten, selbstbestimmt zu leben, und ihre Politik nach innen und außen in allererster Linie auf friedliche Selbstbehauptung auszurichten.

Doch das ist ein sehr schweres Unterfangen. Denn die Staaten sind fast alle in EU und/oder NATO gebunden, die sich von ursprünglich guten Bündnissen für einen freien Markt und für Verteidigung zu Thoms Jeffersons „entangling (verstrickende) alliances“ entwickelt haben. Frankreichs Verlassen der militärischen Integration der NATO 1966 und der Brexit waren möglicherweise nur diesen „Siegerstaaten“ ohne existenzgefährdende Anfeindungen durch die Verbleibenden möglich. Deutschland wäre da sicher erheblich gefährdeter, weshalb es solche drastischen Schritte wohl klugerweise vermeiden sollte. Stattdessen empfiehlt es sich, den eigenen Weg festen Schrittes aber ruhig und im Einvernehmen mit möglichst vielen Bündnispartnern zu gehen, ohne sich beirren zu lassen. Erfolgreiche Beispiele dafür sind die Öl/Gas-Vereinbarungen mit der Sowjetunion und die Verweigerungen, an den US/NATO-Kriegen gegen den Irak und Libyen teilzunehmen.

Ob sich aber die Westeuropäer überhaupt einmal zur Selbstbestimmung aufraffen und unter welchen Bedingungen, ob noch relativ intakt oder schon ruiniert, und wie dann vorzugehen ist, wissen wir nicht.

Partner Russland

Es sollte allerdings klar sein, dass das an Bevölkerung und Ressourcen relativ schwache Westeuropa sich alleine nicht selbstbestimmt behaupten kann. Es benötigt einen verlässlichen und potenten Partner. Das, was zu Anfang über den „Hauptverbündeten“ gesagt wurde, zeigt klar, dass er nicht der verlässliche Partner ist. Zudem wohl auch ein weniger potenter Rohstoff-Lieferant. Unabhängig davon ist ein befriedetes Europa nur mit Russland zu haben.

Russland (genau: die Russländische Föderation), dagegen hat seit 1999 bis zu dem momentan noch nicht fundiert zu beurteilenden Ukraine-Krieg Europa nie geschadet. Es hat immer für eine enge Zusammenarbeit geworben und sie, wenn möglich, auch praktiziert. Seine Verlässlichkeit als Vertragspartner hat es

bereits über Jahrzehnte im Kalten Krieg und dann beim Abzug seiner Armeen bewiesen. Das riesige Land kann Europa fast mit allen benötigten Rohstoffen versorgen. Westeuropäer und Russländer leben in einem christlichem Kulturraum und haben bei allen Eigenheiten viele Gemeinsamkeiten (mehr in DJ Sonderausgabe 2020). Russland hat keine außenpolitischen Interessen, die den westeuropäischen grundsätzlich zuwiderlaufen. Obschon es die Ukraine als urrussisches Land sieht, wollte es sie 2014, wie damals auch Henry Kissinger, als neutrale Brücke wischen Ost und West akzeptieren, hätte es die EU nicht vereitelt. Russlands Politik kommt ohne Wirtschaftssanktionen aus und steht daher dezidiert für freien Handel und Wandel.

In seiner kürzlichen Davos-Adresse sagt Henry Kissinger: „Russland war 400 Jahre ein wesentlicher Teil Europas […] Die aktuelle Politik sollte im Kopf haben, dass es wichtig ist, die Wiederherstellung dieser Rolle zu betreiben, und nicht Russland in eine stärkere Allianz mit China drängen." *

Eine Partnerschaft Westeuropa – Russland hat dabei den bei Bündnissen seltenen Charme, dass wegen der gegenseitigen Abhängigkeiten keine Seite die andere so dominieren kann, wie es sich die Westeuropäer von den USA gefallen lassen.

Sicherung von Ressourcen

Die Westeuropäer, die sich ja selbst durch diese Partnerschaft stärken, werden bei nüchternem Kalkül auch an der Stärkung Russlands interessiert sein, damit dieses seinen an Ressourcen reichen aber bevölkerungsarmen asiatischen Osten gegen China behaupten kann. Fiele dieser Raum in die Verfügungsgewalt Chinas, wären die Ressourcen für Europa weitgehend verloren. Mehr noch: Wenn das jetzt schon zum Teil übermächtige China auch noch über alle Ressourcen verfügte und seine Energie nur noch auf die eigene Entwicklung nach innen und außen verwenden könnte, dann müsste auch die weniger als ein Viertel so bevölkerungsstarke „einzige Weltmacht" sich sehr warm anziehen.

Welche Geistesheroen müssen hinter der US-Politik stehen, das wirtschaftlich relativ schwache Russland mit aller Macht in die Arme des zehnmal so bevölkerungsreichen China zu treiben?! Auch Gedankenspiele einer Rand-Studie von 2029 für die US Army, Russland zu zerstückeln (dismember) und seine Ressourcen einschließlich Agrarland US-Investoren zur Verfügung zu stellen, ignorieren offenbar die besseren Zugriffsmöglichkeiten des benachbarten China, das mit nur knapp der Hälfte der Prokopf-Agrarfläche der EU, das zum Teil auch noch unfruchtbar geworden ist, auch einen drängenden Bedarf hat.

De facto Partnerschaft

Für eine Partnerschaft mit Russland als solche sind Vertragsformalitäten nicht zwingend erforderlich, weder zwischen der EU und Russland, noch zwischen westeuropäischen Staaten und Russland, obschon es solche gab und noch gibt. Es ist eine de facto-Partnerschaft, wie sie mit der Bundesrepublik Deutschland etabliert worden ist, zunächst ohne Abkommen, ab 1958 aufgrund eines Handelsabkommens und ab 1970 mit internationalen Verträgen über das Gas-/Röhren-Geschäft und weiteren Abkommen. Auch andere europäische Unternehmen wie FIAT kooperierten auf diese Weise schon in der Sowjetzeit.

Diese „Partnerschaft der Willigen“ hat u.a. schon die Niederschlagung des Prager Aufstandes überlebt. Wahrscheinlich wird sie trotz der derzeitigen Anti-Russland-Hysterie nach dem Ukraine-Krieg und der Rückkehr des Bewusstseins für die gemeinsamen Interessen, den Nutzen für beide Seiten und die teils exorbitanten Kosten von Alternativen (z.B. Flüssiggas) wiederaufgenommen werden, allerdings mit einigen zusätzlichen Mühen wegen der kopflosen Quasi- oder tatsächlichen Aufgabe von europäischen Unternehmen in Russland. Brüssel und einige Staaten, die von Russophobie bestimmt sind, werden natürlich mehr Zeit brauchen.

Ein jahrelanges Verbot, diese Partnerschaft wiederaufzunehmen, ist nur schwer vorstellbar. Sollte es aber doch gesche-

hen, weil die EU und die maßgebenden EU-Staatsführungen glauben Lakaien der USA bleiben zu müssen, werden sie auch von anderen Mächten als solche gesehen und behandelt werden, was das Ende Europas als ernstzunehmende Macht wäre.

Der Ausgang des Ukraine-Krieges wird darüber mitentscheiden, ob, in welchem Maße und wie bald Europa selbstbestimmt werden kann.

Aber auch wenn Russland mehr oder weniger den Kürzeren ziehen sollte: Es bleibt der einzig vernünftige Partner für ein Europa, das zu sich selbst finden will.

Werkzeug der Weltmacht vor dem Aus?

Man spekuliert, Putin setze notfalls Atomwaffen ein, nennt aber keine sinnvollen Ziele.

Ein russischer Journalist, von westlichen Journalisten „russischer Chefpropagandist" genannt, gab dazu kürzlich in seiner Sonntagsendung einen Denkanstoß (Anti-Spiegel.ru 30.05.2022). Er warnte die USA mit Zitaten von Putin und Lawrow eindringlich davor, der Ukraine die von der New York Times genannten mobilen Raketen zu liefern, die mit ihrer gegenüber bisherigen Waffen größeren Reichweite und Genauigkeit russisches Gebiet erreichen könnten. Russland verbessere ständig seine nukleare Triade. So habe am Samstag die Fregatte „Admiral Gorschkow" aus der Barentsee über 1000 Kilometer Distanz mit dem Hyperschallflugkörper „Zirkon" ein Seeziel im Weißen Meer zerstört. Diesen Flugkörper nenne man nicht zufällig „Flugzeugträger-Killer". Er manövere mit bis zu 9 Mach in der dichteren Atmosphäre und sei unmöglich abzufangen.

Die USA haben z.Z. mindestens neun Trägergruppen (Carrier Strike Groups) mit Kampfschiffen aller Art. Sie begründen ganz wesentlich die Fähigkeit der USA, weltweit Macht auszuüben. Der Flugzeugträger als Kern ist von stärkster Abwehr aller Art geschützt.

Sollte Russland trotzdem die Flugzeugträger ausschalten können (was noch zu bestätigen ist), dann verlieren die USA ein wesentliches Werkzeug ihrer Weltmacht.

Auch wenn die USA wahrscheinlich bald über eine gleiche Hyperschallwaffe verfügen, können sie die Landmacht Russland damit nicht in gleichem Maße treffen.

Stand: 6.6.2022

* From a long-term perspective, Russia has been an essential part of Europe for 400 years, influencing European politics. Sometimes as an observer, but in some cases as a guarantor or instrument with which to restore the European balance. The current policy should keep in mind that the restoration of this role is important to develop, and not push Russia towards a stronger alliance with China. https://www.weforum.org/agenda/2022/05/kissinger-these-are-the-main-geopolitical-challenges-facing-the-world-right-now/

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt

Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

Reinhard Uhle-Wettler

Die Manipulation der Menschenmassen im 21. Jahrhundert

Der Krieg in der Ukraine ist, was die westliche Berichterstattung angeht, ein Musterbeispiel für Manipulation durch die Massenmedien. Der Russische Staatspräsident Wladimir Putin wird in Presse, Rundfunk und Fernsehen weltweit als Kriegsverbrecher dargestellt, der einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen hat. Die Gründe für sein Verhalten, also das russische Sicherheitsbedürfnis, werden konsequent verschwiegen. Ebenso wird die Tatsache, dass der Ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ausnahmslos gegen russische Interessen verstoßen hat und weiterhin verstößt, indem er den Beitritt zur europäischen Union und zur NATO gefordert hat und sich ständig wiederholt mit unmäßigen Forderungen von Waffenhilfe an den Westen wendet. Damit entsteht die Gefahr eines großen Krieges unter Einsatz von ABC-Waffen, was kein vernünftiger Mensch in Kauf nehmen kann. Es geht um die Herauslösung der Ukraine aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und die Überführung in die westlichen Bündnissysteme. Dies würde Russland zu einer bloßen Regionalmacht (Obama) herabstufen und die Umklammerung Russlands vollenden.

Darüber hat der weise und unabhängige berühmte Journalist Peter Scholl-Latour schon 2006 in seinem Buch: „Russland im Zangengriff“ über die neue Art der Kriegsführung in dem aufschlussreichen Schlusskapitel unter dem Titel „Ukraine“ Wichtiges zu den Hintergründen der Orangen-Revolution in Kiew geschrieben. Dabei spricht er von den subversiven Manipulationen und der robusten Einmischung, >> die heute die US-Politik gegenüber Kiew charakterisiert. << Es sind die gleichen Methoden wie beim Sturz des jugoslawischen Machthabers Slobodan Milosevic und bei der Rosen-Revolution in Georgien. Stets wird die landeseigene Opposition mit Geld und Waffen unterstützt, mit Agenten infiltriert, später helfen u.U. Sabotagetrupps und Kommandos sowie Söldnertruppen bei der Destabilisierung und natürlich eine weltweite Pressekampagne, nicht zu vergessen zwielichtige NGO´s, die gern auch oppositionelle Studentengruppen beeinflussen.

In einer aufschlussreichen Besprechung des letzten Buches von Peter Scholl-Latour „Der Fluch der bösen Tat“ in der Züricher Zeitung Zeit-Fragen (Nr.6 vom 8.März 2022) wird aus dem Klappentext folgendes zitiert: >>Ausführlich beleuchtet Scholl-Latour auch den immer unkontrollierbareren Konflikt in der Ostukraine, dessen Ursachen er nicht zuletzt in der fragwürdigen Politik des Westens gegenüber Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sieht.<< Wir ergänzen dazu: Die USA haben danach nicht einen einzigen durchschlagenden und überzeugenden Versuch einer dauerhaften Friedensordnung in Europa gemacht. Russland im Zangengriff nach dem ewig gleichen Muster von herkömmlicher Machtpolitik war ihnen wichtiger.

In der gleichen o.a. Zeitung, Ausgabe Nr. 7, finden wir einen Artikel über eine NATO-Studie unter dem Titel: „Die Opfer des US-Imperiums“ des amerikanischen Journalisten Patrick Lawrence. Darin steht ein Abschnitt: „Cognitive Warfare“, was wir früher Psychologische Kriegsführung nannten. CW ist aber viel umfassender und wissenschaftsbezogener. Sie richtet sich nicht nur gegen den bekämpften Feind, sondern gegen alle Menschen, die politisch beeinflusst werden sollen, also auch die eigene Bevölkerung. >> Das Gehirn wird das Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts sein<<, wird in dem (NATO) Dokument behauptet. >>Der Mensch ist der umkämpfte Bereich. Das Ziel der kognitiven Kriegsführung ist es, jeden Menschen zu einer Waffe zu machen.<<

Weitere Angaben über die Schwachstellen des menschlichen Gehirns, die es auszunutzen gilt, insbesondere der emotionale Bereich, werden ausgeführt. Wir erleben ja täglich im Fernsehen die Darstellung menschlichen Leids ohne Einbettung in die politischen und strategischen Ursachen und Hintergründe. Inzwischen sind wir schon bei der Entlassung unschuldiger Dirigenten, Künstler und der Ausladung von Sportlern angekommen, denn die vielen manipulierten Mitläufer wollen zeigen, wie sehr sie sich gegen den o.a. Kriegsverbrecher wenden. „Schöne Neue Welt!“

Die Schwierigkeit, zu unterscheiden, welche Information richtig oder falsch ist, oder aber angebliche Beweise zu überprüfen, zwingt dazu, selbst zu recherchieren, maßvoll und mit Vorbehalt zu urteilen und ansonsten zumindest allen politischen Informationen mit gesundem Mißtrauen zu begegnen.

Stand März 2022

Reinhard Uhle-Wettler

Missbrauch der Ukraine durch die Weltmacht USA

Milliarden an Finanzmitteln, sowie Waffen, Ausbilder und Berater sind aus Amerika in die Ukraine geschickt worden, um dort den Widerstand gegen Russland und eine Wendung in Richtung „feier Westen“ zu veranlassen. Das funktioniert nach einem organisierten Regimewechsel glänzend und wird seit dem Kriegsausbruch der gesamten transatlantischen Welt aufgetragen.

Die westliche Information darüber ist eine einzigartige Desinformation zur Manipulation der Massen, der nur wenige zu widersprechen wagen. Einer davon ist der bekannte 93-jährige Klaus von Dohnanyi. Sein sensationelles Buch: „Nationale Interessen“ belegt u.a. auf der Seite 106, dass hinter dem Ukrainekonflikt nationale Interessen der USA im Sinne ihrer Geopolitik stehen, deren Grundsätze bei Halford Mackinder, Zbigniew Brzezinski und George Friedmann (Rede vom 4.2.15) nachgelesen werden können. Von Dohnanyi: „Das Interesse der USA an der Ukraine ist eben nicht ein Engagement für Menschenrechte oder Demokratie, sondern Teil einer geopolitischen Strategie der Eingrenzung Russlands im Sinne aus meiner Sicht missverstandenen Interesses der USA – allerdings nicht der Interessen des außenpolitischen Establishments in Washington, das auf diese Weise seine eigene Bedeutung immer wieder bestätigt sehen will.“ Dass bei einer solchen Politik auch immer wieder Kriege oder gewaltsame Auseinandersetzungen in Kauf genommen oder angezettelt werden, kann man sehr gut den Büchern von Wolfgang Effenberger entnehmen, der hierzu umfassende Übersichten veröffentlicht hat (u.a. „Pfeiler der US-Macht“). Die USA sind eben nicht nur die einzige Weltmacht, sondern auch die kriegerischste Nation dieser Erde.

Ein neuer Eiserner Vorhang trennt nun Ost und West von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Diesseits liegen eine Reihe kleinerer Pufferstaaten, die das System bereitwillig und wie Vasallen absichern. Der neue Kalte Krieg stellt den russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin als „Verrückten“ und als „Kriegsverbrecher“ dar, der vor den internationalen Strafgerichtshof gehört. Man kennt dies u.a. aus

den Schicksalen von Saddam Hussein und Muammar al Gaddafi. Der politische Feind ist stets das Böse schlechthin.

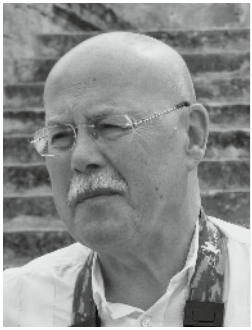
Um die politische Lage richtig beurteilen zu können, ist es natürlich erforderlich, sich in den Gegner hineinzuversetzen und dessen Antriebe und Argumente, besonders seine Sicherheitsinteressen, zu verstehen. Ob nicht hinter Putin auch immer noch alte Sowjetkader stehen, die ihm gefährlich werden könnten, wird nicht einmal erwogen. Wer also kein „Putinversteher" ist, kann sich kein ernstzunehmendes Urteil bilden. Besonders töricht ist die Tatsache, dass niemand nach der Verantwortung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und dessen Politik fragt. Seine politische Unerfahrenheit und Unflexibilität liefert sein Land einem Heroismus aus, der zur Zerstörung seines Landes und vielen unschuldigen Toten führt. Das Ziel der Loslösung von Russland und des Anschlusses an den Westen anstelle einer geduldigen Neutralität hat unweigerlich zur kriegerischen Reaktion Russlands geführt. Der Missbrauch der Ukraine durch die USA ist offenkundig.

Die USA haben inzwischen ihre wesentlichen Ziele erreicht. Russland ist durch die Sanktionen der sogenannten „freien Welt" in einem umfassenden Wirtschaftskrieg schwer geschwächt. Das gilt zugleich für die europäische Union, besonders Deutschland. Unser nationales Interesse einer wirtschaftlichen Kooperation mit unserem Nachbarn Russland ist auf Dauer geschädigt. Die Unterbrechung des wirtschaftlichen Austausches mit Russland und dessen Ressourcen fügt der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zu (Prof. E. Hamer), der bisher widerspruchslos hingenommen wird. Die Politik der USA haben ganz im Sinne der oben erwähnten Geopolitiker erreicht, dass auf Jahre hinaus ein Zusammengehen von technischem Know-how und Wissenschaft besonders Deutschlands mit dem ressourcenreichen und menschenreichen Russland verhindert wird. Ein Machtblock Eurasiens, welcher der USA gefährlich werden könnte, kann also vorerst nicht entstehen. So können sich die USA halbwegs unbesorgt ihrem neuen Konkurrenten China zuwenden und dessen Eindämmung in Angriff nehmen. Die Ukraine aber wird als tragisches und missbrauchtes Objekt zurückbleiben und auf Jahre hinaus mit ihrem Wiederaufbau beschäftigt sein, der nicht zuletzt von Europa mitgetragen werden muss!

Stand April 2022

RA Rainer Thesen

Der Krieg in der Ukraine – Eine völkerrechtliche Betrachtung



Die Betrachtung dieses Krieges aus historischer oder auch geopolitischer Sicht ist reizvoll. Sie wird von vielen Autoren – naturgemäß unterschiedlich – angestellt und veröffentlicht. Etwas in den Hintergrund gerät dabei die Rechtslage. „Nimm das Recht weg - was ist denn ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande." Dieser Satz des Kirchenlehrers Augustinus von Hippo kann aus dem innerstaatlichen Bereich ohne weiteres auf den zwischenstaatlichen Bereich, das Verhältnis der Völker zueinander, übertragen werden. Denn ebenso wie die Rechtlosigkeit das Leben der Bürger in einem Staate zur prekären Existenz macht, tut sie es mit der Existenz der Staaten. Deswegen bildet die Quelle des Rechtsgehorsams bezüglich des Völkerrechts die Einsicht der Regierungen, dass langfristig betrachtet den Interessen aller am besten gedient ist, wenn die Regeln eingehalten werden.

So lehrt es der angesehene deutsche Völkerrechtler Christian Tomuschat. In der Tat verhielten sich die Staaten anderenfalls ganz so wie die Piraten, die sich im Streit um die Beute gegenseitig an die Gurgel gehen. So erscheint es nicht nur von Interesse, sondern durchaus notwendig, auch diesen aktuellen Krieg aus völkerrechtlicher Sicht zu betrachten. Dabei beschränke ich mich auf die Prüfung der militärischen Intervention, sprich des Angriffskrieges an sich in völkerrechtlicher Hinsicht. Was die bekannt gewordenen und wohl auch noch bekannt werdenden Kriegsverbrechen, auf beiden Seiten übrigens, angeht, so ist das ungeachtet all dieser Schrecknisse rechtlich zum einen unproblematisch, und zum anderen fehlen bis jetzt ausreichende gerichtsfeste Tatsachenfeststellungen. Es bleibt insoweit zu hoffen, dass eine unabhängige gerichtliche Aufarbeitung dieser Dinge erfolgen wird.

Die Motive Putins

Bereits drei Tage vor dem Einmarsch seiner Truppen in die Ukraine am 24.02.2022 hielt der russische Präsident Wladimir Putin eine Rede, in der er vordergründig die Anerkennung der ukrainischen Provinzen Donezk und Luhansk als eigenständige Staaten propagierte. Gleichzeitig sprach er der Ukraine das Recht ab, über innenpolitische Fragen, und um eine solche handelt es sich bei der Loslösung von Teilen des Staatsgebietes, souverän entscheiden zu können. Unmittelbar mit Beginn des Krieges bekräftigte er das Recht seines Landes, zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele auch Gewalt anwenden zu dürfen. Putin hat auch klar der Ukraine das Recht abgesprochen, überhaupt als Staat existieren zu können, wobei der Vorwurf der Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften – gemeint sind die USA und ihre Alliierten – nur ergänzend hinzutritt. In diese Argumentationskette gehört auch seine Äußerung anlässlich des 350. Geburtstages von Peter dem Großen, wonach er sich heute in der gleichen Lage sehe wie der seinerzeitige Zar. Der habe zum Beispiel das Gebiet um das heutige Sankt Petersburg nicht von den Schweden erobert, sondern zurückgewonnen. Dies sei in offensichtlicher Anspielung auf die Ukraine auch seine Aufgabe. Das wird am geltenden Völkerrecht zu messen sein. Die weitere Argumentationslinie, vorgetragen erstmals auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10.02.2007, dass der Westen – absprachewidrig – durch Aufnahme der ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts in bedrohlicher Weise seinen Einflussbereich zum geopolitischen Nachteil Russlands ausgedehnt habe, ist am gleichen Maßstab zu messen.

Wladimir Putin sieht sich in der Tradition von Peter dem Großen

Die bewährte Textsammlung der Autoren Tomuschat und Walter enthält die wichtigsten Rechtstexte des Völkerrechts. Sie ist für das Studium und die Praxis gleichermaßen bedeutsam …

Die völkerrechtlichen Verträge

Gemeinhin sollte man annehmen, dass die Beziehungen zwischen zwei Staaten in einem Vertrag geregelt sind. Im Falle Russland/Ukraine ist dies anders. Hier gibt es mehrere Verträge, die, um das Ergebnis vorwegzunehmen, sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit einem militärischen Eingreifen im Nachbarland, erst recht einer Annexion mit Gewalt, entgegenstehen. Informelle Zusicherungen, seien sie am Rande von Gesprächen, in Reden von Politikern oder in eher privatem Rahmen gegeben worden, können zwar grundsätzlich Rechtswirkungen erzeugen, gehen aber keinesfalls vertraglichen Regelungen vor. Denn schon nach allgemeinen Rechtsregeln ist ein Vertrag stets als lex specialis zu den allgemeinen Rechtsregeln zu sehen. Selbst wenn man die häufig zitierten verbalen Zusicherungen bezüglich einer nicht angestrebten NATO-Osterweiterung aus den frühen 90er Jahren von westlichen Politikern wie Clinton, Baker und Genscher unter das estoppel-Prinzip (das Verbot widerspüchlichen Verhaltens, venire contra factum proprium) subsumieren wollte, wäre das nicht entscheidend. Denn der Rechtsgültigkeit dieser Erklärungen wegen der später abgeschlossenen Verträge stünde auch das lex posterior-Prinzip entgegen, wonach später geschaffene Rechtssätze und Verträge frühere entgegenstehende Regelungen aufheben. Schließlich könnte auch ein Abweichen von derartigen Zusagen keinen Verstoß gegen das

vertragliche und in der UN-Charta festgelegte Gewaltverbot rechtfertigen. Daher befasse ich mich nachstehend nur mit den einschlägigen völkerrechtlichen Verträgen.

Die Charta der Vereinten Nationen

An erster Stelle zu nennen ist natürlich die Charta der Vereinten Nationen. Dort ist in Art. 1 Abs. 2 das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und in Art. 2 Abs. 1 der Grundsatz der souveränen Gleichheit der Völker geregelt. Von besonderer Bedeutung ist Art. 2 Abs. 4, der deswegen hier wörtlich zitiert werden soll: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt." Vertragsstaat der UN-Charta ist selbstverständlich auch Russland, das nach eigenem Verständnis, aber auch nach allgemeiner internationaler Auffassung, die Sowjetunion als Völkerrechtssubjekt abgelöst hat und in deren Rechte eingetreten ist. Der Angriff auf ein anderes Land verstößt somit grundsätzlich gegen die Charta der Vereinten Nationen, es sei denn, es liege eine der Ausnahmen vor, die dort geregelt sind. So etwa eine Intervention auf Beschluss des Sicherheitsrates, die Selbstverteidigung gem. Art. 51 – auch bei Vorliegen der Voraussetzungen präventiv – oder die Ausübung des Beistandsrechts nach Art. 42 Abs. 7 des Vertrages über die Europäische Union bei einem bewaffneten Angriff auf einen Mitgliedstaat. Ersichtlich liegt hier keiner dieser Fälle vor.

Damit geht die UN-Charta weit über den Briand-Kellogg-Pakt vom 27.08.1928 hinaus, der zwar den Angriffskrieg als Mittel der Politik ächtet, indessen im Falle des Verstoßes als einzige nachteilige Folge vorsieht, dass der Aggressor dann nicht mehr unter dem Schutz dieses Vertrages steht. Bekanntlich hat sich dies dann mit dem Römischen Statut über den Internationalen Strafgerichtshof vom 17.07.1998, in Kraft getreten am 01.07.2002, geändert. Das Verbrechen der Aggression nach diesem Statut kann seit dem 17.08.2018 strafrechtlich verfolgt werden, und zwar ausdrücklich auch durch Anklage und Verurteilung der maßgeblichen Staatschefs. Ungeachtet der Problematik des Nichtbeitritts Russlands zu dieser Konvention ist jedenfalls nach Auffassung der meisten Völkerrechtler mindestens die Strafverfolgung der Staatschefs

und entscheidungsbefugten Generäle hinsichtlich des Verbrechens des Völkermordes und der Kriegsverbrechen ihrer Soldaten möglich. Was das Verbrechen der Aggression angeht, so dürfte dies nach überwiegender Auffassung wohl nur gegenüber den führenden Politikern und Militärs der Staaten möglich sein, die dem Statut beigetreten sind. Das trifft auf Russland nicht zu.

Von Bedeutung ist in Ansehung des Umstandes, dass Russland völkerrechtlich an die Stelle der früheren Sowjetunion getreten ist, auch die KSZE-Schlussakte vom 01.08.1975. Sie bestimmt in Art. 3: „Die Teilnehmerstaaten betrachten gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich und werden deshalb jetzt und in der Zukunft keinen Anschlag auf diese Grenzen verüben. Dementsprechend werden sie sich auch jeglicher Forderung oder Handlung enthalten, sich eines Teiles oder des gesamten Territoriums irgendeines Teilnehmerstaates zu bemächtigen.“ Diese Bestimmung wurde seinerzeit auf Drängen der Sowjetunion aufgenommen, die angesichts der offenen deutschen Frage ihren territorialen Nachkriegs-Besitzstand absichern wollte. Befürchtet wurden seinerzeit Forderungen nach Revision der Oder-Neiße-Grenze, die erst später durch Deutschland im Rahmen der 2-plus-4-Vereinbarungen 1990 als endgültig anerkannt wurde. Es entbehrt nicht einer gewissen historischen Pikanterie, dass nun ausgerechnet die Russische Föderation, die sich territorial verkleinert als identisch mit der Sowjetunion betrachtet, gegen die Helsinki-Schlussakte verstößt, merkt dazu der Völkerrechtler Hans-Joachim Heintze schon in Ansehung der Annexion der Krim an. Die Schlussakte ist jedoch nicht das einzige politische Dokument, das verletzt wurde. Zu nennen ist auch das „Memorandum on Security Assurances in Connection with Ukraine‘s Accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons“ vom 05.12.1994. Die Ukraine hatte nach der Auflösung der Sowjetunion die auf ihrem Territorium stationierten Atomwaffen an die Russische Föderation übergeben und dafür die Zusicherung erhalten: „Die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie die Vereinigten Staaten von Amerika bekräftigen ihre Verpflichtungen gegenüber der Ukraine, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Unabhängigkeit und Souveränität sowie die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren.“ Weiter enthält dieses Memo-

randum auch die ausdrückliche Zusicherung, daß diese drei Mächte ihre Waffen nicht gegen die Ukraine gebrauchen werden, es sei denn, es liege einer der Ausnahmefälle nach der UN-Charta vor. Das Memorandum ist von dem seinerzeitigen russischen Präsidenten Jelzin unterzeichnet worden. Ferner regelt § 6, daß die Ukraine, die Russische Föderation, Großbritannien und die USA in Beratungen eintreten, falls eine Situation entsteht, die Fragen über diese Verpflichtungen aufwirft. Somit ist die Unterstützung der Ukraine auf politischem Wege, aber auch durch Waffenlieferungen nach der russischen Intervention keine durch Art. 2 Abs. 7 der UN-Charta verbotene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine.

Die Flagge der Vereinten Nationen

Die russisch-ukrainischen Verträge

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Verträgen, die speziell das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine regeln. Noch zu Zeiten der Sowjetunion, am 19.11.1990, erkannten beide Staaten gegenseitig ihre territoriale Integrität und ihre gegenwärtigen Grenzen in dem Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit an.

Der Vertrag trat am 14.06.1991 in Kraft und wurde mit dem russisch-ukrainischen Vertrag über gegenseitige Beziehungen vom 21.06.1992 bekräftigt. Dieser neue Vertrag war notwendig geworden, weil die Ukraine am 24.08.1991 ihre Unabhängigkeit erklärt hatte. Diese Unabhängigkeitserklärung wurde am 01.12.1991 mit großer Mehrheit in einem Referendum bestätigt. Am 26.12.1991 erfolgte dann endgültig die Auflösung der Sowjetunion. Somit handelt es sich bei dem Vertrag vom 21.06.1992 um einen Vertrag zweier souveräner Völkerrechtssubjekte. Schon die Entwicklung zu Sowjetzeiten stand im Einklang mit der sowjetischen Verfassung, die allen Republiken auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein Lostrennungsrecht von der Union und die Schaffung eigener Staatlichkeit zuerkannte. Obgleich bei dieser Gelegenheit eine Korrektur der Entscheidung Chruschtschows von 1954 möglich gewesen wäre, die Krim nach jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Russland und ihrer überwiegend ethnisch russischen Bevölkerung der Ukraine zuzuschlagen, tat man das nicht. Vielmehr folgte man insoweit dem uti possidetis, ita possideatis-Grundsatz (wie ihr besitzt, sollt ihr besitzen). Wie auch im Falle der Dekolonisierung in Afrika und im vorderen Orient wollte man auch in Ansehung willkürlich gezogener Grenzen durch Veränderung dieser Besitzverhältnisse keine neuen Probleme schaffen. Denn insoweit bestand schon damals Uneinigkeit zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine. Nachdem es jedoch schon nach wenigen Monaten zu Streitigkeiten über die staatliche Zugehörigkeit der Krim und der Stadt Sewastopol gekommen war, bekräftigten beide Staaten in einen neuen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft vom 31.05.1997 wiederum die Respektierung der territorialen Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen ihnen.

Obwohl als bloße Waffenstillstandsabkommen nicht unbedingt in diesem Zusammenhang stehend, sollen hier die beiden Minsker Abkommen erwähnt werden. Das Minsker Protokoll vom 05.09.2014, das Regelungen über einen Waffenstillstand zwischen Russland bzw. den von Russland unterstützten Separatisten und der Ukraine beinhaltete, wurde zum völkerrechtlich verbindlichen Vertrag durch die UN-Resolution 2202 (2015) vom 17.02.2015. Jedoch flammten bereits am 28. September die Kämpfe wieder auf. Am 12.02.2015 kam es dann zum zweiten Minsker Abkommen (Minsk II). Kurz nach Unterzeichnung traten Separatisten und russische Truppen zum Sturm

auf den Ort Debaldzewe an und eroberten ihn. Am 21.02.2022 erklärte Putin in der bereits erwähnten Ansprache, für das Minsker Abkommen gebe es keine Aussicht mehr auf Erfolg. Bemerkenswert ist allerdings, dass jedenfalls bis Minsk II Putin von der Staatlichkeit der Ukraine ausging, denn sonst hätte er mit ihr nicht verhandeln und Verträge schließen können.

Die Verträge zwischen Russland und der NATO

Am 27.05.1997 unterzeichnete Russland die NATO-Russland-Grundakte. Darin ist unter anderem festgeschrieben, dass nicht nur die Unterzeichner wechselseitig, sondern auch bezüglich dritter Staaten deren Souveränität und territoriale Unversehrtheit garantieren. Am 28.05.2002 erfolgte durch förmliche Erklärung die Gründung des NATO-Russland-Rates. Seine Aufgabe ist es, die in der NATO-Russland-Grundakte festgelegte grundsätzliche Zusammenarbeit im Einzelnen umzusetzen. Wladimir Putin war schon damals Präsident der Russischen Föderation. Polen, Ungarn und Tschechien sind 1999 der NATO beigetreten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt waren Zusicherungen westlicher Politiker hinsichtlich einer Zurückhaltung bei der Erweiterung des NATO-Bündnisgebietes nach Osten gegenstandslos geworden. Sie wurden daher von Russland auch nicht reklamiert.

Wappen der Ständigen Mission Russlands bei der NATO: Kooperation auf der Grundlage der NATO-Russland-Grundakte von 1997. Lange Zeit sicherte sie eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Das Selbstbestimmungsrecht

Russland rechtfertigt sowohl die Annexion der Krim als auch die Anerkennung der von den dortigen russischen Minderheiten ausgerufenen Republiken Donezk und Luhansk mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses Selbstbestimmungsrecht könne unter außergewöhnlichen Umständen auch zur Separation führen, wenn die weitere Koexistenz der nationalen Minderheit mit der Mehrheit in einem Staat unmöglich geworden sei. Die Vergangenheit zeige ja, dass in der Mehrzahl der Fälle die Verwirklichung des Rechts eines Volkes auf Selbstbestimmung ohne Zustimmung der Regierung des jeweiligen Staates erfolgt sei. Indessen ist das nur insoweit richtig, als dies in den meisten Fällen im Rahmen der Dekolonisierung stattgefunden hat. Hier liegt also die Besonderheit vor, dass die Kolonialherrschaft völkerrechtswidrig und als permanente Aggression anzusehen war. Die kolonisierten Völker hatten folglich ein Recht, sich auch mit Waffengewalt gegen die Kolonialherren zu wehren. Auch gehörten die Kolonialgebiete nicht zum Territorium des „Mutterlandes". Tatsächlich vollzogen sich derartige Sezessionen oder auch Neugliederungen regelmäßig legal. Im Falle der ehemaligen Tschechoslowakei kam es zur sogenannten Dismembration durch souveräne Entscheidungen der Parlamente. Die Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens erfolgten auf der Grundlage der Verfassungen dieser Staaten. Im Falle der Auflösung des ehemaligen Jugoslawiens durch Erklärung der Unabhängigkeit und Souveränität der einzelnen Teilrepubliken legte der EG-Ministerrat am 16.12.1991 diejenigen Bedingungen fest, welche die neu entstandenen Staaten für ihre Anerkennung zu erfüllen hatten. Diese Richtlinien gingen über die bisherige völkerrechtliche Praxis hinaus und verlangten zum Beispiel, dass die Bestimmungen der UN-Charta sowie der Schlussakte von Helsinki hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten eingehalten werden, ferner die Achtung der Unverletzlichkeit territorialer Grenzen sowie die Verpflichtung, alle Fragen im Zusammenhang mit der Staatennachfolge einvernehmlich, insbesondere durch ein Schlichtungsverfahren, zu regeln. Das alles könnte rebus sic stantibus im Falle des Beitritts bisher ukrainischer Gebiete zur Russischen Föderation wohl kaum erwartet werden. Eritrea gewann lediglich seine Unabhängigkeit zurück, nachdem es zuvor von Äthiopien annektiert worden war. Süd-Sudan

wurde durch Beschluss des sudanesischen Parlaments ein neuer Staat. Lediglich die Entstehung des Staates Bangladesch ist als gewaltsame Sezession zu betrachten, die allerdings eher als Spätfolge der Dekolonisierung zu betrachten war, und deswegen ja auch von den Vereinten Nationen akzeptiert worden ist. Die Vereinten Nationen schränken dieses Selbstbestimmungsrecht auch ein, wie die UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker von 2007 zeigt. Dort wird zwar in Art. 3 den indigenen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zugebilligt, dies in Art. 4 aber auf den inneren Aspekt und Autonomie eingeschränkt. Ferner enthält die Deklaration eine Generalklausel, wonach keine ihrer Bestimmungen zu Verletzungen der territorialen Integrität berechtige.

Was im Übrigen ein Volk oder eine nationale Minderheit ist, ist völkerrechtlich mindestens unklar. Es bleibt den Staaten überlassen, den Rechtsstatus von ethnischen Gruppen unter seiner Jurisdiktion zu bestimmen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der sowohl die Russische Föderation als auch die Ukraine angehören, hat mit der Institution des „Hohen Kommissars für die Nationalen Minderheiten“ (HKNM) eine Begriffsbestimmung für diese Gruppen geschaffen. Das ist eben eine Volksgruppe, die in einem Staat eine Minderheit ist, im anderen jedoch die Mehrheit bildet. Der Europarat verabschiedete 1995 die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten, der auch die Ukraine angehört. 2006 gab sie an, die Russen bildeten mit 17,3 % die größte nationale Minderheit auf ihrem Staatsgebiet. Russen waren somit auch auf der Krim, wo 77% der Bevölkerung russisch als ihre Muttersprache angeben, eine nationale Minderheit, die hier in einem Territorium des Staates konzentriert seit jeher lebt und folglich entsprechend den Standards des Minderheitenschutzes einen Autonomiestatus innehatte. Die Einzelheiten dieses Status waren jedoch umstritten. Die Kehrseite des innerstaatlichen Autonomiestatus ist die Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem Gesamtstaat. Diese kann nur bei schwersten Menschenrechtsverletzungen aufgehoben werden. Insoweit liegen hinsichtlich der russischen Minderheiten auf dem Staatsgebiet der Ukraine keine validen Erkenntnisse vor, jedenfalls wenden sich diese Minderheiten nicht beschwerdeführend an die Weltöffentlichkeit, wie dies beispielsweise im Falle der Tibeter und der Uiguren in China geschieht. Beschneidungen von Minderheitenrechten wie dem Gebrauch der russischen Sprache in den allgemeinbildenden Schulen oder auch Übergriffe gegen die russische

Bevölkerung begründen kein Recht einer „Schutzmacht“, militärisch einzugreifen oder gar das betreffende Gebiet zu annektieren. Es ist auch nicht zulässig, wenn ein Staat für sich das Recht in Anspruch nimmt, auf fremdem Staatsgebiet zu intervenieren, weil seines Erachtens dort Menschenrechte verletzt und Minderheiten unterdrückt werden. So hat der UN-Sicherheitsrat am 28.10.1983 die Intervention der USA auf Grenada als schwere Verletzung des Völkerrechts verurteilt, obgleich die USA vielleicht durchaus zu Recht einen von der Sowjetunion gesteuerten Umsturz mit dem Ziel der Errichtung einer kommunistischen Diktatur auf der Insel unterbinden wollten. Am 27.06.1986 stellte der IGH auch fest, dass die USA mit ihrem militärischen Eingreifen in Nicaragua zugunsten antikommunistischer Rebellen das Völkerrecht verletzt hatten.

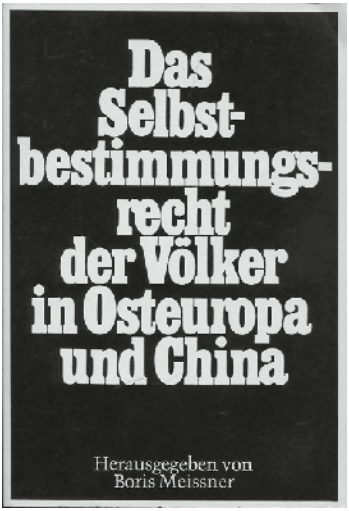
Die Durchführung von Referenden auf der Krim und in den genannten Gebieten im Donbass stellt daher jeweils eine Verletzung der Loyalitätspflichten dar. Denn derartige Referenden werden von den Vereinten Nationen nur dann als legal anerkannt, wenn sie mit Zustimmung des Gesamtstaates und nicht einseitig durch eine abtrennungswillige territoriale Einheit durchgeführt werden. Als Beispiel mag die Entscheidung des Canadian Supreme Court vom 20.08.1998 bezüglich eines Referendums zur Unabhängigkeit Quebecs dienen. Das Gericht verneinte ein Recht der nationalen Minderheit, einseitig ein solches Referendum mit dem Ziel der Sezession durchzuführen. Gegen den Willen des Gesamtstaates kann also eine solche Sezession legal nur mit der Zustimmung der Vereinten Nationen erfolgen. Weil jedoch sehr viele Staaten sich Sezessionswünschen nationaler Minderheiten ausgesetzt sehen, man denke nur an Spanien und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Katalanen, an Großbritannien mit den Unabhängigkeitsbestrebungen Schottlands, oder an Frankreich mit seinem jahrhundertealten Problem Korsika, stehen die Vereinten Nationen dem auch sehr zurückhaltend gegenüber. Somit waren und sind Referenden dieser Art auch im Falle der Ukraine jeweils unzulässig und unwirksam. Daran ändert auch nichts die angebliche Zustimmung von 96,77 % der Wählerstimmen für einen Beitritt zur Russischen Föderation im Falle der Krim. Das kann auch nicht zum Gewohnheitsrecht werden, denn insoweit gilt der völkerrechtliche Grundsatz: ex iniuria ius non oritur (aus Unrecht entsteht nicht Recht). Erst wenn eine gewaltsame Annexion durch völkerrechtlichen Vertrag

der beteiligten Staaten anerkannt wird, ändert sich die Rechtslage. Als Beispiel mag der deutsch-polnische Vertrag vom 07.12.1970 dienen, der die gewaltsamen Gebietsabtrennungen vom Deutschen Reich zugunsten der Republik Polen legalisiert hat. Das Potsdamer Abkommen vom 02.08.1945 hatte das zwar schon genauso geregelt, war jedoch ohne Beteiligung Deutschlands zustande gekommen, so dass meines Erachtens erst der deutsch-polnische Vertrag die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich legalisieren konnte.

Die Nichtanerkennung von Annexionen als Instrument zur Durchsetzung des Völkerrechts

Dieses Prinzip geht auf die nach dem damaligen US-amerikanischen Außenminister benannte Stimson-Doktrin zurück. Japan hatte 1932 die Mandschurei erobert und wollte sie annektieren. Die USA verweigerten die Anerkennung der Annexion. Allerdings funktionierte diese Doktrin zwar auf dem amerikanischen Kontinent in ähnlichen Fällen gut. Der Völkerbund schwächte diese Doktrin 1938 jedoch ab, als er die Anerkennung der Annexion Äthiopiens durch Italien in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verwies. Die Annexionen Österreichs und der Tschechoslowakei durch Deutschland stießen ebenfalls nicht auf einheitliche Reaktionen im Sinne dieser Doktrin. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie jedoch vor allem im Zusammenhang mit dem umfassenden Gewaltverbot in Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta wiederbelebt. Aus der Rechtswidrigkeit einer Annexion wird seither die Verpflichtung zur Nichtanerkennung abgeleitet. Darauf berief sich der IGH in seinem Namibia-Gutachten von 1971, stützte sich aber auch auf Resolutionen des Sicherheitsrats zur rechtswidrigen fortdauernden Präsenz Südafrikas in Namibia ab. Eine Durchbrechung erfuhr das, als der IGH im Falle Ost-Timor nicht zu einer klaren Aussage über die Rechtswidrigkeit der Anerkennung der Jurisdiktion Indonesiens über Osttimor durch Australien kam. Die Annexion des östlichen Teils von Jerusalem wurde durch den Sicherheitsrat mit den Resolutionen 478 und 480 verurteilt und als null und nichtig bezeichnet. Neben der Annexion unterfallen auch gewaltsam durch dritte Staaten erzwungene Sezessionen der Stimson-Doktrin. Deswegen erklärte der Sicherheitsrat die Ausrufung der türkischen Republik Nordzypern am 15.11.1983 mit seiner Resolution 541 für ungültig. Die Anerkennung solcher illega-

Das Grundlagenwerk über das „Selbstbestimmungsrecht der Völker in Osteuropa und China" von Boris Meissner, einem deutsch-baltischen Rechtswissenschaftler, erschien erstmals bereits 1968. Es ist in vielen Universitäts-Bibliotheken verfügbar und auch antiquarisch zu beziehen.



len Sezessionen wäre auch eine schwere Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Volkes, das sein Selbstbestimmungsrecht nun einmal ohne äußere Einmischung wahrnehmen können muss. Die Fälle, in denen sich Staatenbildungen auf das Selbstbestimmungsrecht gründen, sind hinsichtlich der Anerkennung häufig problematisch. So ist auch die Anerkennung Kroatiens durch Deutschland am 19.12.1991 zu beurteilen. Denn das Land erfüllte zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle EG-Anerkennungskriterien.

Die Rechtslage steht einer Anerkennung der Annexion der Krim durch Russland entgegen

Die Vereinten Nationen verfolgten demgemäß bezüglich der Krim ihre bisherige Praxis. Am 27.03.2014 nahm die Generalversammlung die Resolution 68/262 an. Darin wird festgestellt, dass das am 16.03.2014 in der autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol abgehaltene Referendum von der Ukraine nicht genehmigt war und folglich keine Rechtswirkungen entfalten kann. Insbesondere bildet es keine Grundlage für irgendeine Änderung des Status der Autonomen Republik Krim oder der Stadt Sewastopol. Die Staatengemeinschaft wird aufgefordert, alle Handlungen zu unterlassen, die als Anerkennung eines solchen geänderten Status ausgelegt werden könnten. Diese Reso-

lution wurde mit großer Mehrheit angenommen (100:11:53). Im Wege des Erst-Recht-Schlusses kann gefolgert werden, dass auch auf diesem Wege erfolgende Beitritte von eroberten Gebieten zur Russischen Föderation keinesfalls von den Vereinten Nationen anerkannt werden können. Erst ein möglicher Friedensvertrag zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation könnte Gebietsänderungen völkerrechtlich wirksam werden lassen.

Fazit:

Losgelöst von allen geopolitischen Erwägungen, außenpolitischen Zweckmäßigkeiten und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten ist die Aggression Russlands gegen die Ukraine völkerrechtlich eindeutig als Rechtsbruch zu qualifizieren, der auch im Falle des militärischen Erfolges keine anzuerkennenden Gebietsänderungen nach sich ziehen könnte. Denn dem steht der erga omnes (für alle verbindlich) geltende Grundsatz des Völkerrechts entgegen: ex iniuria ius non oritur.

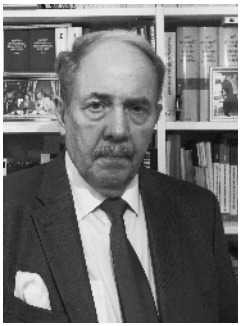
Lebenslauf

Rainer Thesen, Jahrgang 1946, wuchs an der Mosel auf und legte 1966 am humanistischen FriedrichWilhelm-Gymnasium in Trier sein Abitur ab. Danach trat er als Reserveoffizierbewerber in die Pioniertruppe der Bundeswehr ein. Die Beförderung zum Leutnant d.R. erfolgte 1969. In diesem Jahr nahm er auch das Studium der Rechts-und Staatswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München auf, das er 1973 abschloss. Danach absolvierte er den Referendardienst beim Oberlandesgericht Nürnberg und legte 1976 die zweite juristische Staatsprüfung ab, um dann in eine Nürnberger Anwaltskanzlei einzutreten. Parallel dazu war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erlangen-Nürnberg tätig. Rainer Thesen betreut nach wie vor als selbständiger Rechtsanwalt seine Mandanten gerichtlich und außergerichtlich. Als Reserveoffizier war er in den Führungsverwendungen von Zug- bis Brigadeebene eingesetzt. Sein letzter Dienstgrad ist Oberst d. R. Neben seiner beruflichen Beanspruchung findet Herr Thesen noch Zeit für die publizistische Tätigkeit. Unter anderem hat er 2017 unter dem Titel „Keine Sternstunde des Rechts“ eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß vorgelegt.

Dieter Ose

Anmerkungen zu Propaganda

– Geschichte, Gebrauch und Wirkungen –



Alles begann in grauer Vorzeit, als die ersten Menschen oder die sich zum Menschen entwickelnden Wesen erkannten oder entdeckten, dass sie Geräusche oder Laute produzieren konnten, die, aus ihrem Munde kommend und (!) von ihren (und anderen!) Ohren aufgenommen, sprich ‚gehört' werden konnten – ähnlich wie bei vielen anderen Lebewesen unserer Erde, auf dem Land, im Wasser und in der Luft. Diese Laute entwickelten sich nach und nach weiter und wurden, nach langer Zeit, schließlich verschriftlicht, zuerst in die sog. Hieroglyphen und dann (vielleicht auch parallel) zu dem, was wir heute Buchstaben nennen, Silben und Worte. Und das, was sich ausgeformt hat, nennen wir Sprache – und derer gibt es sehr viele in unserer Welt.

Mit den Lauten, den Worten, der Sprache aus dem Mund des einen Menschen erreicht dieser – über dessen Ohr – den anderen Menschen. Der Eine sagt dem Anderen also etwas. Diese Schilderung oder Darstellung nennt man, einen lateinischen Begriff verwendend: Information (informare: darstellen, unterrichten, schildern). Und den Austausch von Informationen von dem Einen zu dem Anderen und umgekehrt, also das Mitteilen, nennt man, ebenfalls einen lateinischen Begriff verwendend: Kommunikation (communicatio: Mitteilung, Teilnahme am Gebet).

Der auf Sprache basierende Informationsaustausch ist, folgt man dem ‚Meyers' von 1980, „eine grundlegende Notwendigkeit menschlichen Lebens". Der große deutsche Philosoph Karl Jaspers beschrieb diese einmal als „Das verstehende Miteinander von Mensch zu Mensch".

Und derjenige, der die Information (von sich) gibt oder verbreitet, nennt man Sender, und derjenige, der sie hört oder bekommt, heißt Empfänger.

Da der Sender als solcher letztendlich immer ein Mensch sein muss, ganz gleich mit welchen Mitteln „seine“ Information an den Empfänger gelangt, sei es durch seine (oder eine!)Stimme oder durch etwas Nieder-Geschriebenes, sei es durch einen elektrischen oder elektronischen „Apparat“ wie Telefon (bis hin zum sog. Smartphone), Film, Radio, Fernsehen, Internet, soziale Medien, usw. usw., so kann eine solche Information nur subjektiv sein – da der Mensch eben kein Objekt, sondern ein Subjekt ist. Und der Empfänger der Information, das ist ja ebenfalls ein Mensch, also ein Subjekt.

Die bisher beleuchteten Begriffe – also Sprache, Information, Kommunikation, Sender, Empfänger – sind, wenn auch nicht unbedingt durch diese uns heute gebräuchlichen und verstandenen Worte, in der Welt, eben seit es den Menschen gibt. Sie sind quasi „Menschen-System-Relevant“, um es mit diesem erdachten Wort zu bezeichnen. Integrativer Bestandteil dieser „Fünfer Gruppe“, die ja anhand eines verbalen Austauschs von Lauten, schließlich Worten einer Sprache dargestellt wurde, ist natürlich ebenso die sog. ‚nonverbale‘ Kommunikation, also Mimik, Gestik, usw. Darüber hinaus wurde und wird das Verbale und das Nonverbale ergänzt (und verstärkt!) durch Material in Schriftform und durch Bilder (statische wie Photos, aber auch ‚laufende‘ wie Filme) sowie durch Musik und Geräusche (natürliche oder künstlich erzeugte).

Der bekannte Aphoristiker Georg Christoph Lichtenberg griff seinerzeit die Tatsache, dass der Mensch ein subjektives (und unvollkommenes!) Wesen ist, auf und schrieb: „Die Menschen können nicht sagen, wie sich eine Sache zugetragen hat, sondern nur, wie sie meinen, dass sie sich zugetragen hätte“.

Folgen wir diesem Diktum, so heißt das doch nichts anderes, als dass Menschen in ihrer Subjektivität die Wirklichkeit in ihrer Absolutheit und Eindeutigkeit nicht erfassen können. Sie ist letztendlich (nur noch) ein Produkt in der Art und Weise, wie wir sie mit unserem Geist erfassen können, um sie dann, ausgedrückt in unserer Sprache, verbal wie nonverbal zu kommunizieren. Wenn aber die Wirklichkeit – letztendlich dadurch, wie wir sie erfahren, im Geist ‚verarbeiten‘ und kommunizieren – nicht mehr eindeutig ist, sondern eher zweideutig oder mehrdeutig sein kann, was ist dann die Wahrheit? Ist sie ebenfalls mehrdeutig, ist sie subjektiv, muss sie es sein? Kann oder sollte man sie klassifizieren, wie es dermaleinst Konrad Adenauer, der listige

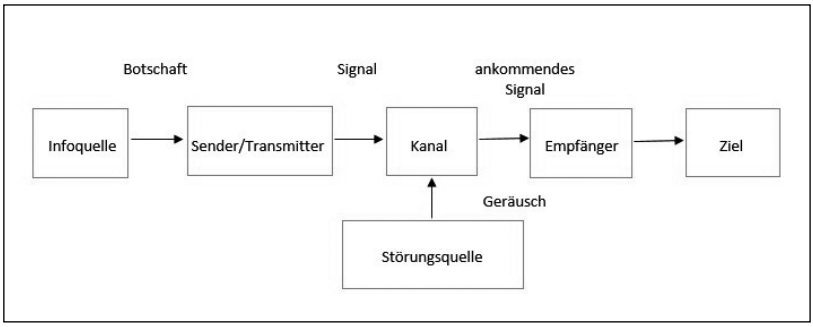
Polit-Fuchs der Fünfziger Jahre tat, indem er die Wahrheit unterschied in die „einfache“, die „reine“ und die „lautere Wahrheit“.

Wenn dem so ist oder wäre, was hat es dann mit der absoluten Wahrheit auf sich? Gibt es die, kann es sie überhaupt geben, oder sind das nur rhetorische Konstrukte, gar Erfindungen, oder muss man diese in religiösen Bereichen verorten?

Offene Fragen, fürwahr, gestern wie heute. Sie werden es auch morgen noch sein, und gerade heute rätseln wir, was bspw. im Krieg in der Ukraine denn die wirkliche Wahrheit ist. Denn jeden Tag werden wir überschüttet mit Unwahrheiten, Lügen, Falsch- oder Des-Informationen, Nicht-Informationen oder Täuschungen. Und, gilt das nur für diesen Krieg oder für Kriegszeiten allgemein oder auch für das Wesen der Informationen schlechthin? Sind diese Aspekte Teilbereiche der Information oder muss man sie immer mitdenken?

Informationen – von Mensch zu Mensch

Alles, was wir damals wie heute – von Mensch zu Mensch – erfahren, können wir also unter dem Begriff Informationen subsummieren. Seit etwa 150 Jahren haben sich die Kanäle, die sich berufsmäßig, also professionell mit der Verbreitung von Informationen befassen, vervielfacht. Waren es seinerzeit nur Informationen, die mit Stimmen oder mit Geschriebenem wie etwa Briefe, Flugblätter oder Zeitungen und Broschüren usw., usw. erfolgten oder weitergetragen wurden, so sind



Das Kommunikationsmodell in einfacher Darstellung
Quelle: Anotherbadcode - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=46700510

es heute zusätzlich Hunderte von weiteren, besonders elektronischen Mitteln, aus und mit denen wir Informationen erlangen können. In ihrer Menge und Vielfalt überschwemmen uns diese nachgerade, und das aus aller Welt und oft schon, besonders bei ‚berichtenswerten' Ereignissen, in Sekundenbruchteilen, wenn nicht gar in Echtzeit. Und diese Informationen spiegeln all das, was die Sender für wichtig und berichtenswert halten, wider – aus Natur und Geographie, aus Kultur und Kunst, aus Gesellschaft und Politik…und aus vielen, vielen anderen Bereich unseres Lebens, eigentlich aus allen….

Zwei speziellere Aspekte sollen diese mehr allgemeineren Aussagen über das mehr „Technische Werden" der Information und ihrer Vermittlung ergänzen und vertiefen.

Das Eine sind, seit alters her, die Informationen, die von privater Seite, also direkt von Mensch zu Mensch – weitgehend (aber nicht nur!) durch Gespräche – ausgetauscht, sprich kommuniziert werden. Themen sind etwa Familie, Arbeit, Beruf, Freizeit, Wetter, Essen, also mehr oder weniger das persönliche Umfeld. Sie dienen weitgehend dazu, das gegenseitige Interesse zu befriedigen, das Neueste aus der Nachbarschaft weiter zu tragen, den jeweils anderen besser kennen zu lernen, Bekanntschaften und Freundschaften zu schließen und zu vertiefen, und vieles andere mehr des privaten und semi-privaten Bereichs – eben das verstehende Miteinander von Mensch zu Mensch.

Das Andere sind Informationen und/oder Verlautbarungen ‚von amtlicher Seite'. Sie werden etwa von einer offiziellen/offiziösen oder anderen Verwaltung, von einer Regierung oder einem Parlament oder auch von Personen in verantwortlichen Stellungen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, besonders in der Politik, ‚veröffentlicht' oder verbreitet.

Mit der Weitergabe von Informationen, ganz gleich ob von privater oder amtlicher Seite, werden immer Zwecke verfolgt, so bspw. das Gegenüber, also den Empfänger, über etwas in Kenntnis zu setzen, was ihn erfreuen aber auch erschrecken kann, ihn zufriedenstellen (z. B. Neugier) oder vor Gefahren warnen kann; letztendlich wird beeinflusst (beim Grad der Beeinflussung darf getrost in jede nur erdenkliche Richtung gedacht werden).

Darüber hinaus ist anzunehmen, dass die amtliche Seite den Empfänger, in unserem Falle die Bevölkerung oder Teile davon, eigentlich über etwas Gutes oder Notwendiges oder Sinnvolles informieren will.

Und da der Mensch an sich oft nicht weiß, was gut oder notwendig oder sinnvoll für ihn ist, so muss oder sollte er gelegentlich von außen eben ganz zart oder unmerklich darauf hingewiesen werden; hingewiesen, gar hingeführt werden, was das Richtige für ihn ist und auch, welche Meinung und Haltung für ihn die richtige ist….

Soweit so gut, doch was ist das Richtige, das Kluge, was der Mensch aufgrund der Informationen von amtlicher Seite tun oder lassen soll? Denn sind Sender und Empfänger nicht Menschen, also subjektiv, und bemerkte Lichtenberg nicht, dass die Menschen nicht sagen können, was und wie ‚die Sache' ist, sondern nur wie sie meinen, dass sie gewesen wäre/sich zugetragen hätte? Von daher, also von der Meinung, von der ‚Unschärfe', von der Miss- oder Umdeutung bis zum gewollten oder beabsichtigten Missbrauch einer Nachricht/Information scheint es nur ein klitzekleiner Schritt zu sein.

Ja, die menschengemachten Informationen (sowie auch deren Kommunikation) können nicht klar und eindeutig, rein und objektiv sein. U.U. sind sie nur Meinungen und können Falsch-, Fehl- oder Desinformationen, usw. in sich tragen. Und Informationen beeinflussen.

Die Information als solche genießt also a priori keine Unschuld oder Reinheit, Absolutheit oder Wahrhaftigkeit… In aller Regel ist sie subjektiv und kann (und wird) auch zu anderen Zwecken instrumentalisiert oder dazu „gute Dienste" leisten. Tja, und dann gibt es zusätzlich noch die beiden Begriffspaare Fakt (oder Tatsache) und Meinung sowie Nachricht und Meinung. Man solle, ja man müsse diese Begriffe präzise trennen, da das eine objektiv und das andere, eben die Meinung, subjektiv sei. Fürwahr ein schwieriges Unterfangen, was wohl in den seltensten Fällen gelingt, bzw. gelungen ist. Im deutschen Journalismus bspw. hat man die Trennung zwischen Nachricht und Meinung, auf die besonders der legendäre Fernseh-Journalist Hans-Joachim Friederichs immer wieder und mantraartig hingewiesen hat, schon lange aufgegeben, wohl, weil man dann nicht mehr beeinflussen konnte…..

Darüber hinaus ist die Information eine unverzichtbare Grundlage, resp. eine notwendige Voraussetzung, damit sich das, was man Propaganda nennt, entfalten kann. Und dieses Wort, diesen Begriff „Propaganda", finden wir heute ja bekanntlich in allen Lebensbereichen, besonders in Kriegszeiten hat er Hochkonjunktur.

Propaganda = gleich verbreiten, verlängern, fortpflanzen…

Genauso wie die Begriffe Information und Kommunikation aus dem Lateinischen stammen, ist es mit dem Begriff Propaganda (propagare: verbreiten, weiter ausbreiten, verlängern, fortpflanzen). Benutzt und damit eigentlich erstmals bekannt, zumindest im christlich-katholischen Sprachgebrauch, wurde das Wort als solches durch den Namen einer päpstlichen Behörde in Rom, der Sacra congregatio de propaganda fide (Heilige Kongregation für die Verbreitung des Glaubens). Sie wurde 1622 gegründet, um den sich ausbreitenden Protestantismus im Rahmen der sog. „Gegenreformation“ zu bekämpfen und einzudämmen.

Bald nach der Gründung dieser Institution bezeichnete man sie umgangssprachlich lediglich mit der Kurzform Propaganda, also letztendlich nur mit dem Begriff für dessen Kern und Aufgabe: die Verbreitung – eben des “rechten katholischen Glaubens“ weltweit.

Das Wort Propaganda – ein substantiviertes lateinisches Verb – war damit in der Welt und ebenso seine Bedeutung als ‚Verbreitung‘ oder ‚Ausbreitung‘, mithin, sprachlich gesehen, ein relativ neutraler Begriff.

Als begriffliche Bedeutung existierte die Propaganda natürlich schon seit langer, langer Zeit. Man denke etwa an das Durchschlagen des Gordischen Knotens durch Alexander dem Großen, unabhängig davon, ob es diesen Akt überhaupt gegeben hat: eine Propagandaaktion zur Steigerung seines Ansehens und seiner Bedeutung; man denke an die Triumpf-Aufmärsche siegreicher Feldherren in Rom oder an die Flugblätter in der Lutherischen Zeit, oder, oder …

Als Wort erfuhr die Propaganda etwa ab den Zeiten der Französischen Revolution eine Art ‚Verweltlichung‘ und wurde, als

Begrifflichkeit, für die Verbreitung politischer Ideen benutzt. Gut einhundert Jahre später, während des I. Weltkrieges, verlor das Wort Propaganda seine Neutralität und erhielt einen negativen Beigeschmack. Kurze Zeit später, etwa in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, begannen Journalismus und Wissenschaft sich für dieses alte/neue Phänomen zu interessieren. Ebenso entdeckten andere gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Bereiche den Begriff Verbreiten für ihre Informationspolitik, sprich für ihre Verbreitungsarbeit für Produkte und Meinungen und vieles andere mehr. Damit wurden – ad eins – mannigfaltige Aspekte und Nutzungsanwendungen mit und für diesen Begriff entwickelt; gleichzeitig trat sein christlich/katholischer Ursprung nunmehr gänzlich in den Hintergrund, fiel der Vergessenheit anheim. Nicht zuletzt angesichts dieser Entwicklung benutzte – ad zwei – die katholische Kirche für ihre diesbezügliche Kongregation diesen Begriff auch nicht mehr. Aus „…Verbreitung des Glaubens" wurde 1967 „...Evangelisierung der Völker". Und zum Dritten entwickelte sich sein im I. Weltkrieg ‚erworbener' negativer Beigeschmack gleichsam zu einem dunklen Umhang. Denn, anders als bei der „reinen", wenn auch subjektiven (und nur fast neutralen…) Information interpretierte man die Propaganda/das „Verbreiten" nunmehr als eine „Zielgerichtete Aktion", durch die der Sender (die „Herrschenden", eine Partei, eine Firma, eine gesellschaftliche ‚Leitfigur'/Persönlichkeit, usw., usw.) den Empfänger in eine bestimmte Richtung lenken soll. Mit anderen Worten: sein Verhalten und sein Denken sollen manipuliert werden, und zwar so, wie der Sender das beabsichtigt. Das können Einschätzungen und Meinungen in politischen wie auch anderen gesellschaftlichen oder sozialen Fragen/Bereichen sein genauso wie Kauf- oder Wahlentscheidungen, oder, oder, oder….

Die Informationen, mit ihrem Quäntchen Beeinflussung oder ungeklärter und nicht hinterfragbarer (Un-)Wahrheiten, sind natürlich die notwendige Grundlage für die Propaganda, also das zielgerichtete und zweckrationale Verkaufen von Informationen. Und zu dem ‚Verkaufen' von Informationen, sprich der Umwandlung von Information zu Propaganda, werden diese, je nach beabsichtigtem Zweck, angedickt oder verdünnt, hochgejubelt oder niedergemacht, es wird Falsches oder Zweifelhaftes hinzugemixt. Mitunter werden Lügen verbreitet, Wesentliches wird unterschlagen, und, und, und….

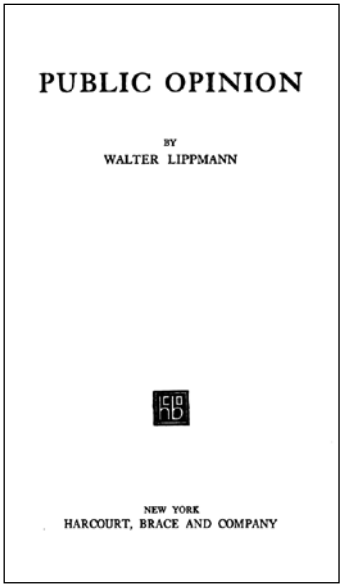
Information und Propaganda, zwei ungleiche Brüder, die nolens volens zusammengekettet sind und bei denen man nicht immer weiß, wer wer ist. Doch während Informationen eigentlich überwiegend Geist oder Vernunft ansprechen, ansprechen sollen – also mehr (aber nicht ausschließlich!) rational zu verorten sind – spricht Propaganda überwiegend Herz oder Gefühl an – ist also mehr emotional zu verorten.

Aspekte zu Wissenschaft und Wirtschaft

Parallel zu der „Umwidmung" oder „Erweiterung" der Information in Propaganda – wie ich das einmal nennen möchte – und ihr Potential erkennend, machten sich viele gesellschaftliche Bereiche, besonders diejenigen, die mit diesen Sächelchen Geld und Einfluss oder beides gewinnen wollten, das Neue zunutze, resp. nutzten es für ihre Zwecke. Der Zeitraum für diese Art Umwidmung, also etwa ab den 20-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, war besonders günstig, da einerseits die Bevölkerungen, besonders in den entwickelten Ländern, rasant zunahmen. Andrerseits erreichten die Techniken der Informations- und Nachrichtengewinnung sowie deren Transport vom ‚Sender' zum ‚Empfänger' durch die immer diffiziler werdenden elektrischen und elektronischen Medien ständig neue Höhen. Quintessenz aus beiden Entwicklungen war, dass immer mehr Menschen durch immer effektivere Medien propagandistisch erreicht, bzw. beeinflusst werden konnten und immer noch werden. Zudem richtet sich die Propaganda ja weniger an den Einzelnen als vielmehr an Viele, vornehmlich eben an die Massen …

Und, wie das immer so ist: Das Neue, in diesem Falle die Möglichkeiten von geschickt und zielgerichtet verwendeter Propaganda, zusammengeschlossen mit den fast unbegrenzten Möglichkeiten der technisch/elektronischen Übermittlung – na, wenn das keine tolle Erfolgsstory werden sollte….

So wie das Phänomen „Information" zum Menschen, zum menschlichen Leben an sich dazu gehört, „Menschen-System-Relevant" ist, so ist es auch mit dem Phänomen der „Propaganda". Und: Eine trennscharfe Unterscheidung der beiden Sphären dieser Phänomene ist nicht möglich – denn die Propaganda ist ohne die Information nicht lebensfähig. Will sagen, es gibt viele Graubereiche oder Grautöne und viele Überschneidungen. Bei beiden ist nicht alles nur weiß oder schwarz.



Walter Lippmann 1905 und sein berühmtes Buch „Public Opinion" (1922) Erstausgabe: „Die öffentliche Meinung"

Information und Propaganda sind menschengemachte Phänomene und damit subjektiv, doch das eine soll ehrlicher sein als das andere. Das eine soll berichten, wie es ist und gewesen ist, das andere berichtet, wie es gewünscht oder verlangt wird.

Und ähnlich wie die Information bewegt sich die Propaganda in so gut wie allen Bereichen kommunikativen Miteinanders des Menschen, bzw. ist in diesen zu finden.

Nachfolgend sollen, lediglich schlaglichtartig (und damit bewusst unvollkommen), nur einzelne Aspekte aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik angerissen werden.

Zur Wissenschaft: Bereits 1922 veröffentlicht der Journalist Walter Lippmann (1889-1974) sein Buch „Die öffentliche Meinung", das als essentiell für die moderne Medienwissenschaft und Sozialpsychologie angesehen wird. In diesem thematisiert er u. a., dass Menschen heutzutage ohne Vermittlung vieles in ihrem gesellschaftlichen und politischen Umfeld nicht verstehen könnten, mithin zu Erkenntnissen geführt werden müssen. Nun – ist das denn nicht eine nachgerade klassische Aufgabe der Propaganda? Das nächste bemerkenswerte Werk erschien 1928: „Propaganda – Kunst der Public Relations" durch

den Sozialwissenschaftler und Journalisten Edward Louis Bernays (1891-1995). Neben und zusätzlich zu diesen beiden Autoren/Wissenschaftlern befassten sich noch viele andere mit der Propaganda und artverwandten naheliegenden Phänomenen, und das bis in die heutige Zeit hinein. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es immer wieder neue Verästelungen und Weiterentwicklungen gibt. Und auch Zeitungen und Magazine genauso wie Talk-Shows schreiben resp. reden darüber – über Propaganda – bis heute.

Bernays versuchte u. a. zwischen „guter" und „schlechter" Propaganda zu unterscheiden, eine Art Ethik der Propaganda zu entwickeln. Dabei wusste er natürlich, dass gerade durch den gezielten Einsatz von Propaganda vornehmlich der emotionale und unterbewusste Bereich des Menschen angesprochen wird. Dadurch werden Vorurteile und das schlechte Gewissen aktiviert und, ganz generell, wird das Unbewusste bearbeitet, kann nachgerade gesteuert und verbogen werden. Eine weitere wichtige Erkenntnis war – und diese ist auch heute noch gültig – dass sich der Mensch nur schwer den Wirkungen der Propaganda entziehen kann, eben da sie seine emotionale Ebene anspricht. Bewegen wir uns hier nicht auf fast rein psychologischem Terrain? Nun ja, Bernays Onkel hieß Siegmund Freud….

Und Edward L. Bernays kommt, neben verschiedenen anderen, der Verdienst zu, Propaganda in Public Relations umbenannt zu haben, also in „Öffentlichkeits-Arbeit." Damit versuchte man wohl den negativen Beigeschmack, der dem Begriff Propaganda im I. Weltkrieg zugewachsen war, wieder etwas abzumildern, diesen wieder neutraler zu sehen, oder?

Zur Wirtschaft: Als notwendige und unverzichtbare Bedürfnisbefriedigung gehört die Wirtschaft, das Wirtschaften, zu jeder menschlichen Gesellschaft; ohne die kann sie nicht leben, überleben. Und deren Produkte müssen „an den Mann" gebracht werden, ein Geschäft zu gegenseitigem Nutzen. Aber dazu muss der Mensch, also der Konsument, auch wissen, was die Wirtschaft, also der Produzent anbietet. Dieser macht demzufolge seine zu verkaufenden Güter bekannt (früher bspw. auf Schildern, mit Plakaten oder Zeitungsanzeigen) und bewirbt sie, bspw. als preiswert und gut, als unübertroffen und notwendig, als unverzichtbar…

Diese Art der Verbreitung von Informationen zur Werbung für Güter ist ja nichts anderes als Propaganda (Werbung als kleiner

Bruder der Propaganda?). Und da Propaganda, wie wir ja wissen, die Gefühlsebene des Menschen berührt und in seinem Unterbewusstsein wirkt, können geschickte Macher (Sender) bei dem Konsumenten (Empfänger) eben auch Bedürfnisse erzeugen (!) und ihn damit zum Erwerb von Gütern anregen oder gar ‚hintreiben'. Und dabei meint der Empfänger noch, seine Entscheidung geschehe aus freiem Willen….

Je größer eine Firma oder ein Produzent ist, umso mehr Mitarbeiter befassen sich professionell mit der positiv/propagandistischen Darstellung oder „Werbevermarktung" der Firma nach außen (bspw. als guter, ehrlicher und preiswerter Güterproduzent) und mit der werbe/propaganda-wirksamen Vermarktung und Verkauf ihrer Produkte. Diese Bemühungen gehen, je nach Unternehmen, Aufgabe und Produkt, sehr oft weit über Tagesaktualitäten hinaus, Langzeit-Strategien werden entworfen und viele Medien wie Funk, Fernsehen oder die sog. sozialen Medien mobilisiert, parallel oder nacheinander.

Diese Art des professionellen Werbens oder Propagierens, bei der das Wort Propaganda natürlich tunlichst vermieden wird (!), bezieht sich natürlich nicht nur auf Bereiche in der „Wirtschaft". Abschließend nur ein, allerdings sehr prägnantes Beispiel: Anfang Juni (2022) konnte man beobachten, wie sich eine weniger wirtschaftlich orientierte Institution vermarktete, wie für sie geworben und propagiert wurde und zwar vornehmlich mit Bildern, die sich aus Ereignissen wie Paraden, Festen und ein paar Reden speisten sowie aus „Händchen-Winken". Diese ‚Institution' produziert weder Gebrauchsgüter wie etwa Mobiltelefone oder Autos noch Dienstleistungen wie bspw. Speditionen oder Hotels, sondern nur Einstellungen und Haltungen, ein in die Öffentlichkeit projiziertes Bild von Zuversicht, Freude am Leben, Dauerhaftigkeit und Zukunftsoptimismus. Das Verbreiten dieser Propaganda, dieser Vorstellungen und Werte zum Nutzen und Wohlfühlen, das gelang wieder einmal dem englischen Königshaus anlässlich der Feiern zum 70. Thron-Jubiläum von Königin Elizabeth II. – und zwar in diesen doch ernsten Zeiten und für große Teile der britischen Bevölkerung….

Propaganda und Politik

Etwa zur gleichen Zeit, als die Wissenschaft die Propaganda als Sujet entdeckte und die Wirtschaft ihren Nutzen erkannte, wurde

auch die Politik, sprich die Regierungen, hellwach. Sie klassifizierten jedoch – erst einmal – die Propaganda nur als ein Gefährdungspotential für Staat und Gesellschaft, besonders da durch sie das Unterbewusstsein der Menschen beeinflusst werden kann. So wurden, vor allem in den USA, Aufklärungskampagnen, die über das Neuartige von Propaganda informieren (und warnen) sollten, initiiert. Institute und Forschungseinrichtungen wurden gegründet, die das alte/neue Phänomen „Propaganda" untersuchen und ggfls. bekämpfen sollten. Man entwickelte u. a. Methoden, wie „schlechte" Propaganda – im Gegensatz zu einer „guten" Propaganda – erkannt und damit ausgeschaltet werden sollte oder wie die Menschen erkennen und schließlich wissen sollten, was für sie gut sei…Er, der Mensch und Bürger, sollte sogar gegen die „schlechte" Propaganda immunisiert werden. Diese Initiativen, von den USA ausgehend, schwappten natürlich auch nach Europa über und dies bis in die heutigen Tage, jetzt besonders, weil zur Zeit der Krieg in Südosteuropa auch mit den Mitteln der Propaganda geführt wird.

Dennoch, all diese Versuche und Initiativen und Bemühungen haben – bis heute – nicht oder kaum zu respektablen Ergebnissen oder Erfolgen geführt. Das lag und liegt ja nicht zuletzt auch daran, dass „Information" und „Propaganda" eben zwei aneinandergekettete Brüder sind, die ohne den jeweils anderen nicht leben könnten, sowie an der Mobilisierung des Unterbewusstseins im Menschen durch die Propaganda, was ja als verwerflich angesehen wurde und wird.

Doch dann erkannten die Regierungen und die Staaten die Möglichkeiten, die die Propaganda auch für ihre eigenen Absichten, für ihre eigene Politik bot – nämlich die Beeinflussung und Steuerung, schließlich gar Manipulierung der eigenen Bevölkerungen zur Erreichung eigener Zwecke und Ziele. Eine Art „Technik", die man bis heute und in so gut wie allen Staaten der Erde – in Diktaturen aber auch und genauso gut oder schlecht in Demokratien! – beobachten kann. Der erste Satz aus Bernays Buch über die Propaganda, also der „Kunst der Public Relations", bringt dieses glasklar auf den Punkt: „Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltens-weisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften…". Mit anderen Worten, Demokratie funktioniert nur, wenn die öffentliche Meinung und damit letztendlich die Bevölkerung gezielt gesteuert und gelenkt wird, wenn man ihr einredet, was sie denken soll. Und nicht zu vergessen, ihr parallel durch eine – in der

Fachwelt so bezeichnete – ‚Wohlfühlpropaganda' zu suggerieren, dass sie sich wohl, geborgen und sicher fühlt. Jetzt wäre es müßig oder interessant (?), über das Wort Konsensdemokratie zu philosophieren. Natürlich gibt es graduelle Unterschiede, und in gut oder besser funktionierenden Demokratien sollten die jeweiligen Parlamente, sprich Oppositionen, sowie die Medien als Wächter auftreten, um gravierende Auswüchse einer zielgerichteten Regierungsinformation, sprich Propaganda, zu verhindern, zumindest aber zu stören oder einzudämmen. In diesem Zusammenhang passte es natürlich gut, dass der Begriff „Public Relations", also „Öffentlichkeitsarbeit", anstelle von Propaganda, dessen seinerzeit aufgekommene negative Bedeutung etwas relativierte, sprich überdeckte. Es darf angenommen werden, dass in vielen Staaten, genauso wie hier in Deutschland, die offizielle Propaganda von Parlamenten, Regierungen sowie Verwaltungen, usw. Öffentlichkeitsarbeit, also Public Relations genannt wird.

Lügen, Lügen, Lügen……

Im weiten Feld oder unter dem Dach der Propaganda finden wir natürlich nicht nur das Schönreden oder das Schlechtmachen, die Übertreibung oder die Untertreibung, etc. Wir finden auch Begriffe und Ausprägungen, die, besonders in Kriegszeiten aktiviert und sehr oft zur Anwendung kommen, wie Desinformation, Täuschung oder Lügen.

Die Wechselausstellung „X für U - Bilder, die lügen" fand Ende der 1990er Jahre im „Haus der Geschichte" in Bonn statt. Sie zeigte die Grundmuster der Manipulation von und mit Bildern

Auf der Klaviatur der Lügen können viele Menschen und aus allen gesellschaftlichen Bereichen gut spielen. Vertreter der Politik und Politiker sind dabei mit an vorderster Stelle zu finden. Bemerkte nicht Otto von Bismarck dermaleinst, es wird nicht mehr gelogen als nach der Jagd, in Kriegen und vor der Wahl?.. Eine Wahl, das ist natürlich der Lackmustest der Politik. Und wer vergleicht schon Aussagen vor einer Wahl mit denen danach oder die Aussagen von Parteiprogrammen oder Koalitionsverträgen mit der tatsächlichen Politik. Die „Jungs da oben" legen sich immer wieder Argumentationsmuster und Strategien zurecht, um eben täuschen oder lügen zu können – und meistens kommen sie damit auch durch bei uns „einfachen Bürgern", sie beeinflussen uns eben, stimulieren unser Unterbewusstsein…. Sie scheinen auch zu wissen, besser noch verinnerlicht zu haben, dass Lügen, so wird gesagt, zur sozialen Kompetenz des Menschen gehört. Und lügt nicht jeder Mensch, statistisch gesehen, etwa 20mal am Tag?

Medien als Transporteure von Informationen

Ein Mensch berichtet einem anderen über ein Ereignis, eine Meinung, ein Gefühl, usw. Das klassische Muster von Sender und Empfänger. Eine Information wird verbreitet, propagiert…– ein Vorgang seit uralten Zeiten. Dann kommt die Moderne: immer mehr Menschen, Massen an Menschen… Jeder will (oder soll?) informiert werden, in nah und fern. Der Sender schreibt etwas auf. Das Aufgeschriebene wird gedruckt und kann dann in vielen Exemplaren den Empfänger erreichen, in nah und fern. Elektrizität wird erfunden. Der Sender schreibt oder sagt etwas. Jetzt kann durch Apparate die Stimme des Senders, aber auch das von ihm Geschriebene den Empfänger erreichen, oft in Sekundenbruchteilen, in nah und fern. Diese Entwicklungen – von einem Brief, einem Flugblatt oder einer Zeitungsseite bis zu Text-Webseiten und kompletten Büchern im Internet, von einer einfachen telefonischen Sprachverbindung bis zu Smartphones mit Text, Bild und Ton und Talk Shows – rasant schon in den letzten einhundert Jahren, haben bis heute nichts an ihrer Dynamik verloren – Ende nicht absehbar.
Die Apparate, die sich heute zwischen Sender und Empfänger befinden, quasi dazwischengeschaltet sind, das sind eben die Medien. Und diese werden, so automatisch sie auch sind oder sein mögen, von Menschen ‚bedient', im näheren wie auch in weiterem Sinne …

In unserer modernen Zeit bedarf es dieser Medien, um eben Informationen von einem Sender zu einem Empfänger zu transportieren. Jeder, der etwas „an den Mann" bringen will, muss sich derer bedienen, die Wirtschaft genauso wie andere Interessen-Gruppen oder die Politik. Das bedeutet natürlich auch, dass die durch die ein oder andere Interessen- oder Lobby-Gruppe, sowie – und in besonderem Maße – durch Regierungen und Parlamente durchzuführende und gewollte (!) Information der eigenen Bevölkerungen fast nur mit Hilfe der Medien möglich ist. Ohne diese könnte bspw. die Öffentlichkeitsarbeit, sprich Propaganda der politischen Institutionen nur schwerlich unters Volk gebracht, also dieses, wenn nötig und gewollt, beeinflusst oder gar manipuliert werden.

Dieses Procedere der Informationsübermittlung, also die mehr oder weniger rein technische Mittlerfunktion durch die Medien – das ist das Eine. Das Andere, das nicht übersehen werden sollte und zunehmend bestimmender wird, ist die inhaltliche Aufbereitung der Information im Sinne einer gezielten Vermarktung, um sie dem Bürger schmackhaft zu machen, und er diese ‚kauft', ähnlich wie das bei einem Gut aus einem Wirtschaftsbetrieb der Fall ist.

Durch dieses Aufbereiten oder Vermarkten bedienen die in diesem Bereich tätigen Personen nicht mehr nur ausschließlich und (rein technisch) die Medien, wie zu Beginn dieser Entwicklungen. Viele dieser Personen gestalten diese nunmehr, sie machen sie nachgerade (so. u. a. durch Schrift, Ton, Musik und Performance). Damit haben die Medien und ihre Macher im Laufe der Zeit einen großen und unübersehbaren Einfluss gewonnen, sind zu einer Macht im Staate geworden, zu der Vierten, wie man so sagt, neben den drei klassischen, also der Legislative, der Exekutive und der Judikative.

Wenn sich also bspw. der Staat zum Zwecke der Vermittlung von Informationen und Beeinflussung seiner Bürger der Medien bedienen muss, so muss er sich mit diesen auch gut stellen, resp. ‚vertragen' – umgekehrt gilt natürlich das Gleiche. Es ist ein Take und Give, wie es neudeutsch so schön heißt. Und da bei uns in Deutschland bei regierender Politik und vielen print- und AV-Medien (hier u. a. Talk Shows) oftmals die gleichen oder ähnliche politische und andere Meinungstendenzen festzustellen sind, funktioniert die Zusammenarbeit offensichtlich weitgehen problemlos (und damit auch vielfach jenseits aller Kritik….)

Dass viele Medien, auch jenseits ihrer Regierungskonformität, ein eigenes Profil entwickelt haben, entwickeln mussten, im Printgenauso wie im AV-Bereich, liegt auf der Hand. Andernfalls würde man diese nicht mehr kaufen oder lesen, anschauen oder hören. Dass sie dabei natürlich anders, auch auffälliger und aufreizender agieren können als eben Regierungen und Politiker, dürfte ebenso klar sein. Das ein oder andere Blatt, bzw. die ein oder andere Sendung/Sondersendung (sog. Brennpunkte) kann dabei auch reißerisch sein und trägt zur Hysterisierung der Bevölkerung bei, hält Themen ‚am Kochen', verurteilt und verteufelt, schmäht und verdammt, schürt Angst oder Vorurteile. Schlagzeilen, also die sog. ‚Aufmacher', können das gut verdeutlichen, drei sollen als Beispiele ausreichen: „In we go!", Sun Ende April 1972 (Rückeroberung der Falkland-Inseln); „Wir sind Papst", Bild-Zeitung vom 20. April 2005 oder „Angriff auf Europa", Kölner Stadt-Anzeiger vom 25. Februar 2022.

Gelegentlich allerdings muss man den Eindruck gewinnen, dass Medien bei der ‚Schärfung' ihrer eigenen Profile auch überziehen. Sie bewegen sich hin und wieder schon jenseits von, sagen wir einmal, regierungskonformer Beeinflussung und Manipulation und touchieren den Bereich der Indoktrination. So sollen es jedenfalls wissenschaftliche Untersuchungen von Sendungen der ARD und des ZDF ergeben haben. Danach wurde festgestellt, dass in vielen Beiträgen für Kinder und Jugendliche bspw. der Penisentfernung das Wort geredet, Drogen-Sex propagiert, TransGender-Sex hervorgehoben oder die Zweigeschlechtlichkeit in Frage gestellt wurde.

Na ja, wenn man weiß, dass in vielen Redaktionsstuben des ÖRR (Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk), der ja immerhin durch den deutschen Staat getragen wird und von allen Bürgern bezahlt werden muss (!), Rot-Grün die beherrschenden Polit-Farben sind (mehr als 90% des Nachwuchses bekennen sich offen zu Rot-Grün, wie durch eine eigene Erhebung festgestellt wurde), dann ist solches Verhalten, dann sind ja solche Sendungen erklärbar – na ja…….

Propaganda in Diktaturen

Nach dem Ende des I. Weltkrieges entstanden aus den Konkursmassen der Verlierer einige neue Staaten, andere „modifizierten" ihre Staatsverfasstheit. Dieser erste Große Krieg des vergangenen

In seinem Buch geht Karlheinz Weißmann der Frage nach, seit wann der „häßliche Deutsche" geboren wurde. Seine mit vielen Beispielen illustrierte belegte These: Nicht in der Phase zwischen 1933 und 1945, sondern viel früher, 1914. Im 1. Kriegsjahr des Ersten Weltkrieges

Jahrhunderts war derjenige, in dem die verantwortlichen Staatslenker 1914 schlafwandlerisch hineingestolpert waren, wie man sagt, in dem die ersten Erschütterungen, die zum schließlichen Untergang des Britischen Empires führten, erfolgten, und in dem europäische Flügelmächte wie die USA und die Sowjetunion in die europäische Geschichte eintraten, womit Europa endgültig aus dem Zentrum der Weltpolitik verschwinden sollte. Und in diesem Krieg zog, soviel ich weiß, erstmals die Moral ein…. – ein exzellenter Nährboden auch für die Propaganda, seinerzeit besonders die mit negativem Beigeschmack, wie u. a. die Bezeichnung Hunnen für die Deutschen und ihre Herrscherhäuser durch die Westmächte und ihre Soldaten bezeugen.

In vielen Staaten Europas entwickelten sich etwa ab etwa 1917/1918 – auch eine Folge des Krieges, zumindest teilweise – früher oder später Diktaturen, so in der Sowjetunion, in Polen, Italien, Deutschland und schließlich auch in Spanien. In diesen wollte man u. a. auch eine Art Volksgemeinschaft aufbauen, die Menschen mehr oder weniger gleichschalten und ihnen das Gefühl einer Überlegenheit oder Einzigartigkeit gegenüber anderen vermitteln.

Zur Erreichung dieser wie auch anderer Ziele, und das erkannten die Führer dieser Staaten sehr rasch, eigneten sich Potential und Möglichkeiten der neu/wieder entdeckten Propaganda, kombiniert mit den Errungenschaften der sich rasch weiter entwickelnden Nachrichtentechnik. So ist also zu konstatieren, dass sich das Potential des Neuen

nicht nur in freieren und demokratischeren Staaten entwickelte und dort auch genutzt (oder bekämpft) wurde. In den Diktaturen jedoch, so schien es, ließ sich Verschiedenes aus dem Bereich der Propaganda und ihres Werkzeugkastens schneller und effektiver durch- und umsetzen, zudem skrupelloser und ohne irgendeine Kontrolle oder Rechtfertigung.

In Deutschland wusste Dr. Joseph Goebbels diese neuen Entwicklungen und Erkenntnisse geschickt zu nutzen und richtete, nachdem die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernommen hatten, ein Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda ein. Er, resp. die Nationalsozialisten hatten also keine Vorbehalte, das Kind beim Namen zu nennen und nicht auf Begriffe wie Public Relations oder Öffentlichkeitsarbeit auszuweichen. Und heißt Propaganda nicht doch „Verbreitung"? Die sechs Jahre bis zum Kriegsbeginn und darüber hinaus nutzte Goebbels zum Aufbau eines staatlichen Informations- und Nachrichtenmonopols. Dadurch erfuhr die Bevölkerung durch Presse und Rundfunk nur, was Goebbels und seinen Mannen genehm war. Ausländische Presseerzeugnisse wurden verunglimpft und verschwanden nach und nach. Im Radio – Fernsehen und anderer elektronischer SchnickSchnack existierten noch nicht – durften, vor allem in Kriegszeiten, nur deutsche Sender gehört werden. Auf das Hören von anderen Stationen (‚Feindsender') stand die Todesstrafe.

Durch dieses Procedere wollte man die eigene Bevölkerung gegen die ‚verderblichen' Einflüsse der freieren Staaten in Schutz nehmen und konnte sie gleichzeitig ‚bei der Stange' halten und ihre Moral und ihren Durchhaltewillen stärken. Das war besonders wichtig, nachdem im Krieg die Zeit der Siege vorbei war, die militärische Lage immer ungünstiger wurde und die Zahl der Gefallenen in die Höhe ging.

Na ja, die Zeiten der Siegesmeldungen waren zwar eigentlich vorbei, realiter, doch in der Goebbelsschen Kriegspropaganda, der „besseren und deutschen Wahrheit", gab es nach wie vor Siege und entsprechende Meldungen… – bis schließlich zum bitteren Ende.

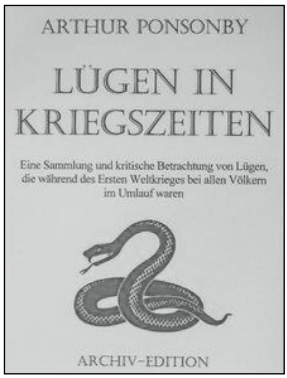
So wie es im Dritten Reich war mit der Propaganda, der Gleichrichtung und Gleichschaltung der Bevölkerung unter gleichzeitiger Abschottung, resp. Abschneiden und Verbot der Nutzung von Informationskanälen aus dem Ausland, verfuhren damals viele Diktaturen, heute u. a. noch die in China, Nord-Korea und eben die in Russland.

In Russland bspw. weiß Präsident Wladimir Putin, nicht zuletzt als ehemaliger Angehöriger und Chef des russischen Inlandsnachrichtendienstes, auf dieser Klaviatur geschickt und sehr erfolgreich zu spielen. So hat er nach seinem Amtsantritt zum Jahreswechsel 1999/2000 ganz vorsichtig – nachgerade versteckt und verdeckt – begonnen, ausländische Medien zu beschneiden oder einzuengen. Und ‚rechtzeitig', will sagen am Vorabend des Kriegsbeginns gegen die Ukraine, hat er westlichen Institutionen wie Stiftungen, Fernseh- und Rundfunkstationen etc. durch verschiedenste Maßnahmen Maulkörbe angelegt. Kurz danach wurden so gut wie alle vom Ausland betriebenen elektronischen Medien (so u. a. TV-Sender, Facebook, Twitter, Nachrichtenagenturen, usw.) und Netzwerke gesperrt, resp. abgeschaltet. Nunmehr konnte Putin, ähnlich wie Goebbels, mit den unter staatlicher Kontrolle und Führung stehenden rein russischen Fernseh- und Rundfunkanstalten die Bevölkerung noch besser beeinflussen und auf Linie halten, auf seiner – mit seiner Propaganda pur!

Propaganda pur? Man kann den Eindruck gewinnen, dass Putin, eben wie die meisten Diktatoren, etwas Größeres im Sinn hat. Wie er gelegentlich bei Gesprächen und Reden durchblicken ließ, empfindet er das Auseinanderbrechen der Sowjetunion als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts (und natürlich Gorbatschow als deren Verursacher als einen Verbrecher). Und daher scheint er, um dieses „Desaster" wieder zumindest etwas zu korrigieren, auf dem Weg zu sein, die verlorene russische Erde wieder einzusammeln, wie man so sagt. Und nicht zuletzt von daher versucht er, unter Zuhilfenahme von Propaganda-Aktionen die Unterstützung und Zustimmung seiner Bevölkerung zu erringen: Voraussetzung und paralleler Einsatz bei seinen speziellen Militär-Operationen, eben zu ‚Einsammelzwecken'….

Propaganda und Krieg

Kriege und mit ihnen ihre Propaganda weisen verschiedene Gleichartigkeiten auf. Auf drei von diesen – m. E. wichtige Erkenntnisse – möchte ich hinweisen. Sie werden zum einen ergänzt durch eine präzise Auflistung zu Punkten über die „Lügen-Propaganda" im I. Weltkrieg, Aussagen, die eigentlich in jedem Krieg, wenn auch sicherlich nicht alles immer im Sinne von 1:1, umsetzbar sind. Zum anderen geht es um Objektivierung versus Parteilichkeit.



„Lügen in Kriegszeiten“: Ein Klassiker der Kriegspropaganda von Arther Ponsonby. Der britische Politiker und Schriftsteller untersuchte und beschrieb in seinem Buch „Falsehood in Wartime“ (1928) die Methoden der Propaganda im Krieg am Beispiel der Beteiligten im Ersten Weltkrieg.

1. Besonders in den Kriegen der gut letzten zweihundert Jahre, aber zum Teil auch schon vorher, wurden diese zwar wie eh und je mit militärischen Mitteln ausgefochten, doch parallel dazu gesellten sich oft Wirtschaftskriege, so beispielsweise durch wirtschaftliche/finanzielle Sanktionen oder (See- oder Kontinental-)Blockaden. Darüber hinaus konnte die Partei, die über eine potentere Wirtschaft verfügte, zur Versorgung der Soldaten und der eigenen Bevölkerung einen Krieg auch länger durchhalten (und dadurch vielleicht eher siegen). Schließlich sind da noch die Informationskriege. Wer macht die bessere, wahrhaftigere (?) und richtigere (?) Public Relations, also Öffentlichkeitsarbeit für seine Bevölkerung und seine Soldaten und darüber hinaus. Diese u. U. auch angedickt oder ausgedünnt, mit Übertreibungen und Verschweigen, also manipuliert oder propagandistisch bearbeitet? (Das Wort Propaganda hat man in diesem Zusammenhang natürlich tunlichst vermieden!)

Kurzgefasst: Wer hat die besseren Truppen und gewinnt die Schlachten. Wer kann wirtschaftlich länger durchhalten und hat umfangreichere Vorräte/Ressourcen. Wer berichtet besser (?) über Ursachen, Verlauf und Ergebnisse der einzelnen Schlachten und des gesamten Krieges und kann damit Bevölkerung, eigene Soldaten und übrige Öffentlichkeit überzeugen, zumindest aber zufriedenstellen?

2. Die Gesellschaften, die in Kriege involviert sind, oder/und die Staaten oder Staatengruppen, die Krieg gegeneinander führen, bestehen aus Menschen. Diese sind – wie bereits erläutert – lenkbar, werden durch Informationen beeinflusst und können im Zusammenwirken mit resp. durch Überwölbung mittels Propaganda (der zusammengekette-

te Bruder!) manipuliert werden. Zudem können sich Menschen nur schwerlich den suggestiven Wirkungen der Propaganda, die ja Gefühl und Unterbewusstsein ansprechen, entziehen, besonders auch, da sie (die Menschen) oft nicht wissen, was gut für sie ist, was die Wahrheit ist und ob die Wirklichkeit, die ihnen vermittelt wird, tatsächlich so vorhanden ist.

Wie sagte noch Edward Bernays: „Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften." Aber auch für andere Staatsformen wie Diktaturen, denn diese bestehen, wie demokratische Gesellschaften, ebenso aus Menschen und – zielgerichtete Manipulation endet nicht in Kriegszeiten, sie wird dann geradezu verstärkt, wandelt und erweitert sich in Propaganda mit all ihren Inhalten wie Lügen, Unwahrheiten, Verdrehungen, Täuschungen, usw.

3. Generell darf behauptet werden, dass in allen Kriegen (bis heute!?), das Eigene hervorgehoben und das Gegnerische herabgewürdigt wird, um es einmal euphemistisch zu umschreiben. Damit soll nicht zuletzt auch die eigene Kampfmoral gestärkt werden. Und die eigenen Kämpfer/Soldaten, das sind natürlich die Guten und die Helden, die des Gegners die Schlechten und die Feiglinge. Diese Art der Klassifizierungen und Wertungen durch die Kriegsherren oder Kommandeure war und ist natürlich nichts anderes als Propaganda – gute Propaganda kombiniert mit Propaganda gegen die Schlechten, und das in sehr klarer und deutlicher Sprache, die oft auch oft über das Kriegsende hinausreicht.

Die Auflistung: Um viele Erklärungen hinsichtlich der noch knapp zu erläuternden derzeitigen Kriegspropaganda zu umgehen oder einzusparen, kommt jetzt Arthur Ponsonby, 1. Baron Ponsonby of Shulbrede (1871-1946), zu Wort. Er hat in seinem 1928 erschienenen Buch Falsehood in Wartime (Lügen in Kriegszeiten) Grundsätzliches darüber ausgeführt. Breit zitiert und im Gedächtnis geblieben sind ein Ausspruch von ihm über die Wahrheit und seine 10 Thesen zu Lügen/Propaganda im Krieg, in denen er Erfahrungen und Erkenntnissen aus dem I. Weltkrieg extrahiert hat.

Die Thesen sind gleichsam Argumente und Statements, die beide kriegsführende Parteien verwenden bzw. verwenden können und die letztendlich Kriegspropaganda in Reinkultur sind, Schlachtfeldargumente könnte man sie ebenfalls nennen.

Der Auflistung vorangestellt ist der Wahrheits-Ausspruch, der noch heute vielfach zitiert wird:
When war is declared, truth ist her first casualty - Nach der Kriegserklärung ist die Wahrheit das erste Opfer.

1. Wir wollen den Krieg nicht.
2. Das gegnerische Lager trägt die alleinige Verantwortung für den Krieg.
3. Der Führer des Gegners hat dämonische Züge („der Bösewicht vom Dienst“).
4. Wir kämpfen für eine gute Sache.
5. Der Gegner kämpft mit verbotenen Waffen.
6. Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, bei uns handelt es sich um Irrtümer aus Versehen.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm.
8. Angesehene Persönlichkeiten, Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, steht auf der Seite des Gegners und ist ein Verräter.

Zwar muss bedacht werden, dass diese 10 Thesen fast 100 Jahre alt sind und heute das ein oder andere sicherlich etwas anders formuliert werden würde, doch wird in diesen Thesen eigentlich schon alles Wesentliche zur Kriegspropaganda gesagt, und viele Aussagen könnten fast wortwörtlich auch auf viele spätere sowie auf den derzeitigen Konflikt in der Ukraine passen – mal von der einen Seite, mal von der anderen, aber auch gleichermaßen von beiden Seiten.

Objektivität/Parteilichkeit. Unsere moderne Welt ist gleichsam aufgeteilt in souveräne Staaten mit „eigenen“ Staatsbürgern. Diese vertreten in aller Regel die Inter-essen, Werte, Ideen oder die Politik ihrer eigenen Staaten. Das trifft im Allgemeinen auch bei kriegerischen Auseinandersetzungen zu. „Man“ steht hinter seinen Soldaten, seinen Kriegs-Gründen und -Zielen, usw. Das traf auch für „unsere Kriege“ zu, so bspw. für den von 1870/71, den von 1914-1918 sowie (allerdings eingeschränkt) den von 1939-1945.

Wir machen doch alles gut und richtig, sagt sich der Staatsbürger, subjektiv, wie er nun einmal ist. Wir sind doch die Guten, im Gegensatz zu den anderen, die nicht so gut sind – zumindest für uns… Diese Verhaltensmuster und Einschätzungen erfuhren für Deutschland so ab Mitte des vergangenen Jahrhunderts eine Erweiterung. Ab die-

sem Zeitraum gehörte Deutschland nämlich – politisch gesehen – zum „Westen“. Jetzt galt, dass alles das, was der Westen, an seiner Spitze die USA, tut und macht, einschließlich der Kriege, gut und richtig ist. Denn wir waren jetzt unisono die Guten, und die „Anderen“ sind die Bösen. Wir tragen jetzt alle die „westliche“ Brille und betrachten durch diese das Weltgeschehen einschließlich der Konflikte und Kriege und beurteilen sie dementsprechend. Einfach feststellbar ist dies in Darstellungen und Bewertungen, so u. a. über den Korea-Krieg: Nordkorea mit China und die UdSSR waren die Bösen, beim Vietnam-Krieg waren es die Nordvietnamesen, in Libyen war es Muammar al-Gaddafi, im Irak Saddam Hussein, in Syrien Baschar Hafiz al-Assad und in Russland ist es Wladimir Putin.

Demzufolge waren/sind die erwiesenermaßen völkerrechtswidrigen Kriege der Guten, in diesem Falle etwa die der USA gegen den Irak oder gegen Libyen, aus westlicher Sicht (und Propaganda) auch gerecht, selbst wenn sie auf (westlichen!) Lügen aufbauten wie bspw., dass irakische Soldaten in Kuweit viele Babys aus ihren Krippen genommen und getötet hätten oder dass es im Irak Massenvernichtungswaffen gegeben hätte. Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch im Mai (2022) die neue US-Botschafterin in Berlin Amy Gutmann, als sie ausführte, der Ukraine-Krieg sei von Seiten der Verteidiger (inklusive der USA) „ein klassischer gerechter Krieg“. Nun ja, und vom Sieg über Putin zeigte sie sich ebenfalls überzeugt. Ob das eine Propaganda-Äußerung war, wenn auch eine westliche?

Da wir dieses Schema GUT-BÖSE mehr oder weniger verinnerlicht haben, fällt es uns schwer, neutrale Urteile oder solche, die von der o. a. Grundlinie abweichen, zu fällen. Das trifft natürlich auch für wesentliche Bereiche der Politik des anderen zu, etwa für Gründe und Ursachen von Kriegen zwischen „den Guten“ und „den Bösen“. Und durch die in unsere Berichterstattung ja kontinuierlich einsickernde Propaganda des Guten werden wir natürlich beeinflusst, gar manipuliert. Damit sind ja die Kriegsgründe des Anderen (des Bösen), seine Berichterstattung über den Krieg, seine Informationen und Propaganda…alles schlecht, alles Lüge, denn er ist ja der Böse.

Propaganda während des Krieges

Vergangene Kriege bieten umfangreiches Material und damit Kenntnisse und Erkenntnisse, wie die Propaganda von der einen oder anderen Seite gehandhabt wurde und wie gut oder erfolgreich sie war. Doch zurzeit bietet uns der Krieg in der Ukraine das eigentlich beste Material. Denn – erstens – sind in dieser Auseinandersetzung die o. a. drei „Kriegsarten" in fast idealer Weise miteinander verflochten, nämlich Kriege oder Kämpfe mit militärischen Mitteln sowie in den Bereichen Wirtschaft und Information. Die Waffe Information wird, so wie bereits schon immer in Kriegen und auch in dem derzeitigen – zweitens – über ihre schon naturgemäß gegebene Subjektivität hinaus propagandistisch verbogen und mutiert oft zur Desinformation. Mit Wahrheiten wird also beliebig und mit Desinformation großzügig umgegangen, damit die Empfänger das vom Sender gewünschte Bild erhalten. Drittens muss unterschieden werden, auf welcher Ebene die Propaganda stattfindet und an wen sie sich vornehmlich wenden soll.

Die höchste politische Ebene ist das Eine, und im derzeitigen Ukraine-Krieg werden diese vertreten/repräsentiert durch Selenskyi und Putin. Der ukrainische Präsident beherrscht die Szenerie vorzüglich und bespielt sie gut. So wendet er sich u. a. mit geschmeidig formulierten und propagandistisch geschönten Video-Botschaften an die Regierenden hier im Westen und damit auch an deren Bevölkerungen. Eine Vorgehensweise, die seinem „Gegenspieler" Putin wohl fremd ist, und er sie deshalb auch kaum anwendet. Das hat auch viel damit zu tun, dass nach unserem, in jahrzehntelanger Beeinflussung verinnerlichtem Schema von GUT-BÖSE Putin zu den Bösen gehört und damit a priori alles, was er in diesem Fall sagt oder tut, besonders wenn es an den Westen gerichtet ist, einen negativen Anstrich hat. Zudem hat er den Krieg begonnen und die Ukraine muss sich verteidigen. Mithin zählt Selenskyi schon auch deshalb zu den Guten, und seiner Sichtweise, sprich seiner Propaganda, sind Tür und Tor geöffnet.

Die niedrigere Ebene der Front ist das Andere, die Kämpfe vor Ort. Wird „oben" mit Fernseh-Interviews und -Berichten sowie vielen, vielen Video-Auftritten gearbeitet, so wird ganz unten, quasi vor Ort, zusätzlich mit starken Bildern und Aussagen von Betroffenen gearbeitet. Doch das, was uns fast ausschließlich von ukrainischer

Seite gezeigt wird, wird natürlich fein säuberlich ausgesucht und zurechtgeschnitten, damit ja das „richtige Bild“ vermittelt wird – und das immer wieder nach dem Motto: Wir, die leidenden Guten, dort die marodierenden Bösen. Feststellbar ist, dass überwiegend Front-Propaganda aus ukrainischen Quellen in den Westen geht (mit Hilfe und Unterstützung der USA?)

Wir hier im Westen folgen in unserer Berichterstattung natürlich ebenfalls dem Schema GUT-BÖSE und werten Nachrichten und Informationen, die aus Russland oder von der russischen Seite im Kriegsgebiet kommen, vielfach ab. Wir stufen sie zudem überwiegend als Propaganda ein und berichten daher, wenn überhaupt, nur sehr sparsam darüber (und mit entsprechenden Hinweisen). Im Gegensatz dazu werden die Nachrichten und Informationen (des Guten) aus der Ukraine als objektiv angesehen und natürlich gesendet, obwohl diese z. T. und in Reinkultur tolle Kabinettstückchen und sehr wohl Propaganda sind.

So ist es nicht verwunderlich, dass unsere Medien dem Wirken der ukrainischen Propaganda (fast ganz) erliegen. Zudem wollen sie vielfach nur das sehen (und berichten), was sie sehen wollen, nämlich die militärischen Erfolge Kiews (fast ausschließlich) und die Brutalität der „Moskauer Kriegsmaschine“. Ob da nicht auch in übertriebener Art und Weise in den Medien „schön geschrieben und geredet“ wird und auch die Wünsche (ukrainischer Sieg) die Väter der Gedanken sind…?

Die 10 Thesen von Posonby, sie treffen wohl auf die Propaganda von ‚oben‘ genauso zu wie auf die von ‚unten‘ und ebenfalls auf viele Berichte und Wertungen in unseren Medien……

Ein weiterer Blick auf beide Seiten soll noch einmal vertiefen:

1. Zur russischen Seite: Putin konnte, gemeinsam mit seiner Nomenklatura, vorzüglich auf die bereits in den langen Jahren seiner Diktatur verfügten Restriktionen und Verbote gegen die freie Berichterstattung aufbauen und dadurch die Seele des russischen Volkes weiter „berauschen“ und seine Sicht und Rechtfertigung für die ukrainischen Unternehmungen propagieren.

Beispielsweise, dass er – erstens – natürlich keinen Krieg gegen die Ukraine führe, sondern nur eine Art Strafaktion, genannt „militärische Spezial-Operation“, dass es – zweitens – eigentlich keine eigenständige Ukraine gebe, sondern nur einen abtrünnigen Teil der heiligen russischen Erde, und dass er – drittens – nicht gegen Feinde kämpfen lasse, sondern gegen Faschisten und Nazisten. Denn die hätten dort das

Sagen und müssten eliminiert werden, da sie eine Gefahr darstellten. Und da die Begriffe „Faschismus“ und „Nationalsozialismus“ in der russischen Seele tief verankert sind und Erinnerungen an den II. Weltkrieg wachrufen, als eben das nationalsozialistische Deutschland die seinerzeitige Sowjetunion angegriffen und mit Krieg überzogen hatte, konnte durch die „Wiedererweckung“ dieser nachgerade toxischen Begriffe als Bezeichnung für die Ukrainer die russische Bevölkerung mobilisiert und auf Gegnerschaft eingestellt werden. Man führe ja auch keinen Krieg gegen die ukrainischen Brüder – das Wort Krieg in diesem Zusammenhang auszusprechen oder zu benutzen, ist der russischen Bevölkerung ja bei Strafe verboten – sondern befreie das „Brudervolk“ von den o. a. Geißeln.

Nach Innen scheint Putins Propaganda gut zu funktionieren. Mehr als 70% der Bevölkerung folgt seinem Kurs in den Krieg (eh, pardon, in die Militäroperation), sagt die russische Propaganda…. Dabei kommt Putin zusätzlich zugute, dass die russische Bevölkerung während der Jahrhunderte dauernden Autokratie unter den Zaren sowie der anschließenden Diktatur unter den ‚Sowjetfürsten‘ wie Lenin, Stalin, Chruschtschow oder Breschnew quasi schon seit ‚ewig‘ gleichgerichtet und auf ‚Linie‘ gehalten wurde. Sie folgt eben – zumindest die überwiegende Mehrheit und mehr in ländlichen Gebieten als in den Städten – dem jeweiligen Führer (widerstandslos?). Was man seit Jahrhunderten gewohnt ist und auch durch Druck und Desinformation permanent erlebt und erfahren muss (fast schon zur Tradition geworden ist…) wirft man nicht so schnell über Bord, und Verhaltensänderungen dauern, wie man weiß, lange, sehr lange….

Um seine Bevölkerung zusammenzuhalten und weiterhin zu motivieren, spricht Putin in seinen Propagandareden mittlerweile davon, dass er (nur) Abschaum und Verrat bekämpfen müsse: eben die Nazis auf der ukrainischen Seite, und dass Russen und Ukrainer ein Volk seien, usw.… Zudem greift er ab und zu auf Bibel-Texte zurück, so bspw. kürzlich vor einer begeisterten Menge von Tausenden von Anhängern „Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt“ (Johannes-Evangelium 15,13).

Mit diesem Procedere reiht er sich – auf der einen Seite – „würdig“ in die Linie der nationalsozialistischen Führer wie Hitler und Goebbels oder Göring und Himmler ein, die ähnliche, wenn nicht gleiche Schimpfworte und Bibelzitate benutzten. Auf der anderen Seite

pflegen dieses mehr oder weniger klassische Vorgehen von propagandistischen Reden an die eigene Bevölkerung viele, und das weltweit….

Die Reden Putins, angesiedelt zwischen Information, Propaganda und Indoktrination, passen sich ein in eine aus fünf Teilen zusammengesetzte Strategie: Offizielle Stellungnahmen des Kremls, staatliche Medien (andere gibt es ja nicht mehr in Russland), russlandfreundliche Stellvertreter-Medien, Cyber-Attacken und soziale Medien. Die letzten beiden werden wohl vornehmlich für eine schnelle und unmittelbare Verbreitung von Propaganda, Desinformation, Lügen, usw. eingesetzt. Ein wesentlicher Aspekt bei diesen fünf Teilbereichen ist, dass viele, wenn nicht alle immer wieder anderes und anders berichten, widersprüchlich sind. Das ist aber durchaus gewollt, denn dadurch kann die Wahrheit gekonnt verschleiert werden, wodurch der Eindruck erweckt wird, dass es eben keine Wahrheit gibt, weder auf den Schlachtfeldern der Ukraine, noch anderswo – jedenfalls aus russischer Sicht.

Die Menschen in Russland, aber auch wir hier im Westen, werden permanent mit „wahren" Nachrichten und mit „unwahren" Wahrheiten „versorgt", resp. überschwemmt, und zwar durch eine Unzahl von digitalen (sozialen) Medien auf den verschiedensten Kanälen. Thematisch dreht sich natürlich fast alles zurzeit um die Vorgänge in der Ukraine. Es gibt sowohl Aussagen, eben aus russischer Sicht, von den Kämpfen und (vermeintlichen und tatsächlichen) Erfolgen oder Siegen, als auch Interviews und Berichte mit und über Putin. Er wird gelobt und in den Himmel gehoben, die Ukraine als Nazi-Staat denunziert. Die militärische Sonderaktion geschönt, usw., usw.

Wird ein Kanal abgeschaltet oder gestört, erscheinen unmittelbar neue: Propaganda im Fließbandrhythmus. Und auch hier bei uns im Westen sind russische Blogger, die die original russische, sprich die Putinsche Propagandasicht des Ukraine Krieges vermitteln, sehr aktiv. Die Anzahl der russischen Sender scheint in die Hunderte zu gehen, die in den Netzen kursierenden Videos fast in die Hunderttausende…. ein Propagandakampf, einseitig und hinter den Kulissen, doch den realisiert Otto-Normal-Verbraucher fast überhaupt nicht, oder?

Nach außen ist Putins Propaganda, zumindest auf dem Feld der modernsten (sozialen) Medien, die ja kaum überwacht und kontrolliert werden können, gar nicht so schlecht, wenn diese auch jenseits des Fachpublikums kaum wahrgenommen wird.

In den Bereichen, die mehr oder weniger offiziell sind und auf ‚großer Bühne' und vor der Weltöffentlichkeit stattfinden, lassen sich jedoch Schwächen erkennen. So können Putins Äußerungen und Reden auf diesen Podien kaum überzeugen, da sie es ja mit der politischen Realität und der (Kriegs-) Wahrheit nicht so genau nehmen und immer wieder die alten Vorstellungen und Erklärungsmuster heruntergebetet werden.

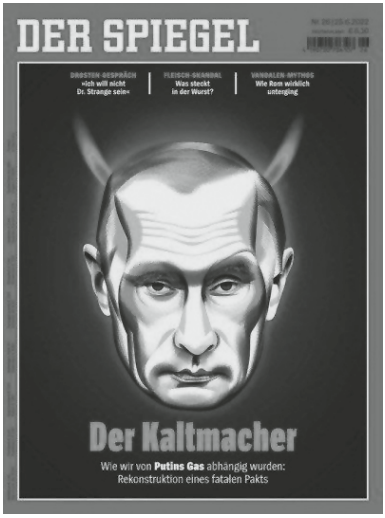
Wir hier im Westen können also, würden wir uns auf die russischen Medien verlassen, nicht herausfinden, was denn nun tatsächlich die Wahrheit ist. Eine Aussage der Vizepräsidentin der EU-Kommission, Vera Jourova, zu diesem Sachverhalt ist entlarvend und zeigt die Naivität dieser Frau. Auf die Frage…"Wie dramatisch ist die [russische] Desinformation?" antwortet sie: „Es ist absolut ungeheuerlich, was der Kreml tut – und das nicht erst seit Kriegsbeginn, sondern schon seit Jahren. Die staatlichen Medien in Russland sind keine Medien mehr, sondern werden vom Kreml wie Waffen eingesetzt. Die Wahrheit wird auf ungeheuerliche Weise auf den Kopf gestellt. Das erinnert mich an den Dieb, der laut ruft: Haltet den Dieb." Na denn: Hurra – Moral statt Wissen. Solche Politiker hat die EU und mit denen wollen wir die Zukunft meistern??…Schließlich ergänzt die Dame noch: „…Und wir müssen die Haltung aufgeben, dass die Meinungsfreiheit um jeden Preis geschützt werden muss."(Kölner Stadt-Anzeiger vom 1. Juni 2022)

Also sanktionieren wir (die EU) die russischen Staatsmedien und verbieten das ein oder andere. Wie ein kürzlich eingerichtetes und sich ausschließlich mit dieser Materie beschäftigendes „Disinformation Situation Center" meldete, mit einigem Erfolg. Dass jedoch dann, wenn dies oder das verboten, sanktioniert oder abgeschaltet wird, fast augenblicklich wieder andere erscheinen und sich ihre Wege in den Westen über andere Routen suchen (und auch finden), das ist das eine. Das andere ist, dass wir als (scheinbar?) freie Staaten zu Verboten greifen (müssen), weil wir unseren Staatsbürgern nicht mehr trauen, oder? Doch wir im Westen sind ja die Guten, und so müssen wir uns vor dem Schlechten aus Russland, vor Putin schützen, oder? Oder sind wir subjektive Menschenwesen einfach nur voreingenommen und wurden, mit unserem Dazutun, in die richtige Richtung gelenkt, gar dahin manipuliert?

Abschließend eine mehr emotionale Bemerkung noch zu Russland und Putin, sein Auftreten und „seinen Krieg". In diesen Kriegszeiten erscheint uns das Land dunkler zu werden, und es scheint ver-

hängnisvoll zu sein, dass es der russischen Propaganda gelungen ist, fast ein ganzes Volk über die Realität zu täuschen – fast, denn Hunderttausende, besonders jüngere Menschen und aus den Städten, verlassen zurzeit Russland. Putin erscheint einsamer, wenn er an seinem langen Tisch sitzt oder nur zusammen mit einem Regierungsmitglied, oft der Verteidigungs- oder Außenminister. Kaum hochrangige Besuche, jedenfalls erfahren wir nichts darüber. Kaum Offenheit, Zugewandtheit oder Mitgefühl. Ob Putin nicht mehr die Herzen seiner „Untergebenen" gewinnen will oder muss? Ob er nicht (mehr) die (Welt-)Öffentlichkeit überzeugen, auf seine Seite bringen will oder kann…? Ob seine offensichtliche Verschlossenheit – zumindest gegenüber dem Aussen – möglicherweise an der Prägung durch seinen vorherigen Beruf als Geheimdienstagent lag?

2. Zur ukrainischen Seite: Wolodymyr Selenskyis Auftreten ist diametral entgegengesetzt dem von Putin: offen, freundlich und zugewandt. Ein hochrangiger Politiker aus dem Westen gibt dem nächsten die Klinke in die Hand. Selenskyi wirkt nach innen wie nach außen (fast) überzeugend, scheint wohl auch an seinem zuvor ausgeübten Beruf als professioneller Komiker und Schauspieler zu liegen?



Sieger im Propagandakrieg zwischen Putin und Selensky ist eindeutig letzterer, siehe die beiden Titelbilder aktueller Spiegel-Ausgaben

Während Putin selbst kaum in seinen eigenen Medien auftaucht/auftritt, jedenfalls nicht für uns im Westen, so bespielt Selenskyi diese bravourös und zwar durch eigens produzierte Videos mit Botschaften von ihm. Diese reisen um die halbe Welt, und das mit immer neuen Aussagen, passgenau zugeschnitten auf den jeweiligen Empfängerkreis.

Als begnadeter Rhetor ist Selenskyi nicht zimperlich bei seinen Video-Ansprachen. Er klagt (uns) oft an, findet schwache Punkte seiner Adressaten (so aus der Geschichte oder aus politischen Entscheidungen – alles oft mit moralischem Anstrich versehen!) und weiß diese geschickt zu nutzen und den Zuschauern und Zuhörern fast immer ein schlechtes Gewissen zu machen bzw. Betroffenheit zu erzeugen. Und immer werden seine Ausführungen pflichtschuldigst mit stehenden Ovationen quittiert……, selbst dann, wenn Selenskyi sagt – besser vielleicht noch behauptet – in dem Krieg, den die Ukraine führen muss, ginge es auch um uns, um Europa, und ein Beitritt des Landes in die EU würde diese stärken….

Rhetorische Meisterstücke eines emphatischen Redners, so kann und muss man sich einen Meister der Staatspropaganda vorstellen. Denn dieser muss, um erfolgreich auf sein Publikum einwirken zu können, eben mit Pathos, Leidenschaft und Inbrunst agieren, aber auch mit Übertreibungen, dubiosen Behauptungen usw., eben mit lenkender Propaganda…und das macht ja Selenskyi sehr gekonnt. Und seine „Staatspropaganda“ ist doch nichts anderes als Propaganda im Krieg, Kriegspropaganda auf höchster, staatlicher Ebene!

Ein Beispiel aus dem unmittelbaren Kriegsgebiet zeigt noch einmal Essentials, die von „unten“ propagandistisch einfließen können. Zwar sollte bei Bildern und Berichten aus der Kampfzone die erste Frage immer lauten: Stimmen diese mit der Wirklichkeit überein oder ist Propaganda im Spiel? (Nicht von ungefähr heißt es bei vielen Nachrichten aus dem Kriegsgebiet, dass die Angaben nicht unabhängig überprüft werden könnten…)

Vor kurzem erschien ein Bild, auf dem vor einem halbzerstörten Gebäude eine Trage mit einer Frau zu sehen war. Im Bildtext hieß es, dass ukrainische Rettungskräfte eine verletzte schwangere Frau aus einer zerstörten Klinik aus Mariupol wegtragen. Das mag so sein, man hört aber auch, die Frau sei eine ‚zurechtgemachte‘ und geschminkte Schauspielerin und die vermeintliche Klinik sei schon seit längerer Zeit

nicht mehr für medizinische Zwecke benutzt worden – zudem wird die Frau in Richtung auf das zerstörte (Klinik-?)Gebäude getragen und nicht von ihm weg…..

Die ukrainische Seite: schwangere Frau, die Russen schießen auf eine Klinik und auf die Schwangere. Die russische Seite: gestelltes Bild, vermeintliche Klinik war eine militärische Unterkunft. Wem soll man glauben? Denn, auch (oder gerade?) Selenskyi und die ukrainische Seite sind gewieft und wissen um den propagandistischen Wert solcher (auch gestellter/gefälschter?) Bilder……, Putin und die russische Seite auch!!

Noch ein paar Worte

1. Nur ein paar Aspekte und Beispiele sollten es sein aus einem tiefen, tiefen Loch mit Namen Information/Propaganda/Propaganda im Krieg. Wobei es noch so unendlich viel anderes gibt, andere Tricks der Informations-Gewinnung, bzw. -Verhinderung vor Ort, sprich von gelenkter Propaganda. So durften seinerzeit bspw. Journalisten in Syrien nur Informationen von zuvor ausgesuchten Oppositionellen erhalten. Informationen anderer Oppositionsgruppen waren ihnen verboten, obwohl diese bedeutend oppositioneller waren…, „freier/ gelenkter" (und bezahlter) Journalismus nach dem „System Assad", sprich regierungskonforme Propaganda! Oder denken wir etwa an die sog. Propaganda der Tat, wozu u. a. das Attentat auf das Two World Trade Center am 11. September 2001 in der islamischen Welt hochstilisiert wurde, mit positiver Konnotation, versteht sich…. und die Amerikaner brachten dieses Ereignis tagelang fast in Dauerschleife im Fernsehen – „verkehrte" Propaganda, made in USA. usw.….

2. Worte, Information, Propaganda, Propaganda im Krieg, Kriegspropaganda – ein unerschöpfliches Thema. Trennung von Information und Propaganda fast unmöglich, nicht zuletzt begründet in der Subjektivität des Menschen. Information, mehr positiv konnotiert, Propaganda mehr negativ und abwertend, bis heute und benutzt vor allem „kritisch für politische und militärische Beeinflussung der öffentlichen Meinung", und schließlich die „Erfindung" der Begriffe Public Relations oder Öffentlichkeitsarbeit. Während sich die Information auch an den Einzelnen wenden kann, wendet sich/ braucht die Propaganda eigentlich immer die Mehreren, die Massen.

Propaganda kann oft „laut oder schreiend“ sein und wirkt umso besser, je öfter sie wiederholt wird, denn dann kann sie schließlich vom Sender genauso wie vom Empfänger zur Wahrheit mutieren: Was der Herr Präsident/Vorsitzender/Fürst so oft gesagt hat, kann doch nicht falsch sein….

Information und Propaganda (zeitweise oder dauerhaft auch ihr kleiner Bruder Werbung) begleiten unser ganzes Leben.

3. Information kombiniert mit Propaganda hat sich im Krieg zu einem fast selbständigen Bereich entwickelt, als ein eigener ‚paralleler‘ Krieg, als eine besondere Waffe, neben dem Schießkrieg und diesen unterstützend. Gearbeitet wird mit Halbwahrheiten, Lügen, Desinformationen, Verschweigen, usw. usw.

Der Schießkrieg ist mit seiner Brutalität und Grausamkeit, mit seinem Zerstörungspotential unmittelbar sichtbar und erfahrbar. Er ist offen. Der Propagandakrieg kann mit seinen Materialien und Werkzeugen ebenfalls offen sein, doch seine Wirkungen sind eher verdeckt und versteckt, da sich seine Waffen/Werkzeuge an das Unterbewusstsein wenden und dort erfolgreich sein sollen im Sinne von Einstellungs- und Verhaltensänderungen verschiedenster Art…. Während im Schießkrieg der Mensch als solcher durch Waffeneinwirkung getötet, vernichtet werden kann, dringen die Wirkungen der Propaganda nur in sein Inneres vor und lassen ihn am Leben – beeinflusst, manipuliert, ‚umgedreht‘?

Und die Propaganda, eingesetzt als Kriegswaffe, soll und muss auf den verschiedenen Ebenen und Bereichen wirken. Um erfolgreich wirken zu können, muss sie entsprechend zugeschnitten sein, sprich aufbereitet werden. So etwa für die eigenen Soldaten und die eigene Bevölkerung, aber genauso für die Bevölkerungen und die Entscheidungsträger der befreundeten und unterstützenden Nationen.

Sicherlich ist heutzutage die Propaganda ein willkommenes und nicht mehr wegzudenkendes Mittel, um in Kriegszeiten (und nicht nur da) zu unterstützen und hier und da, je nach Betrachtungsweise, auch entscheidend zu wirken, sprich zu Siegen beizutragen – eben Kriegswaffe Propaganda.

Quintessenz

Durch die heutigen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und durch den und mit dem subjektiven und beeinflussbaren Menschen finden Informations- und Meinungsaustausch, und diese teilweise hochgejazzt bis zur Propaganda, in unbegrenztem Umfang und weltweit statt und können kaum nachhaltig reglementiert werden. Nicht oder kaum kann (oder sollte!) auch die Wahrheit immer erkannt und verbreitet werden, besonders in Kriegszeiten. Man könnte sagen: Werbung und Propaganda schlagen Wahrheit.

Wie schrieb noch Bernays im Schlusskapitel seines Buches: Die Propaganda wird nie aussterben.

Dr. Dieter Ose begann seinen beruflichen Lebensweg mit einer Lehre als Elektromechaniker bei der Firma Siemens. Danach wurde er, 1965, als Offiziersanwärter in die Bundeswehr eingestellt. Nach der Offiziersausbildung nahm er Dienstposten als Zugführer, S1/S2 Offizier und Kompaniechef wahr. Als Hauptmann verließ er im Jahr 1974 die Streitkräfte und begann an der Universität Köln – zuvor hatte er an einem Abendgymnasium sein Reife-Zeugnis erworben – ein Studium der Geschichte und Sozialwissenschaft. Vier Jahre später, 1978, promovierte er, legte das I. Staatsexamen ab und wurde wieder in die Bundeswehr eingestellt, und zwar als Wissenschaftlicher Angestellter im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr in Freiburg. Es folgten Verwendungen im Bundesministerium der Verteidigung (u. a. Chefredakteur von Zeitschriften zur Inneren Führung), in der Deutschen Nato-Vertretung in Brüssel, als Studienleiter an der Bundessicherheitsakademie in Bonn sowie als Branch-Chief/Abteilungsleiter am NATO-Defence-College in Rom. Im Jahre 2010 wurde er, nach seinem letzten Einsatz an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, als Leitender Wissenschaftlicher Direktor in den Ruhestand versetzt.

Bücher in großer Auswahl

2. Auflage

Heinz Magenheimer:
Die deutsche militärische Kriegführung im II. Weltkrieg.

Feldzüge – Schlachten – Schlüsselentscheidungen

39,00 EUR

Festeinband, 324 Seiten, umfangreicher Quellennachweis. Einmalig: 21 großformatige vierfarbige Lagekarten mit ausführlicher Texterläuterung.

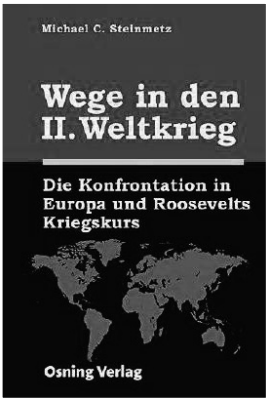
Kallina, Bernd:
Unhaltbare Zustände!
Interviews & Beiträge im deutschen Interesse.

Broschiert, 240 Seiten.

16,99 EUR

Neitzel, Sönke:
Deutsche Krieger.
Vom Kaiserreich zur Berliner Republik - eine Militärgeschichte.
Gebunden, 816 Seiten.

33,00 EUR



Steinmetz, Michael C.:
Wege in den II. Weltkrieg.
Die Konfrontation in Europa und Roosevelts Kriegskurs.
Gebunden, 336 Seiten.
22,00 EUR

Versandkostenfrei:
Book-Today, Inh. H. Thomas, Suebenstr. 1, 53175 Bonn
info@book-today.de - www.book-today.de

Josef Schüßlburner

Revisionsmus-Vorwurf im Systemvergleich

Im sog. „Verfassungsschutzbericht 2019“ des Freistaates Bayern ist die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) unter dem Kapitel „Rechtsextremismus“ auf den Seiten 180 bis 182 aufgeführt worden. Wesentliche Begründung hierfür war der Vorwurf „Revisionismus“. Das Verwaltungsgericht München hat in seinem Urteil[1] vom 17. Juli 2020 wegen dieser Erwähnung der ZFI eine rechtswidrige Beeinträchtigung von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit sowie der Vereinigungsfreiheit durch den Freistaat Bayern erkannt. In diesem Urteil wird der Vorwurfskomplex „Revisionismus“ durch den „Verfassungsschutz“ zusammenfassend dergestalt wiedergegeben, dass „Revisionisten“ versuchten, den historischen Nationalsozialismus positiv darzustellen und von historischer Schuld zu entlasten oder gar freizusprechen.

Man unterscheide zwischen einem Revisionismus im engeren Sinne, nämlich Leugnung der Massenvernichtung der Juden und einem Revisionismus im weiteren Sinne, der sich z. B. in der Leugnung oder Relativierung der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in der Klage der „Umerziehung“ der Deutschen durch die Alliierten oder der Diffamierung der Widerstandskämpfer als „Vaterlandsverräter“ zum Ausdruck bringe.

---

[1] Das Urteil mit Aktenzeichen M 30 K 19.5902 ist online gestellt bei: www.links-enttarnt.de unter „Dokumentation“ mit einer Einführung „Gerichtlich erstrittener Sieg über christlich-sozialen Verfassungsschutz-Extremismus“; die entsprechende Zusammenfassung des Revisionismus-Vorwurfs findet sich auf S. 6 dieses Urteils.

Derartige Vorwürfe werden auch der Oppositionspartei Alternative für Deutschland (AfD) zumindest im Sinne der „Verdichtung" einer entsprechenden Verdachtslage gemacht. So jedenfalls in dem schließlich auf 1001 Seiten angewachsenen internen Gutachten des VS-Bundesamtes. Das Verwaltungsgericht Köln hat im Verfahren 13 K 326/21 die Einstufung der AfD als „Verdachtsfall" bestätigt, wobei allerdings der Vorwurf des „Revisionismus" im Urteil keine Rolle spielt. Vielleicht hat sich insoweit das Urteil des Verwaltungsgerichts München zugunsten der ZFI diesbezüglich günstig für die AfD ausgewirkt. Es sollte zumindest deutlich sein, dass es sich um ein generelles Phänomen der freiheitlichen BRD handelt, oppositionelle Strömungen amtlich mit dem Vorwurf des „Revisionismus" als „verfassungsfeindlich" zu bekämpfen.

Nimmt man eine rechtliche Einordnung dieses staatlichen Vorwurfs gegen natürliche und juristische Personen vor, dann wird man diesen als gegen Meinungsäußerungen gerichtet einzustufen haben, da sich bei „Revisionisten" außer Meinungsäußerungen, die einen bestimmten Ideenkomplex zum Ausdruck bringen, keine Handlung findet. Es erfolgt mit diesen Vorwürfen eine staatliche Ideenbewertung, was man gemeinhin als „Zensur" anspricht. Zwar verletzt diese Art der Zensur nach Auffassung der herrschenden Meinung, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts,[2] nicht das spezifische Zensurverbot des Grundgesetzes, weil darunter nur die sog. „Vorzensur" verstanden wird, also ein Ideenprüfungsverfahren vor einer Veröffentlichung. Trotzdem findet, wenngleich erst nach einer Veröffentlichung oder nach einem Vortrag, von Staats wegen eine Ideenbewertung statt. Diese negative staatliche Ideenbewertung mit teilweise massiven Diskriminierungsfolgen zeigt dabei, dass auch die sog. „Nachzensur" einen Eingriff in die Meinungsfreiheit darstellt. Dies kann gut an einer Aussage von Diktator Idi Amin belegt werden, welcher die Freiheit der Meinungsäußerung zugesichert hat, aber nicht garantieren wollte, was nach Ausübung der

[2] S. grundlegend: BVerfGE 33, 52, 72.

Meinungsfreiheit geschehen würde. Dies zeigt, dass gerade die Nachzensur die eigentliche Beschränkung der Meinungsfreiheit darstellt!

Wie bei der verfassungsrechtlich zur Sicherstellung der Meinungsfreiheit verbotenen Vorzensur hat auch bei der verfassungsrechtlich als solche dem Staat möglicherweise nicht verbotene Nachzensur, also die damit verbundene amtliche Ideenbewertung, eine gewisse Orthodoxie, die Vorstellung von richtigen Ideen zur Voraussetzung, anhand deren andere Ideen als falsch, als verwerflich und vor allem als „verfassungsfeindlich" bewertet werden können. Der Verfassungsschutz spiegelt mit seiner Bewertung „verfassungsfeindlich" vor, dass der Ideenprüfungsmaßstab die „Verfassung" sei. Also drängt sich banal die allerdings kaum gestellte Frage auf, was „die Verfassung", womit konkret die Verfassung des Freistaates Bayern und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verstanden werden müssen, die der bayerische Verfassungsschutz im Freistaat Bayern zu „schützen" hat, etwa zur „deutschen Kriegsschuld" aussagt. Die „Revisionisten" würden diese ja bestreiten oder zumindest „relativieren", und dies würde diese „Revisionisten" zu „Rechtsextremisten" und damit zu „Verfassungsfeinden" machen. Dieses Unwerturteil hätte zur Voraussetzung, dass die Verfassung sich auf die „deutsche Kriegsschuld" festlegt. Ist dies der Fall? Wie ist die Antwort?

Nun, das Grundgesetz besagt zur deutschen Kriegsschuld: Nichts! In der Präambel der Bayerischen Verfassung findet sich eine Aussage, dass „eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen" „die Überlebenden des zweiten Weltkrieges" zu einem Trümmerfeld geführt habe. Da mit dieser „Staats- und Gesellschaftsordnung", wie dem Kontext des 2. Weltkriegs zu entnehmen ist, erkennbar das NS-Regime umschrieben wird, könnte man vermuten - mehr aber auch nicht -, dass damit verfassungsrechtlich auch von der Kriegsschuld dieser „Staats- und Gesellschaftsordnung" auszugehen wäre. Zumindest wäre dies anzunehmen, wenn man der Theorie folgt, dass die bloße Existenz eines derartiges Regimes Kriegsgrund genug ist. Allerdings mehr als ein Indiz liegt nicht vor und außerdem stellt sich die Frage nach der Rechtsqualität einer Präambel. Im Zweifel stellt diese maximal eine Interpretationshilfe bei der Auslegung des nachfolgenden, rechtlich verbindlichen Textes dar. Dieser wiederum besagt aber über die Kriegsschuld nichts, auch nicht bei den Bildungszielen gemäß

Art. 131 der Verfassung, wo man dies am ehesten erwarten könnte. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob es Aufgabe einer Verfassung in einer Demokratie ist, über eine derartige historische Frage eine Antwort vorzugeben, die man „wissen" muss, also letztlich zu glauben hat, weil man sonst „Verfassungsfeind" sein soll.

Die ersten 19 Artikel unserer Verfassung, die Grundrechte (Ursprungsfassung), am Jakob-Kaiser-Haus in Berlin. Das Grundgesetz sagt über Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit viel, zur deutschen Kriegsschuld jedoch: Nichts!

Quelle: Michael Rose - own jusdirekt.com/rechtsanwalt-muenchen, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=738078

Was schützt der Verfassungsschutz mit der Revisionismus-Bekämpfung?

Die staatliche Orthodoxie, die etwa mit dem Instrument des sog. „Verfassungsschutzberichts" durchgesetzt werden soll, ist dann wohl doch nicht im Bereich der Verfassung angesiedelt und geht damit einer Behörde, die die Verfassung schützen soll, gar nichts an, oder anders ausgedrückt: Diese Behörde schützt die Verfassung dann nur, indem sie erkennt, dass sie die Frage der Kriegsschuld, zumindest Art und Weise, wie dies von freien Bürgern erörtert und beantwortet wird, nichts angeht. Was schützt dann aber ein Verfassungsschutz, der „Revisionismus" als eine Form der Verfassungsfeindlichkeit ansieht und damit Ideen und oppositionelle Bestrebungen bekämpft und dies trotz der Garantie der Meinungsfreiheit und der Freiheit zur politischen Betätigung?

Erkenntnisfördernd ist immer ein Vergleich, der naturgemäß nicht notwendigerweise eine Gleichsetzung bedeutet, vielmehr soll ein derartiger Vergleich gerade auch die Unterschiede zu einem Vergleichsfall herausstellen. Die Frage ist dann etwa konkret: Gibt es andere Staaten, bei denen staatliche Einrichtungen ihren Bürgern „Revisionismus" zum Vorwurf machen und dies mit Maßnahmen sanktionieren, was von so etwas wie amtliche Ächtung bis zu strafrechtlichen Verurteilungen und dabei wiederum bis hin zur Verhängung der Todesstrafe gehen könnte. In der BRD wird die amtliche Bekämpfung des Revisionismus zumindest in Form der staatlichen Ächtung als „Verfassungsfeind" durchgeführt, was dann mittlerweile weitere Folgen hat wie - im konkreten Fall der betroffenen Organisation - Weigerung des Abschlusses von Mietverträgen und Kontenkündigung, also Ansätze einer wirtschaftlichen Existenzvernichtung, und dies im Bereich des „Revisionismus im weiteren Sinne". Beim „Revisionismus im engeren Sinne" gibt es Freiheitsstrafen und zwar gelegentlich in einer Höhe, welche die üblichen Strafaussprüche wegen fahrlässiger Tötung überschreiten. So wurde etwa Horst Mahler aufgrund des als § 130 StGB formulierten Straftatbestandes der „Volksverhetzung" wegen kumulativer Leugnung historischer Tatsachen zum Zwecke der Bekämpfung des „eigentlichen Revisionismus" zu sechs Jahren Freiheitsstrafe[3] verurteilt!

Gibt es so etwas in freien Demokratien? Die Antwort: Eher nein! Wenngleich es eine starke politische Strömung gibt, derartiges insgesamt über „Europa" durchzusetzen.[4] So meinte einst der sicherlich kundige Ignaz Bubis die BRD vor Kritik aus dem Ausland wegen einer als schrecklich angesehenen Urteilsbegründung, mit der einseitig eine Position des sog. Historikerstreits aufgegriffen worden wäre, im Fall der Verurteilung des Oppositionspolitikers Deckert wegen zustimmenden Kopfnickens bei einer „leugnenden" Übersetzung wie folgt verteidigen zu müssen: „Ein Mann wie Deckert würde in den Niederlanden, in Großbritannien oder Dänemark nicht bestraft werden. In keinem einzigen Land Europas wäre er vor den Richter gekommen."[5] Das spanische

---

[3] S. online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 17. Mai 2010, 21:31 Uhr.

[4] S. dazu Hannes Hofbauer, Verordnete Wahrheit, bestrafte Gesinnung. Rechtsprechung als politisches Instrument, 2011; dort insbesondere zum EU-Rahmenbeschluss vom 28.11.2008 auf S. 69 ff.

[5] Zitiert bei: Olaf K. Krueger, Eine Republik errötet. Vom ambivalenten Verhältnis zu PDS und Republikanern, 1995, S. 27.

Verfassungsgericht hat den strafrechtlichen Leugnungstatbestand als verfassungswidrig erkannt und nur das strafrechtliche Verbot der Billigung eines solchen Verbrechens als verfassungskonform gebilligt. Soweit in Österreich unter „Wiederbetätigung“ und in der Schweiz unter „Rassismus“ derartiges geahndet wird, firmiert dies nicht als „Revisionismus“ - wie übrigens auf der Ebene des Strafrechts auch nicht in der Bundesrepublik, wenngleich der Verfassungsschutz den Straftatbestand ideologisch so einordnet. Das strafrechtliche Vorgehen gegen „Negationisten“ in Frankreich ist noch am ehesten dem bundesdeutschen Konzept verwandt. Dies geht auf eine kommunistisch-sozialistische Gesetzesinitiative[6] zurück, die sich dementsprechend nicht gegen die Leugnung kommunistischer Massenverbrechen wendet. In der Tat finden sich Vergleichsfälle für eine staatliche Bekämpfung von „Revisionismus“ als solchen eher in sozialistischen Diktatursystemen!

Das Dienstgebäude des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Die weiß-blauen Schlapphüte mussten vor dem Verwaltungsgericht in München im Streit um die „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ ZFI eine deutliche Niederlage hinnehmen. Die öffentliche Behauptung, die ZFI sei „extremistisch“, wurde untersagt.
Quelle: MyName (Gamsbart) - Eigenes Werk, CC BY 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1959899

[6] S. zum „Loi Gayssot“ bei Hofbauer, a.a.O., S. 57 ff.; das Gesetz ist benannt nach dem Kommunisten Jean-Claude Gayssot, der als französischer Verkehrsminister amtiert hat.

Eduard Bernstein war der sozialdemokratische Begründer des theoretischen Revisionismus innerhalb der SPD.

Revisionismus in der sozialistischen Tradition

Mit dem Sozialismus gelangt man zum historischen Ausgangspunkt der Situation, in der „Revisionismus" zum politischen Vorwurf gemacht worden ist, was sich dann nach kommunistischen Machtergreifungen im 20. Jahrhundert mit staatlichen Vorwürfen zum Ausdruck bringen sollte, die mit politischen Verfolgungen bis zum politischen Massenmord einhergehen sollten.

Historischer Ausgangspunkt hierfür wiederum ist der sog. Revisionismusstreit[7] in der deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts, dessen Ursprung das zentrale Werk von Eduard Bernstein (1850-1932) „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" dargestellt hat. Bernstein hat dabei die Werke der Parteiideologen Karl Marx und Friedrich Engels wieder durchgesehen: Genau dies meint: re-visere als „abermals hinsehen", mit dem Ziel, eventuell ein Urteil, eine Bewertung zu revidieren, wie dies auch mit dem schon lange etablierten gerichtlichen Rechtsmittel der Revision erreicht werden soll. Bernstein meinte nun, dass die Voraussagen von Marx hinsichtlich der Entwicklung des Kapitalismus, nämlich dessen

[7] S. dazu neben zahlreichen anderen Darstellungen: Helga Grebing, Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum ´Prager Frühling`, München 1977, eine umfassende Darstellung des Revisionismus-Streits beginnend mit Bernstein aus sozialdemokratischer Sicht geschrieben; sowie Erika König, Vom Revisionismus zum „demokratischen Sozialismus". Zur Kritik des ökonomischen Revisionismus in Deutschland, Berlin 1964 aus kommunistischer Sicht geschrieben.

notwendiger Zusammenbruch mit damit einhergehender Revolution, die zum Sozialismus als Weg einer weltgeschichtlichen Erlösung der Menschheit führen würde, so nicht ganz bis überhaupt nicht zutreffend wären. Dieser „Revisionismus“, wie dies genannt werden sollte, hatte grundlegende Auswirkungen auf die politische Strategie der Sozialdemokratie, weshalb der Revisionismus dann von den etablierten Parteiideologen und auf SPD-Parteitagen entschieden abgelehnt wurde und zwar selbst von aktiven Parteifunktionären, die nicht umhinkamen, Bernstein zustimmen zu müssen. Diese befürchteten jedoch, dass die parteiamtliche Anerkennung des Revisionismus des SPD-Marxismus die bis zur Leidensbereitschaft gehende politische Motivation der Parteiaktivisten beeinträchtigen würde; es würde diesen gewissermaßen die sie politisch motivierende Weltanschauung in Sinne eines Religionsersatzes genommen werden. Deshalb meinten dann Parteifunktionäre der Generation, die mit dem 1. Weltkrieg dann Regierungsämter übernehmen sollten, dass man den „Revisionismus“ als Reformpolitik, der eine Anpassung an ein liberales Regierungssystem implizierte, einfach mache, aber nicht verkünde.

Dieser Konflikt zwischen einer ideologischen Parteiorthodoxie und praktischem Revisionismus konnte jedoch nicht folgenlos durchgehalten werden. Die sozialistische Bewegung spaltete sich im Zuge des Ersten Weltkrieges: Bekanntlich ist der Kommunismus aus der klassischen Sozialdemokratie hervorgegangen und vertrat dabei sowohl theoretisch als auch praktisch die revolutionäre marxistische Parteiorthodoxie. Dagegen hat die verbleibende Sozialdemokratie zumindest ansatzweise die marxistische Orthodoxie weiter hochgehalten, ist aber politisch dem „Revisionismus“ gefolgt, was der Parteiideologie Karl Kautsky (1854-1938) auf das Schlagwort gebracht hatte, wonach die SPD zwar eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei sei. Insgesamt stellt die SPD, zurückgehend auf Bernstein, demnach eine rechtsrevisionistische Partei dar, weshalb es in der BRD wohl doch einen guten Rechtsrevisionismus geben müsste. Die kommunistische Parteiorthodoxie geht dabei auf das zentrale Werk von Engels, Anti-Dühring,[8] von 1878 zurück, das den Marxismus als Ideologie gewissermaßen katechismusmäßig dargestellt hatte.

---

[8] Genauer Titel: Herrn Eugen Dühring’s Umwälzung der Wissenschaft.

Revisionismus als kommunistische Verfolgungskategorie

Mit der Machtergreifung kommunistischer Partei, ausgehend von Russland im Jahr 1917, wurde „Revisionismus“, insbesondere „Rechtsrevisionismus“, der bislang als innerparteiliche sozialistische Vorwurfskategorie gehandhabt worden war, zu einem amtlichen Vorwurf, der mit politischen Verfolgungsmaßnahmen einherging. Diese Verfolgungskategorie blieb dabei grundsätzlich eine innersozialistische, zumal der sog. „Reformismus“, der den ursprünglichen sozialdemokratischen Rechtsrevisionismus dargestellt hatte, ohnehin schon außerhalb des Marxismus angesiedelt wurde. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass der Kampf gegen den Rechtsrevisionismus schon eine Bekämpfung von Nicht-Sozialisten implizierte, weil wohl berechtigterweise erwartet wurde, dass sich ein Nichtsozialist, der den Sozialismus abschaffen will, sich aber nach Möglichkeit im kommunistischen Regime keinen politischen Verfolgungen aussetzen wollte, vermutlich eine rechte Tendenz innerhalb des Sozialismus unterstützen würde. Deshalb lief die kommunistische Unterdrückung des „Revisionismus“ eigentlich immer als „Kampf gegen rechts“, weil man den Linksrevisionismus, nämlich Voluntarismus und Gewaltbereitschaft, als weniger gefährlich ansah. Hinzu kommt, dass man aus der Perspektive der Orthodoxie des klassischen SPD-Marxismus von Ende des 19. Jahrhunderts den Leninismus als Linksrevisionismus bekämpfen konnte, hat sich doch dieser voluntaristisch mit Gewaltanwendungsperspektive über marxistische Geschichtsgesetze hinweggesetzt, die den Eintritt des Sozialismus quasi-naturgesetzlich unvermeidbar machen würden, so dass der berühmte Attentismus[9] der klassischen Sozialdemokratie die eigentlich richtige marxistische Position wäre.

Beim Vorwurf kommunistischer Regime gegen den (Rechts-)Revisionismus hatte der Vorwurf des häufig als „kleinbürgerlich“ qualifizierten Nationalismus eine zentrale Bedeutung, wobei im DDR-Regime, zu dessen „giftigen Worten“[10] sowohl der „Revisionismus“ wie der „Nationalismus“ zählten, ein Nationalist nicht jemand war,

---

[9] S. dazu als zentrales Werk: Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt 1973.

[10] S. dazu: Ulrich Weißgerber, Giftige Worte der SED-Diktatur. Sprache als Instrument von Machtausübung und Ausgrenzung in der SBZ und der DDR, 2010.

der etwa deutsche Tugenden als Unterscheidungsmerkmal betonte, ja dies war gegenüber dem „Amerikanismus“ sogar erwünscht, sondern jemand, der die Vormachtstellung der Sowjetunion in Frage stellte, indem er auf der Gleichberechtigung der Nationen bestand. Mit diesem Vorwurfskomplex konnten dann Forderungen nach einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus als „revisionistisch“ bekämpft werden, ähnlich wie auch der Titoismus als besonderer jugoslawischer Sozialismus und ähnliche Phänomene als „revisionistisch“ bekämpft werden konnten. Da der Forderung nach besonderen nationalen Wegen zum Sozialismus die Absicht zur Rückkehr zu einer nichtsozialistischen Gesellschaftsordnung unterstellt wurde, was eine Abkehr vom Fortschritt impliziert, wurde auch die Vorwurfskategorie „reaktionär“ eingeführt, die mit der Vorwurfskategorie „revisionistisch“ oder gar nur „rechts“ als austauschbar gehandhabt wurde. Es wimmelte nur von Vorwürfen gegen „Rechtsabweichler“, „rechte Abweichler“ und „rechte Abweichung“, alles giftige Wörter der DDR-Diktatur und anderer sozialistischer Diktaturen. Auch in der Volksrepublik China, etwa zur Zeit des sog. „Großen Sprungs nach vorn“ in die linke Utopie, ging es gegen „rechte Tendenzen“, „Rechtsabweichler“, „Rechtsrevisionisten“, „Rechtskonservative“ und dergleichen, wie vor allem gegen „Konterrevolutionäre“, um den für China einschlägigen Straftatbestand anzuführen. Steigerungsformen waren dann Vorwürfe der „ideologischen Diversion“, ja des „Antikommunismus“ bzw. „Antibolschewismus“ und schließlich des „Faschismus“.

Dabei blieb es nicht bei bloßen ideologischen Vorwürfen, sondern derartige „Nationalisten“ hatten wegen ihrer „reaktionären Gesinnung“ von konterrevolutionärer und revisionistischer Qualität mit konkreten Verfolgungsmaßnahmen nicht besonders humaner Art zu rechnen. Um dies zu demonstrieren, sei die Begründung eines Strafurteils der Volksrepublik China[11] zitiert:

„Der Verbrecher Schu hat reaktionäre Ansichten. Von August 1974 bis zum Mai 1975 hörte er häufig feindliche Rundfunksendungen, und er entwarf mit dem Verbrecher Jin drei Briefe reaktionären Inhalts… Außerdem griff er auf's schändlichste den großen Führer, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas an. Sein Verbrechen ist

[11] S. Klaus Mäding, Strafrecht und Massenerziehung in der Volksrepublik China, 1979, S. 103.

schwerwiegender Natur, während der Untersuchung war er geständig und gab seine Verbrechen zu. Sein Komplize Jin hat reaktionäre Ansichten. Er hat mit dem Verbrecher Schu feindliche Rundfunksendungen gehört, er hat reaktionäre Reden verbreitet und er hat an der Abfassung konterrevolutionärer Briefe mitgewirkt. Während der Untersuchung leugnete er und verhielt sich inkorrekt. Das Gericht hat den Konterrevolutionär Schu gemäß dem Gesetz zu 15 Jahre Haft verurteilt. Es hat seinen Komplizen Jin ebenfalls zu 15 Jahre Haft verurteilt."

Die Strafsanktion, immerhin nur von 15 Jahren und nicht von 25 Jahren wie in der UdSSR unter Stalin üblich, war auf § 16 des Gesetzes über die Bestrafung von Konterrevolutionären gerichtet - ein eigentliches Strafgesetzbuch fand man in der Volksrepublik China lange Zeit für überflüssig - nach dem auch geschichtsrevisionistische Ansichten bestraft wurden, die etwa die von der marxistischen Doktrin im maoistischen Verständnis vorgegebenen Periodisierung der Geschichtsepochen von Urkommunismus, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus in China in Frage stellten und damit abweichende Geschichtsauffassung folgten, da hierbei „geleugnet", „relativiert" oder gedanklich „revidiert" wurde; es waren dabei also „Rechtsrevisionisten" und „Leugner" tätig.

Bemerkenswert ist, dass auch der sog. „Viererbande" um die Mao-Witwe, deren Verhaftung den Weg zur derzeit noch anhaltenden und durchaus erfolgreichen wirtschaftlichen Reformpolitik geöffnet hat, naheliegender Weise nicht zum Vorwurf gemacht worden war, eine linke - oder bundesdeutsch formuliert - „linksextreme" Politik verfolgen zu wollen, die im Interesse Chinas verhindert werden müsse. Vielmehr wurde es dieser Gruppierung zum Vorwurf gemacht, „eine ultrarechte konterrevolutionäre revisionistische Linie" vertreten zu haben:

„Die Vierbande ist ein Haufen bürgerlicher Karrieristen, eine Bande von durch und durch Ultrarechten, eine finstere Clique neuer und alter Konterrevolutionäre. Sie sind typische Repräsentanten der Grundherrenklasse und der Bourgeoisie wie auch der Tschiangkaischek-Kuomintang innerhalb unserer Partei. Ihre gesellschaftliche Basis bilden die Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionäre und asozialen Elemente sowie der neuen und alten Bourgeois."[12]

---

[12] S. Mäding, a.a.O., S. 19.

Diese ziemlich absurd erscheinende und vollideologisierte Einstufung - die ohne Realitätsbezug auch nach mehreren Jahrzehnten Kommunismus vom Bestehen einer Großgrundbesitzerklasse ausging! - ist deshalb bemerkenswert, weil es selbst unter Mao gelegentlich durchaus eine Kritik an einer ultralinken Position gegeben hat, wenngleich „Ausrutscher nach links", also Voluntarismus, Dogmatismus und Gewalt, was nachvollziehbarer Weise als links galt, stets als weniger gefährlich gegolten haben, als „rechte Mittelmäßigkeit."[13] Deshalb hat das etablierte Regime der „Rechtsrevisionisten" in China[14] erhebliche ideologische Probleme, den im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts zu überwindenden Maoismus als „linksextrem" zu bekämpfen, was nur damit erklärt werden kann, dass bei einer expliziten Bekämpfung linker Tendenzen als „links" das Regime sich ideologisch selbst als „rechts" entlarven würde, was angesichts der unverändert bestehenden totalitären Prämissen des politischen Systems der Volksrepublik China politisch und möglicherweise auch physisch tödlich wäre. Die Geschichte des seit 1949 in China etablierten Kommunismus kann als vor allem unter dem Kampfbegriff „Revisionismus" geführten „Kampf gegen rechts" ausgemacht werden, der kennzeichnend für den totalitär-verbrecherischen Charakter dieser Politik ist: „Ohne den Kampf gegen rechts keine Drei Roten Banner (für den Großen Sprung, Anm.); ohne die Drei Roten Banner keine Hungersnot; ohne Hungersnot keine Kampagne gegen rechte Tendenzen und dann auch keine Vier Säuberungen und keine Kulturrevolution."[15] „Kampf gegen rechts" steht für: Maos Großer Hunger. Massenmord und Menschenexperiment in China (1958-1962).[16]

Faßt man das Anliegen der Bekämpfung des „Revisionismus" in der sozialistischen Ideenströmung und dann in kommunistischen Regimes zusammen, so ging es dabei um die Wahrung einer Partei-

---

[13] S. zusammenfassend bei Stèphane Courtois, u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, 4. Auflage 2000, S. 541.

[14] Das unter Deng Xiaoping eingeführte System, dessen Personal sich überwiegend aus ehemaligen „Rechtsabweichlern" rekrutierte, wurde von der Süddeutschen Zeitung vom 03.12.2004 als Weg „von der linken zur rechten Diktatur" beschrieben.

[15] So die zusammenfassende Erklärung eines geschichtlichen Phänomens bei Jisheng Yang, Grabstein Mùbêi. Die große chinesische Hungerkatastrophe 1958-1962, 2012, S. 708.

[16] So der Titel des Buches von Frank Dikötter aus dem Jahr 2014: Mao's Great Famine: The History of China's Most Devastating Catastrophe, 1958-62, 2010.

orthodoxie, die dann nach der kommunistischen Machtübernahme zu einer Herrschaftsorthodoxie wurde und dabei erlaubte, Feinde zu identifizieren, die es im Interesse des Machterhalts zu bekämpfen galt. Wie das angeführte Beispiel der Bekämpfung der sog. „Vierbande" in der Volksrepublik China zeigt, nimmt dabei die Feindbekämpfung einen sehr imaginären Charakter an, indem etwa der zu bekämpfende Feind mit Kategorien überzogen wird, die keinen Realitätsbezug mehr haben und schon gar nicht dem Selbstverständnis der bekämpften Feinde entsprochen hatten. Für China ist dabei festgestellt worden, dass damit „jeder Ansatz zu einer Diskussion politischer Fragen (fehlt). In der gesamten Polemik gegen Einzelpersonen und politische Gruppen findet sich kein Wort dazu, wie China oder zumindest die einzelne Schule oder Arbeitseinheit denn vielleicht anders zu führen sei. Vergeblich wartet man auf eine Analyse marxistischer oder anderer Art der ökonomischen, sozialen oder politischen Struktur Chinas, auf einen Vorschlag zu Reform und revolutionärem Wandel."[17] Die Feindstellung der marxistischen Orthodoxie war und ist dabei eindeutig gegen rechts gerichtet, auch wenn die orthodoxe, also rechtgläubige Mitte des Kommunismus auch Linksabweichler kannte. Deren Existenz wurde mangels Bedrohung für das System weitgehend verdrängt, wie etwa das Schicksal des „Trotzkismus" in der Sowjetunion zeigt. Mit dem Vorwurf des Revisionismus wurde eigentlich immer ein kommunistischer Kampf gegen rechts geführt, so dass „Revisionismus" letztlich „Rechtsrevisionismus" bedeutet hat. Der langjährige chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai hat diesen rotchinesischen Kampf gegen rechts verfassungsrechtlich wie folgt auf den Punkt gebracht:

„Die rechtsgerichteten Elemente sagen, dass es in unserem Land viel zu wenig Freiheit gibt, und sprechen so, als ob Freiheit nur dann gegeben wäre, wenn vom Staate Möglichkeiten gewährt und Garantien vorgesehen werden für jene, welche den Grundlagen des Staatssystems, welches in unserer Verfassung niedergelegt ist … in Worten und Taten Opposition leisten wollen: Es ist ganz klar, dass das Volk nicht zustimmen wird, ihnen diese Art von Freiheit zu gewähren."[18]

---

[17] So W.J.F. Jenner, Chinas langer Weg in die Krise. Tyrannei der Geschichte, 1993, S. 312.

[18] Zitiert bei: Rainald Simon, Verblichene Blutspuren. Die Opfer der chinesischen Revolution, in: Ulrich Menzel (Hg.), Nachdenken über China, 1990, S. 254 ff., 262 f.

Bundesdeutscher Anti-Revisionismus als Vergleichsfall

Zu vermuten ist, dass zumindest bei Verschweigen des Autors der angeführten Aussage zahlreiche Vertreter der bundesdeutschen „Mitte“ dieser Aussage des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China gegen rechts zustimmen. Lassen sich daher aus der Darlegung der kommunistischen Bekämpfung des (Rechts-)Revisionismus Erkenntnisse für die bundesdeutsche Bekämpfung des Revisionismus im „Kampf gegen rechts“ durch den öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdienst gewinnen?

Bezüglich der kommunistischen Revisionismus-Bekämpfung ist als zentrale Funktion der Aspekt des Schutzes einer Herrschaftsideologie hervorgehoben worden. Trifft dies auch für die bundesdeutsche Revisionismus-Bekämpfung zu? Was wird denn geschützt, wenn dem „Revisionismus im weiteren Sinne“ etwa „Leugnung“ oder „Relativierung der deutschen Kriegsschuld“ als „verfassungsfeindlich“ im Sinne des geheimdienstlichen Verdachts-verdachts, also „eines Anzeichens eines Verdachts“ vorgeworfen wird? Um den Schutz einer Herrschaftsideologie kann es dabei nur dann gehen, wenn die politische Herrschaft auf einem bestimmten Geschichtsverständnis beruht. Dann bedeutet in der Tat Geschichtsrevisionismus die Delegitimierung eines etablierten Geschichtsverständnisses und stellt damit eine Bedrohung für die politische Macht dar, die sich auf ein entsprechendes Geschichtsverständnis abstützt. Beruht jedoch die vom Verfassungsschutz zu schützende Ordnung des Grundgesetzes oder der Verfassung des Freistaates Bayern auf einem bestimmten Geschichtsverständnis? Formalrechtlich ist diese Frage eindeutig zu verneinen: Die politische Herrschaft gründet nach der Verfassung auf der Volkssouveränität, also der freien Entscheidungsfindung des Volks. Nun hat sicherlich das Volk der Volkssouveränität auch eine historische Komponente, aber dass zum Wesen dieses Volks als verfassungsrechtlich verbindlich dessen Kriegsschuld zählt, deren Anerkennung dann Voraussetzung der Volkssouveränität darstellt, erscheint auf verfassungsrechtlicher Ebene doch etwas eigenartig.

Zutreffend ist allerdings, dass sich Volkssouveränität durch eine freie Demokratie wesentlich mittels Wahlvorgangs zum Ausdruck bringt, mit dem letztlich um die zeitlich befristete Hegemonie einer

politischen Richtung entschieden wird. Eine derartige politische Richtung hat im Allgemeinen auch ein bestimmtes Geschichtsverständnis, das dann in Parlamentsansprachen, bei Festveranstaltungen und Gedenktagen zelebrierend zum Ausdruck kommt. Wer da sprechen und dabei seine Ansichten amtlich zum Ausdruck bringen darf, ist dann schon eine Frage der politischen Macht, die sich mit derartigem Geschichtsverständnis wiederum legitimiert. Insofern geht es bei einer amtlichen Geschichtsdarstellung um politische Macht, und dementsprechend wird mit dem Vorwurf des Geschichtsrevisionismus im Interesse des Machterhalts schon so etwas wie eine ins Amtliche gehende Geschichtsorthodoxie verteidigt. So ist auch das Vorgehen gegen den Oppositionspolitiker Deckert wegen leugnenden Kopfnickens damit begründet worden, dass jede amtliche Gedenkansprache zu bestimmten historischen Vorgängen entwertet würde, hätte Deckert mit seinen Aussagen recht. Die Frage ist dann allerdings, ob mit der Entwertung derartiger amtlicher Gedenkveranstaltungen, sollte denn etwa Deckert tatsächlich Recht haben, was nun aber vorliegend nicht behauptet werden soll, damit auch die Verfassung entwertet wäre, so dass „Revisionismus“ zum Vorwurf der „Verfassungsfeindlichkeit“ berechtigen würde. Dies wäre nur dann im Ansatz berechtigt, wenn „Verfassung“ ein bestimmtes Geschichtsbild vorschreiben würde.

Eine derartige als „Verfassung“ angesehene Geschichtsorthodoxie bestimmt mittlerweile in der Tat maßgebend die deutsche Politik, angefangen vom Postulat, die Kriegsniederlage nur als „Befreiung“ verstehen zu dürfen – die massive Verkleinerung des Staatsgebietes, die größte Massenvertreibung der Geschichte mit Millionen deutschen Opfern sind da nur Kollateralschäden und stellen möglicherweise sogar Demokratisierungsmaßnahmen dar. Zum Gesamtkomplex gehört dabei die angebliche Abweichung der Deutschen vom Freiheitsverständnis des Westes, dessen Überlegenheit sich darin zeigt, dass ihn natürlich keine Kriegsschuld trifft, was unterstellt, dass etwa das Britische Weltreich nur aus reiner Friedfertigkeit durch Sanitäter begründet worden wäre. Wenn die sog. Kriegsschuld aus der gegenüber dem Westen demokratiegeschichtlich zurückgebliebenen Staatsordnung abgeleitet wird, dann müsste sich neben zahlreichen anderen Aspekten die Frage stellen, wie es dann um das autoritäre Russland und die totalitäre Sowjetunion als Verbündete dieses friedlichen Westens bestellt war.

Es kann hier nicht auf Einzelaspekte dieses zentralen Geschichtsbildes der bundesdeutschen politischen Klasse eingegangen werden,[19] sondern es soll nur auf den Aspekt hingewiesen werden, dass dieses Geschichtsbild, in dessen Zentrum „Auschwitz“ als - im Sinne dieses wohl fast als amtlich anzusprechenden Ideenkomplexes - Legitimationsgrund der BRD steht, bereits kriegsmotivierend gewirkt hat. Hingewiesen sei auf den nachträglich sogar als völkerrechtswidrig eingestuften sog. Balkankrieg: „Der Bundesaußenminister erklärt in einer Pressekonferenz: Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Sondern auch: Nie wieder Auschwitz. Mehrfach spricht er von der ´Milosevics SS´. Der Bundesverteidigungsminister sagt: ´Hier werden Selektionen vorgenommen, ich sage bewußt Selektionen´ - und jeder weiß, dass er die Selektionen von Auschwitz meint. Die Bundesregierung erklärt im Deutschen Bundestag, warum es sich ihrer Meinung nach bei dem Belgrader Regime um klassische Faschisten handelt. Die Hardthöhe spricht von Konzentrationslagern. Dieser Krieg wird in Deutschland, anders als in anderen Ländern, fast ausschließlich mit Auschwitz begründet. Und vielleicht stimmt es ja, und die deutschen Tornados im Himmel über Jugoslawien bombardieren in Wahrheit nicht die Serben, sondern die deutsche Wehrmacht von 1941“ - so die Bewertung in einer damals klugen Zeitung.[20] Eine denkbar andere Kriegspropaganda, die auf einem alternativen Geschichtsverständnis beruht, hätte etwa lauten können: „Ich habe gelernt: Nie wieder Massenvertreibung! Wir können nicht zulassen, dass dieser Balkan-Stalin mit seinen Partisanen und genozidalen GULag-Maßnahmen eine Politik der vollendeten Tatsachen der territorialen Frage herbeiführt!“ Eine derartige Propaganda, welche zudem im historischen Vergleich sicherlich passender gewesen wäre als die Phrasen nach der offiziellen Bewältigungsideologie, wenngleich sie ein straffrei mögliches Verharmlosen der nun wirklich genoziden Deutschenvertreibung dargestellt hätte, würde jedoch das erschüttern, was zum internationalen Wertesystem ausgerufen ist: Es wäre damit angedeutet, dass noch immer nicht die Koalition der westlichen Wer-

[19] S. dazu mehr bei Stefan Scheil, Revisionismus und Demokratie, Edition Antaios 2008, hierbei insbesondere S. 23 ff.

[20] Nämlich von Schirrmacher, Luftkrieg. Deutschlands Anteil am Krieg, in: FAZ vom 17. 04. 1999.

tegemeinschaft mit dem mörderischen Sowjetsystem bewältigt ist, und es wäre deutlich gemacht worden, dass vielleicht auch Deutsche den Schutz vor Massenvertreibung verdienen könnten.

Wie man sieht, hat also das offizielle Geschichtsbild, dessen Integrität gegenüber oppositionellen Geschichtsdarstellungen mit dem amtlichen Vorwurf des „Revisionismus“ als „verfassungsfeindlich“ verteidigt wird, eine erhebliche Bedeutung für die Herrschaftslegitimierung bis hinein zur Kriegspropaganda. Der amtliche Vorwurf des Revisionismus schützt also auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Herrschaftsideologie. Wie im Kommunismus wird dabei mit dem Revisionismus-Vorwurf auch in der Bundesrepublik Deutschland ein „Kampf gegen rechts“ geführt, während linker Geschichtsrevisionismus, den es durchaus gibt[21] und sich etwa in der Leugnung und dann Schönrednerei des großen Stalin hinsichtlich des Abschlusses des sog. Hitler-Stalin-Paktes, insbesondere des geheimen Zusatzdokuments hierzu zeigt, amtlich nicht interessiert. Dies sollte nicht verwundern, da aufgrund der Entstehungsgeschichte der BRD, die als Art Überverfassung / „ungeschriebener Teil des Grundgesetzes“ ideologie-politisch fortwirkt, eben ein „Kampf gegen rechts“ angesagt ist, während aufgrund der Kriegskoalition des liberalen Westens mit dem stalinistischen Totalitarismus, links mit großem Verständnis behandelt wird.

Dementsprechend ist schon eine ideologische Verwandtschaft des bundesdeutschen Kampfes gegen rechts mit dem Kampf der Volksdemokratie gegen Rechtsabweichler, rechte Elemente oder wie immer die giftigen Worte der Diktatur lauteten, festzustellen, was vermutlich auf den sozialdemokratischen Ausgangspunkt zurückzuführen ist. Es ist letztlich empörend, dass die Phrasen kommunistischer Regime in einer Demokratie eingesetzt werden. Dieser Aspekt gehört zum DDR-Potential der bundesdeutschen Verhältnisse, die in Richtung DDR-Verfassung von 1949 drängen, einer juristisch klugen linksex-

---

[21] S. als Beispiel: Kurt Gossweiler, Wider den Revisionismus. Aufsätze, Vorträge, Briefe aus sechs Jahrzehnten, München 1997, Stellungnahmen eines KPD- / SED- / PDS-Anhängers gegen alle möglichen Varianten des Revisionismus bis zu dem Gorbatschows; ein Kapitel ist auch gegen den Geschichtsrevisionismus gerichtet, bei dem vor allem die Unschuld Stalins hervorgehoben wird; dieser antirevisionistische Geschichtsrevisionismus scheint für die bundesdeutsche Verfassungsordnung wohl nicht gefährlich.

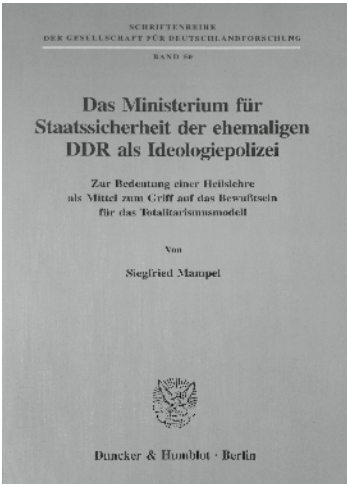
tremen Nachahmung des ein paar Monate vor Inkrafttreten erlassenen Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Schon jetzt prägt die Begrifflichkeit dieser DDR-Verfassung, die sich im Grundgesetz nicht findet, wie „Verfassungsfeind", der gegen „demokratische Politiker" „hetzt", indem er sich gegen Gleichheit wendet, das amtliche politische Vokabular der Bundesrepublik. Man braucht dann nur noch eine Antifa-Klausel einzuführen, wie dies von der politischen Linken in Landesverfassungen des Beitrittsgebietes schon vorbereitend eingeführt oder zumindest vorgeschlagen wird, um dieses DDR-Potential weiter zur Entfaltung zu bringen. Diese Klausel läuft darauf hinaus, die zentrale Festlegung von § 130 StGB in den Rang einer Verfassungsnorm zu erheben.[22] Politische Diskriminierung wird dann nicht mehr so sehr unter Berufung auf Gleichheit, sondern auf Menschenwürde begründet. Kern ist jedoch die Umwandlung zentraler Grundrechte, die den Bürger vor dem Staat schützen sollen, in Kompetenznormen des Staates zur Bürgerbeobachtung und politischen Diskriminierung. Der amtliche Kampf gegen den „Revisionismus" würde bei einer Antifa-Klausel im Grundgesetz dann noch erheblich gesteigert werden!

Zentraler Unterschied zwischen Volksdemokratie und freier Demokratie

Es stellt sich damit dringend die Frage, wie dieses DDR-Potential zurückgedrängt werden kann. Ausgangspunkt für die Antwort ist die Erkenntnis einer gemeinsamen Prämisse von bundesdeutscher VS-Demokratie und Volksdemokratie, nämlich, dass sich die politischen Strömungen aufteilen in Links-Mitte-Rechts. Dies macht die Bekämpfung des „Rechtsextremismus", aber formal auch des „Linksextremismus" durch das bundesdeutsche VS-Regime deutlich, was ja voraussetzt, dass es eine politische Linke und Rechte gibt und

[22] S. Drucksache 7/897 des Thüringer Landtags vom 5.06.2020: Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen; es soll dabei ein neuer Absatz 3 in den Artikel 1 eingeführt werden, der wie folgt lauten würde: „(3) Die Abwehr der Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, der Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und rassistischer, antisemitischer oder menschenfeindlicher Aktivitäten ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung aller."

Wer die innere Verwandtschaft des bundesdeutschen „Kampfes gegen rechts“ mit dem Kampf der Volksdemokratie gegen Rechtsabweichler vergleichen will, sollte sich mit der DDR-Staatssicherheit befassen. Empfehlenswert dazu: Das Grundlagenwerk von Siegfried Mampel über die Stasi als „Ideologiepolizei“.



dabei eine politische Mitte als Gegenbegriff zum bekämpften „Extremismus“, was dann in einer Weise begrifflich angelegt ist, dass die „Mitte“ definitionsgemäß nicht verfassungsfeindlich sein kann, da sie ja sonst „extremistisch“ wäre, was aber begrifflich nicht möglich ist. Die „Mitte“ ist dann trotz gerichtlicher Erkenntnisse, dass unter ihrer Verantwortung verfassungswidriges Handeln und keine bloße verfassungsfeindliche Ansicht vorliegt, nämlich eine rechtswidrige staatliche Eingriffsberichterstattung mit staatlicher Diskriminierungswirkung, nicht „verfassungsfeindlich“. In der Tat ist kaum zu erwarten, dass in Verfassungsschutzberichten etwa die Kategorie des christlich-sozialen „Verfassungsschutz-Extremismus“ aufgeführt wird, welcher Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit und Vereinigungsfreiheit amtlich bekämpft.

Der große Mao Zedong (1893-1976) hat die Erkenntnis über das Vorliegen unterschiedlicher politischer Strömungen wie folgt zum Ausdruck gebracht: „Überall, wo Menschen leben - das heißt an jedem Ort außer der Wüste - teilen sie sich in Linke, in der Mitte Stehende und Rechte. Das wird in zehntausend Jahren noch so sein.“[23] Diese

[23] Zitiert bei Peter Kuntze, Chinas Konservative Revolution oder die Neuordnung der Welt, Verlag Antaios, 2014, S. 53.

zutreffende Erkenntnis, die auch durch die Analyse der chinesischen Geistestradition[24] bestätigt wird, wird allerdings bei Mao allein zur Identifizierung des zum Zwecke der Sozialismusverwirklichung auszuschaltenden und erforderlichen Falles zu vernichtenden Feindes benötigt, der bekanntlich rechts steht.

Dagegen beschreibt diese Aufteilung nach dem Schema Links-Mitte-Rechts in einer freien Demokratie die legitimen politisch-weltanschaulichen Positionen von parteipolitischen Richtungen, die bei den mit freiem und gleichem Wahlrecht ausgestatteten Wählern um die zeitlich befristete hegemoniale Stellung von Regierung und Opposition ringen. Bei diesem politischen Ringen können auch unterschiedliche Geschichtsauffassungen eine zentrale Rolle spielen, wobei sich die Parteien auch Geschichtsrevisionismus um die Ohren hauen können, wenn es etwa darum geht, außenpolitische Positionen zu definieren. Eine derartige Position mit einer entsprechenden geschichtlichen Begründung kann dann aufgrund des Wahlsieges die amtliche Politik bestimmen und zum Ausdruck bringen. Was aber in einer Demokratie, will sie keine sogenannte „Volksdemokratie" sein, nicht geht, ist die Umwandlung einer derartigen, dann amtlichen Position, in eine staatliche Verfolgungskategorie. Vielmehr kann in einer freien Demokratie eine derartige amtliche Position, die sich durch eine bestimmte Geschichtsauffassung legitimiert und dies auch tun darf, rechtmäßig durch oppositionelle Auffassungen herausgefordert werden. Damit ist die Bekämpfung eines historischen „Revisionismus" durch Inlandsgeheimdienste mit dem Ziel, Anhänger einer anderen historischen Sichtweise als „Verfassungsfeinde" auszumachen, schlicht und ergreifend demokratiewidrig. Und zwar unabhängig davon, ob diese revisionistischen Auffassungen zutreffend, vertretbar oder auch abwegig sind und dann die gewissermaßen offizielle Position sogar die zutreffende sein sollte.

Die Verfassung einer freien Demokratie stellt kein umfassendes Moralsystem dar, das auf alle möglichen Fragen zwingende Antworten vorgibt, sondern ist aus dieser Perspektive notwendigerweise lückenhaft, weil diese Lücken die Freiheit des politischen Prozesses

[24] S. vor allem Wolfgang Bauer, China und die Hoffnung auf Glück. Paradiese, Utopien, Idealvorstellungen in der Geistesgeschichte Chinas, 1974.

gewährleisten. In Übereinstimmung damit kann eine derartige Verfassung kein Geschichtsbild vorschreiben, sondern sie gewährleistet Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit, die keinen Sinn und Anwendungsbereich mehr hätten, würde eine Verfassung alle Fragen beantworten. Deshalb gibt es keine verfassungsrechtliche Festlegung etwa hinsichtlich der sog. Kriegsschuld. Das entsprechende Credo ist 1960 vom Politologen Eschenburg postuliert worden, wonach die „Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers … eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik“[25] sei. Gegenüber dem „Verfassungsschutz“ ist dabei darauf hinzuweisen: „Grundlage der Politik“ mag sein, was aber noch nicht zwingend „Verfassung“ darstellt, die je nach Wählervotum auch eine andere Politik aufgrund möglicherweise sogar gleicher, aber auch unterschiedlicher geschichtlicher Annahmen erlaubt. Und bei „Schuld Hitlers“ stellt sich die Frage, ob dies dann „deutsche Schuld“ darstellt - was ja eine Gleichsetzung von Hitler mit Deutschland bedeutet. Dies hat sicherlich der NS-Ideologie entsprochen. Aber ist diese Gleichsetzung dann auch bundesdeutsche „Verfassung“? Wird nicht dadurch eine NS-Ideologie als „Verfassung“ gerade durch den „Verfassungsschutz“ fortgeschrieben? Wie immer man dies beantworten mag, die „Anerkennung einer deutschen Kriegsschuld“ mag zwar in so etwas wie eine „Überverfassung“ eingegangen sein, aber formal-rechtlich gibt es eine solche „Überverfassung“ nicht, und ein Verfassungsschutz hat keinen als rechtmäßig anzuerkennenden Auftrag, eine derartige Überverfassung, also den berühmten „ungeschriebenen Teil des Grundgesetzes“, den es formalrechtlich nicht gibt, als „Verfassung“ zu „schützen“. Man muss allerdings hinzufügen, dass dieser Gedanke auch dem Bundesverfassungsgericht nicht ganz fremd ist und von diesem auf den Begriff „Gegenentwurf“ gebracht worden ist. In der sog. Wunsiedel-Entscheidung[26] war dies der Kunstgriff, eine eigentlich als verfassungswidrig erkannte, da unter Missachtung der weltanschaulichen Neutralität gegen die Meinungsfreiheit gerichtete Norm, nämlich das strafrechtliche Billigungs- und Rechtfertigungsver-

---

[25] S. Theodor Eschenburg, Institutionelle Sorgen in der Bundesrepublik. Politische Aufsätze 1957-61, S. 164.

[26] S. BVerfGE 124, 300; s. dazu die Presseerklärung des Verfassungsgerichts: https://bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-129.html

bot eines einer bestimmten ideologischen Richtung zugeschriebenen Verbrechens doch als verfassungskonform zu erkennen.[27]

BRD – eine freie Demokratie?

Da den dargestellten Prämissen einer freien Demokratie zuwider in der BRD doch ein sog. Geschichtsrevisionismus amtlich als „verfassungsfeindlich" bekämpft wird und gar ein entsprechender Straftatbestand als verfassungskonform gebilligt wird, stellt sich die Frage, ob dann die Bundesrepublik Deutschland wirklich eine freie Demokratie darstellt. Sie stellt zumindest keine „liberale Demokratie des Westens" dar, wie auch aus der Stellungnahme eines SPD-Politikers[28] hervorgeht:

„Das Grundgesetz der (sic! Anm.) Bundesrepublik Deutschland ist keine liberale, also wertneutrale Verfassung im amerikanischen Sinne, sondern eine ´wertgebundene Ordnung` (BVerfG 2, 12). Im internationalen Vergleich ist dies `Novum` und `Unikum` zugleich (zutreffender Hinweis auf Streinz in einem GG-Kommentar, Anm.) Auch das Bundesverfassungsgericht betont in seiner Verbotsentscheidung gegen die KPD daher, dass die deutsche Verfassung sich in diesem Punkt von klassisch liberalen Verfassungen fundamental unterscheidet und begründet diesen Unterschied mit der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus (BVerfG 5, 137ff)."

Daraus folgt nach Ansicht dieses SPD-Politikers, dass „die politisch wünschenswerte Meinungsfreiheit auf Ideensysteme" eingeschränkt wäre, „die auf den Menschenrechten aufruhen." Danach - so kann man diesen Ansatz exemplifizieren - würde etwa die sog. „Relativierung des Holocaust" nicht auf „Menschenrechten aufruhen", dagegen etwa die Relativierung der antideutschen Vertreibungsverbrechen wohl schon. Womit auch abgeleitet werden kann, welcher „Geschichtsrevisionismus" mit politischer Verfolgungswirkung erlaubt

---

[27] S. zu diesem Komplex: Mike Ulbricht, Volksverhetzung und das Prinzip der Meinungsfreiheit. Strafrechtliche und verfassungsrechtliche Untersuchung des § 130 Abs. 4 StGB, 2016, was eine gesetzgeberische Korrektur zur Wahrung der Verfassungsordnung als notwendig erachtet, weil dabei das Verfassungsgericht versagt hat.

[28] So Mathias Brodkorb, Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, 2003, S. 113.

ist und welcher nicht bzw., was sich dann überhaupt als staatlich zu bekämpfender „Revisionismus“ qualifiziert. „Menschenrechte“ werden dabei in einer abstrahierten Weise dazu benutzt, Bestandteile einer Überverfassung wie etwa die Kriegsschuldthese zur „Verfassung“ zu machen, um auf diese Weise politische Opposition diskriminierend als „verfassungsfeindlich“ ausschalten zu können.

Gerade der strafrechtlich verbotene „Revisionismus“ hat dabei zu einer zunehmenden Beseitigung des Schuldstrafrechts beigetragen, „seit das Leugnen oder Verharmlosen bestimmter historischer Tatsachen, also etwa die Korrektur von Opferzahlen, ein Fall für den Staatsanwalt“ sein kann.“[29] Man kann insoweit nur von einem „Feindstrafrecht“[30] sprechen, das als bloßes Instrument zur Bekämpfung von Feinden auch um den Preis der Rechtlichkeit mittlerweile als Fremdkörper im bundesdeutschen Recht verankert worden ist. Diesem rechtsstaatswidrigen Rechtsdenken ist durch die dringend zu überwindende Verfassungsschutzkonzeption[31] vorgearbeitet worden, die sich gegen den „Verfassungsfeind“ richtet und diesem - zumindest im Falle von rechts - primär „falsches“ Denken vorwirft, während für den Rechtsstaat nur verfassungswidriges, d.h. gesetzwidriges Handeln maßgebend sein darf. Dabei ist allerdings noch zu fordern, dass die Rechtssetzung der vom Rechtsstaat gebotenen weltanschaulichen Neutralität des Staates entspricht, wovon hinsichtlich des politischen Strafrechts der Bundesrepublik nicht mehr ohne Weiteres gesprochen werden kann.

Als Vorwurf an die bundesdeutsche Situation ist dabei noch zu formulieren, dass die Revisionismusbekämpfung zumindest staatsargumentativ ähnliche Absurditäten hervorbringt, wie am Beispiel der Bekämpfung der sog. Viererbande in der Volksrepublik China aufgezeigt werden kann, wo erkennbare Linksextremisten als „Ultra-Rechte“ und Vertreter einer längst abgeschafften Großgrundbesitzerklasse bekämpft wurden, weil dies die Staatsideologie so gebietet. In vergleichbarer Weise braucht die bundesdeutsche Ideologiestaatlichkeit

---

[29] So die FAZ vom 12.03.2005, S. 12.

[30] S. dazu den grundlegenden Beitrag von Günther Jakobs: https://www.hrr-strafrecht.de/hrr/archiv/04-03/index.php3?seite=6

[31] S. dazu: Josef Schüßlburner, „Verfassungsschutz“: der Extremismus der politischen Mitte, Institut für Staatspolitik, 2016.

immerwährend „Nazis“, was bereits zu einer Art von metaphysischem Nazi geführt hat, nämlich einer, der bestreitet, ein Nazi zu sein, obwohl er sich aufgrund des Geschichtsrevisionismus nach den Analysen des auf Gedankenlesen spezialisierten Inlandsgeheimdienstes als solcher geoutet hat. Um einen Krieg führen zu können, musste der Post-Kommunist Milosevic zum „Hitler“ stilisiert werden und die Anhänger seiner post-kommunistischen Sozialistischen Partei zu „Faschisten“!

Im Rechtsstreit der ZFI gegen den bayerischen „Verfassungsschutz“ hat das Verwaltungsgericht München immerhin erkannt, dass aus einer sog. revisionistischen Geschichtsauffassung nicht notwendigerweise eine verfassungsfeindliche Handlung abzuleiten ist. Das im Ergebnis sicherlich erfreuliche Urteil ist dabei noch um einiges von einer gebotenen Erkenntnis entfernt, die in einer österreichischen Zeitschrift wie folgt ausgedrückt worden[32] ist:

„Ist jeder NS-Verharmloser zwangsläufig ein „Freiheitsfeind“? Nein. Arbeitet jeder NS-Verharmloser darauf hin, ein faschistisches Regime zu installieren? Nochmals nein. Ruft jeder NS-Verharmloser zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung auf? Abermals nein. Der Konnex zwischen historischem Revisionismus, auch wenn er sich in noch so empörender Form äußert, und Rechtsstaats- und Demokratiefeindlichkeit ist bei weitem nicht so eng, wie manche Kommentatoren Glauben machen wollen.“

Es mag ja sein, dass sog. Neo-Nazis, die tatsächlich ein NS-Regime wieder begründen wollen, generell die sog. „deutsche Kriegsschuld“ bestreiten. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, dass dann jeder „Relativierer“ ein NS-Regime wiedererrichten wolle und etwa gegen die Meinungsfreiheit, gewissermaßen Grundlage der Freiheit als solcher, eingestellt wäre, während der Kriegsschuldgläubige diese Meinungsfreiheit befürworten würde. Real kann eher das Gegenteil vermutet werden: Die gegen oppositionelle Richtungen staatlich durchgesetzte Orthodoxie ist gegen die Meinungsfreiheit gerichtet! Gerade „Verfassungsschutz“ bedroht Meinungsfreiheit! Und damit die Verfassung!

---

[32] So die Zeitschrift Der Standard vom 4.3.2006; hier zitiert bei: Andreas Thierry, Politische Verfolgung in Österreich, 2010, S. 162.

Im Fall der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt hätte demnach die Rechtsstaatskonzeption folgende Urteilsbegründung erfordert: „Es liegt bei dem klagenden Verein keine Aktivität gegen die Verfassungsordnung vor, weil bloße Vorträge lediglich die Ausübung der Meinungsfreiheit darstellen. Was in diesen Vorträgen gesagt worden ist, interessiert daher rechtlich nicht und es kann dahingestellt bleiben und muss es aufgrund der Garantie der Meinungsfreiheit, ob in den Vorträgen problematische Aussagen etwa zur Entstehungsgeschichte des 2. Weltkriegs zu finden sind. Letztlich ist Meinungsfreiheit nur gewahrt, wenn üblicherweise die Inhalte einer Meinung nicht Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens sind!“ Dieser Unterschied zwischen einer gebotenen Urteilsbegründung, die den Tatbestand eines Geschichtsrevisionismus nicht kennt und der tatsächlichen Urteilsbegründung beschreibt den Unterschied zwischen einer liberalen Demokratie des Westens und der noch nicht ganz so liberalen BRD-Demokratie!

Regierungsdirektor a.D. Josef Schüßlburner: Von 1985 bis 2018 imBundesdienst, Verkehrsverwaltung, tätig - unterbrochen durch Tätigkeit beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen in New York, Referat Völkerrechtskodifikation (1987 bis 1989) und als nationaler Experte für Rechtsfragen des Luftverkehrs bei der Europäischen Kommission in Brüssel (1997 bis 1999); einschlägige Veröffentlichung zuletzt beim Institut für Staatspolitik: „Scheitert die AfD? Die Illusion der Freiheitlichkeit und die politische Alternative, Oktober 2020; betreibt Website: www.links-enttarnt.de mit Themenschwerpunkten Parteiverbot, Verbotsersatzsystem und Sozialismusbewältigung.

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt

Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

ABENDLAND

www.abendland.at

Jetzt kostenlos Probeheft anfordern!

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Bernd Kallina

„Wie ist es eigentlich gewesen?“

Interview mit dem ZFI-Vorsitzenden Dr. Stefan Scheil

Im Herbst 2021 wurde er zum Nachfolger von Gernot Facius, der von 1996 – 2000 stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung DIE WELT war, in der Funktion des Vorsitzenden der renommierten „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) gewählt. Er setzt damit die Aufbauarbeit der ZFI-Gründungsväter Dr. Alfred Schickel und Professor Dr. Helmut Diwald fort, die Anfang der 1980er Jahre die unabhängige Institution ins Leben riefen. Die Rede ist von Dr. Stefan Scheil, Jahrgang 1963, der als freiberuflicher Historiker sich in den letzten Jahren mit einer Fülle von zeitgeschichtlichen Publikationen über die wahren Ursachen und Verläufe der Weltkriege des 20. Jahrhunderts einen Namen machte. Dabei zeichnet ihn besonders aus, dass er den Fokus auf Fragen und Antworten legt, die von der offiziellen Geschichtsforschung vernachlässigt, verfälscht oder gar nicht behandelt wurden.

So urteilte z.B. Professor Erich Dauenhauer zur Scheil-Publikation „Fünf plus Zwei: Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des 2. Weltkrieges“ (Duncker&Humblot-Verlag, 4. Aufl. 2009) anerkennend: „Scheil lässt sich von den Fakten nicht abbringen, die belegen, dass der Krieg nur im Rahmen der langfristigen Hegemonialstrategie der beiden Weltmächte USA und UdSSR angemessen zu interpretieren ist.“ Bernd Kallina hat mit Dr. Stefan Scheil über die Problematik wahrheitsorientierter Geschichtsschreibung gesprochen:

Herr Dr. Scheil, kann es wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung überhaupt geben? Etwa im Sinne der viel zitierten Äußerung des großen deutschen Historikers Leopold von Ranke, dass die Funktion des Historikers darin bestehe, herauszufinden, „wie es eigentlich gewesen ist.“

Selbstverständlich sollte Geschichtsschreibung „wahrheitsgetreu“ sein, und sie kann es auch sein. Sie muss sich aber klar darüber werden, dass wir von der Vergangenheit immer nur kleine Ausschnitte kennen. Für vieles gibt es keine Quellen, für Anderes widersprüchliche Angaben, für manches auch zu viele, um sie vollständig auswerten zu können. Zu zeigen, wie es „eigentlich gewesen ist“, also eine Totalgeschichtsschreibung über ganze Zeitabschnitte der Vergangenheit zu formulieren, das wird nicht gehen. Der Historiker kann also nur prüfen, was ihm an Informationen vorliegt und dann mit aller Vorsicht und im Dialog mit anderen Forschern feststellen, „was geschehen sei“ (Goethe). Das ist dann historische Wahrheit, die aber stets zu prüfen und immer wieder zu korrigieren ist.

Sie sagen also, dass eine von allen Seiten akzeptierte „objektive Geschichtsschreibung“ nicht möglich ist. Aber sollte nicht zumindest eine so genannte „Annäherung an die Wahrheit“ gelingen?
Ja, aber eine von allen Seiten akzeptierte Geschichtsschreibung wird es nicht geben. Selbst wenn jeder der beteiligten Historiker guten Willens wäre, wird er immer bestimmte Aspekte stärker gewichten als andere das tun, auch wird er andere Fragestellungen für wichtig halten. Das gehört aber alles sozusagen zum Geschäft akademischer Geschichtsschreibung unvermeidlich dazu. Nur ist das mit dem ‚guten Willen‘ eben so eine Sache. Leider ist Geschichtsschreibung oft direkt mit politischen Absichten durchsetzt, was dann zu noch ganz anderen Konflikten führt.

Die beiden Weltkriegsausbrüche 1914 und 1939: Von deutscher Alleinschuld kann keine Rede sein

Sie befassen sich seit Jahrzehnten mit noch unerschlossenen Kapiteln der deutschen Zeitgeschichtsforschung, vor allem die Zeitstrecke der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts betreffend, und kommen dabei zu so bezeichneten „revisionistischen“ Ergebnissen. Was bedeutet in diesem Zusammenhang eigentlich „revisionistisch“? Was treibt Sie an und wie gehen Sie in Ihren Arbeiten mit dem negativ aufgeladenen „Revisionismus-Begriff“ um?

Im Prinzip sind wir da gleich beim eben zitierten Spannungsfeld von ‚gutem Willen' und ‚politischen Absichten'. Vor etwa 25 Jahren, zu Beginn meiner intensiven Beschäftigung mit der Weltkriegsära, konnte und wollte ich zeigen, dass es erst einmal gar nicht um unerschlossene Kapitel geht. Tatsächlich erzwingen die bekannten und allgemein anerkannten Quellen über die Vorgeschichte beider Weltkriege eigentlich eine andere Beurteilung der Jahre 1914 und 1939, als sie heute üblich ist. Dazu muss man gar nicht in Geheimarchive steigen, das liegt offen auf dem Tisch, mehr oder weniger deutlich auch in vielen Forschungsarbeiten formuliert. In beiden Fällen kann zum Beispiel von einer deutschen Alleinverantwortung bei den Kriegsausbrüchen keine Rede sein. Es hat sich dann aber offenbar immer wieder die simple Behauptung des Gegenteils durchgesetzt, natürlich jeweils auch mit kräftiger Unterstützung der Siegerstaaten. Nach 1945 konnte das umso leichter geschehen, als von deutscher staatlicher Seite gegen dieses Geschichtsbild ganz bewusst kein Einspruch mehr erhoben wurde.

Mit welchen Folgen?
Zum Beispiel mit Folgen in der akademischen Sphäre: Als der in Großbritannien lehrende Professor Christopher Clark begann, an seinem bekannten Buch über die „Schlafwandler" zu schreiben, die Europa 1914 bei verteilter Verantwortung in den Krieg geführt hätten, da gab es im Kollegenkreis irritierte Nachfragen. Warum er das mache? Zwar habe er sachlich zweifelsfrei Recht, aber es könnten doch alle gut damit leben, wenn die Deutschen amtlich alleinschuldig seien, gerade die vom offiziellen politisch-medialen Komplex geprägten Deutschen von heute. Solche Geschichtsschreibung nach politischer Kassenlage gilt leider oft als Standard.

Zu Ihrer wissenschaftlichen Arbeitsmethodik betonen Sie, dass Sie dem streng empirischen Ansatz folgen. Was heißt das genau?
Wissenschaftliche Geschichtsschreibung zu leisten heißt immer, auf Spekulationen zu verzichten und die vorhandenen Quellen möglichst vorurteilsfrei und vollständig heranzuziehen. Ja, meine Forschungsarbeiten folgen dem streng empirischen Ansatz, der sich daraus ergibt. Um ihn erfüllen zu können, habe ich für meine Publikationen zum Ausbruch und zur Eskalation des Zweiten Weltkriegs sowohl die Standardquellen herangezogen, die regelmäßig als Nachweis deutsch-

nationalsozialistischer Alleinverantwortung präsentiert werden (z.B. das „Hossbach-Protokoll“ und die „Denkschrift zum Vierjahresplan“) als auch sehr viele weitere. Ich berücksichtige insbesondere alle sogenannten Schlüsseldokumente aus dem Nürnberger Prozess. Wenn Ihnen irgendeiner meiner zahlreichen – insbesondere der politisierten – Kritiker etwas anderes weismachen will, wissen Sie bereits, woher der Wind weht.

Nochmals zum Revisionismus-Begriff: Warum sind geschichtswissenschaftliche Ergebnisse immer nur „vorläufig“ und insofern der „Revisionismus-Vorwurf“ aus intellektuell-redlicher Sicht eigentlich „abwegig“?

Wie bereits gesagt, kann es aus ganz grundsätzlichen Ursachen zu keinem Zeitpunkt einen vollständigen Überblick über die Vergangenheit geben. Insofern ist stete Revision des Erkenntnisstands absolut geboten. Was dabei entstehen kann und einen wesentlichen Inhalt meines Gesamtwerks darstellt, ist in der Summe dann ein „realistischer“ Blick auf die Entstehungsgeschichte insbesondere des Zweiten Weltkriegs. Dieser Realismus wurde von Kritikern gelegentlich als „Revisionismus“ im Sinn einer Billigung einzelner Entscheidungen besonders der nationalsozialistischen Kriegspartei interpretiert, was natürlich nicht zutrifft. Er liefert jedoch ein komplexes Bild, an dem sich die „schrecklichen Vereinfacher“ mit geschichtspolitischer Zielsetzung (und zu denen gehören auch beachtliche Teile deutscher Zeitgeschichtsforschung) naturgemäß stören. Diese Komplexität ist notwendig,

Herr Dr. Scheil, könnten Sie einmal an einem besonders aufschlussreichen historischen Beispiel darstellen, inwieweit sich Ihr geschichtswissenschaftlicher Ansatz im Gegensatz zur Arbeitweise von sog. „Mainstream-Historikern“ in Deutschland unterscheidet?

Das „Hoßbach“-Protokoll: Inhalt wird entweder unrichtig wiedergegeben – oder glatt verfälscht

Zu den besonders aufschlussreichen Beispielen gehört etwa der Umgang mit der sogenannten „Hoßbach-Niederschrift“ vom November 1937. Der Mainstream will in der dort aufgezeichneten Ansprache des deutschen Reichskanzlers die Blaupause für einen anvisierten Krieg

Die beiden Begründer der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI): Prof. Dr. Hellmut Diwald und Dr. Alfred Schickel bei einer ZFI-Tagung in den 1980er Jahren in Ingolstadt.
Bild: Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingoldstadt (ZFI)

zur Eroberung von „Lebensraum im Osten" sehen, also in Polen oder gar Russland. Tatsächlich steht dort aber nichts davon, sondern sogar das Gegenteil. Der am 5. November 1937 anvisierte deutsche Lebensraum soll für „1 bis 3 Generationen" in den Grenzen von 1937 plus Österreich und Böhmen-Mähren liegen. Von Russland wird kein Wort gesagt, von Polen nur, dass man vorsichtig sein muss, weil Polen jede deutsche Schwäche für einen Angriff nutzen wird.
Darauf kann seit dem Nürnberger Prozess jeder als gedruckte Quelle zurückgreifen. Das geschieht aber einfach nicht. Es wird deshalb entweder der Inhalt unrichtig wiedergegeben oder glatt verfälscht. Bekanntes Beispiel für Letzteres war Winston Churchill, der in seiner Weltkriegsgeschichte behauptet hat, in der Hoßbach-Niederschrift sei von der Eroberung Polens und Russlands und dem Mord an dutzenden Millionen dort lebender Menschen gesprochen worden. Eine glatte Totalfälschung, für die es übrigens den Literaturnobelpreis gab. Zu der

es andererseits aus der deutschen akademischen Wissenschaft meines Wissens aber keine einzige kritische Äußerung gegeben hat. Ein gutes Beispiel dafür, dass die historische Wahrheit sozusagen auf der Straße liegt, sie aber oft kaum jemand wirklich aufheben will.

Themenwechsel: Sie wurden im letzten Jahr zum Nachfolger von Gernot Facius als neuer Vorsitzender der zu Beginn der 1980er Jahre gegründeten „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) gewählt. Was hat Sie dazu bewogen?

Seit 40 Jahren ist die ZFI eine vorbildliche Institution, die in den Auseinandersetzungen um die deutsche und europäische Zeitgeschichte eine hörbare Stimme hat. Wie bereits festgestellt, hat diese Auseinandersetzung eine solche unabhängige und realistische Stimme auch bitter nötig. Schon deshalb habe ich gerne das Amt des Vorsitzenden übernommen, um die Arbeit der ZFI weiterzuführen und sie als „Marke" weiter bekannt zu machen.

Mit welchen Akzenten wollen sie die von den beiden Historikern, Dr. Alfred Schickel und Professor Helmut Diwald, ins Leben gerufene ZFI weiterentwickeln? Bleibt es z.B. bei den traditionellen Frühjahrs- und Herbsttagungen? Werden Sie auch über ihren Internetauftritt (zfi-ingolstadt.de) neue Forschungsergebnisse veröffentlichen?

Die ZFI wird sich auch für neue Themen öffnen: z.B. für Fragen der Umweltschutzbewegung

Es bleibt bei den Tagungen, die baldmöglichst wieder aufgenommen werden sollen. Eine erste ist für Ende Mai dieses Jahres geplant. Sie wird sich mit der Zeitgeschichte der Umweltschutzbewegung beschäftigen, auch unter einem allgemeinen Blickwinkel, welche politischen Interessen hinter dem damals neuen Sujet Umweltschutz der 1970er Jahre gestanden haben. Daran können Sie sehen, dass die Weltkriegsära zwar ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der ZFI bleiben wird, wir uns aber auch für neue Themen öffnen wollen, die zeitlich weniger lange zurückliegen.

Neben den Tagungen werden Kommunikationsmittel wie das Internet oder die Sozialen Medien künftig in der Arbeit der ZFI eine größere Rolle spielen. Das Interesse vor allem jüngerer Leute an historischen

Fragen ist groß, das Angebot – vor allem das seriöse – ist dagegen ausbaufähig. Da kann die ZFI einen Beitrag leisten.

Nun geriet die ZFI bereits zweimal ins Visier so genannter Verfassungsschützer. 1997 wurden entsprechende Extremismus-Vorwürfe gegen die ZFI-Historiker Dr. Alfred Schickel (CSU-Mitglied und Träger des Bundesverdienstkreuzes) und Dr. Joachim Hoffmann (Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg) erhoben. Ähnlich dann 2019, wobei die ZFI eine juristische Auseinandersetzung 2020 vor dem Verwaltungsgericht in München gewann. Entsprechende Rechtsextremismus-Anschuldigungen mussten zurückgezogen werden. Wie sehen Sie generell diese Problematik? Warum mischt sich ein demokratischer Inlandsgeheimdienst überhaupt in wissenschaftlich begründete Stellungnahmen und geschichtspolitische Meinungen ein?

Die Bundesrepublik ist nun mal ein Staat, der sehr stark auf einem bestimmten Geschichtsbild beruht. Den für dieses Bild zentralen Behauptungen einer deutschen Alleinverantwortung für die Weltkriegsära widerspricht die offizielle Bundesrepublik ganz bewusst nicht. Sie macht sie sich stattdessen zueigen und hat sie zu einer Art Staatsräson erhoben. (Bitte prüfen, ob das so gemeint war! Ja, war es) Das sind allerdings Zielsetzungen, die eigentlich jenseits des vom Grundgesetz gezogenen Rahmens liegen und faktisch auf ideologische Vorgaben hinauslaufen, also die Wissenschaftsfreiheit nicht nur bedrohen, sondern auch angreifen. Von dieser Entwicklung werden – leider - inzwischen immer mehr Bereiche erfasst.

Eigentlich müsste doch eine Institution, die sich hochtrabend „Verfassungsschutz“ nennt, zum Schutz der Verfassung die grundgesetzlich garantierte Wissenschafts- und Meinungsfreiheit verteidigen – oder?

Im Prinzip schon, wobei man nicht ganz vergessen sollte: Im bundesdeutschen Grundgesetz wird die Freiheit der Forschung garantiert. Die Freiheit der Lehre ist darin dagegen ausdrücklich auf die Treue zum Grundgesetz beschränkt. Und wenn dann die Verbreitung von objektiv zutreffenden Forschungsergebnissen nach Ansicht der herrschenden politischen Meinung die historischen Grundlagen des bundesrepublikanischen Schuldkults beeinflusst, wird es eben eng.

Bleiben wir bei diesem freiheitsfeindlichen Thema: Wenn Sie sich einmal in die Wahrnehmung der geschichtspolitischen Akteure der Regierungsparteien und ihrer Inlandsgeheimdienste versetzen. Was sind denn deren Befürchtungen, vor was haben sie Angst?
Es geht um das staatstragende Bild schuldbeladener Dauer-Reue mit Blick auf die deutsche Vergangenheit. Wobei dies auch eine starke innenpolitische Komponente hat. Das linksorientierte heutige Deutschland lebt politisch davon, sich von vergangenen Traditionen zu distanzieren, nicht nur von nationalsozialistischen, sondern auch von konservativ-bürgerlichen. Den Letztgenannten schreibt man zu innenpolitischen Zwecken die Verantwortung für die früheren außenpolitischen Fehlentwicklungen zu. Das wird alles als „Kampf gegen Rechts" unter Generalverdacht gestellt und folgerichtig jede Richtigstellung als bedrohlich empfunden.

Und dieser Generalverdacht im „Kampf gegen Rechts" führt dann immer wieder zu Ausgrenzungen, auch in Ihrem Fall. So sind Sie zwar u.a. Preisträger der „Erich und Erna Kronauer-Stiftung" und publizierten z.B. in der renommierten FAZ. Doch Anfang 2020 wurden Sie aus dem Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung von Rheinland-Pfalz abberufen. Warum eigentlich, was wirft man Ihnen vor?
Nichts! Man hat mir buchstäblich nichts vorgeworfen, als das ich meine Arbeit als Historiker machte. Nämlich als Mitglied des Kuratoriums eine gewisse Kontrollfunktion über die Gestaltung der politischen Bildung in Rheinland-Pfalz auszuüben. Dazu gehörte es, die unkritischen Feiern zu „100 Jahren Oktoberrevolution" infrage zu stellen, die von der Landeszentrale im Jahr 2017 verbreitet wurden. Oder auf den abstrusen Plan der Landeszentrale hinzuweisen, neue KZ-Standorte nachzubauen, damit jeder Schüler in seiner Schullaufbahn mal einen gesehen hat. Aber gibt es nicht reale KZ-Standorte schon genug?

Und das genügte schon, um Sie abzuberufen?
Es lief etwas anders: Die Initiative zu diesem Schritt gegen mich ging vom Generalkonsul der Republik Polen in Westdeutschland aus. Polen gehört ja zu den Profiteuren des bundesrepublikanischen Geschichtsbildes, das es ihm erlaubt, jede historische Verantwortung für die Vertreibung von Millionen Deutschen und die Aneignung von

deren Besitz und Länder abzulehnen. Das soll aus Warschauer Sicht natürlich so bleiben, und auch hier sind Hinweise auf den realen Ablauf der polnisch-deutschen Beziehungen zum Kriegsausbruch 1939 unerwünscht. Dem polnischen Anliegen haben die in der Sache weitgehend ahnungslosen Politvertreter im Mainzer Landtag dann nachgegeben.

Zurück zur Vorgeschichte und den Hintergründen bei der Entstehung und dem Verlauf des 2. Weltkrieges: Das sind ja Ihre zentralen Fragestellungen. Das offiziöse und etwas platte Narrativ lautet unisono, dass er nur von Deutschland in einer friedliebenden Umwelt ausgelöst wurde. Gibt es darüber hinaus auch andere Sichtweisen?
Es hat immer Historiker gegeben, die andere Auffassungen vertreten haben, teilweise sogar sehr pointiert. Professor Immanuel Geiss zum Beispiel vertrat in den 1960ern die Ansicht, der Nationalsozialismus habe zwar 1939 den Krieg verursacht, ihn aber offensichtlich nicht gewollt. Das sei die Schwachstelle jeder Anti-NS-Geschichtsschreibung, schrieb er wörtlich. Er besaß übrigens ein SPD-Parteibuch. Er und andere Historiker wie Professor Ludwig Dehio, der nach 1945 Vorsitzender des Historikerverbandes war, sprechen ebenfalls die großen Linien der europäischen Politik an. Kollege Professor Brendan Simms hat jüngst eine Geschichte Europas der Neuzeit vorgelegt, die sich um den „Kampf um die Vorherrschaft“ in Mitteleuropa, sprich Deutschland, dreht.

Deutschland geriet immer wieder ins Visier der Mächte von Ost und West

Nur traute Simms sich nicht, diesen Ansatz auch auf die Jahre 1914 -1945 anzuwenden. Er trifft aber auch dort zu, eigentlich sogar ganz besonders. Das zentral gelegene Deutschland geriet ganz automatisch immer wieder ins Visier der von Ost und West in diese Mitte drängenden Mächte. Als Deutschland aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen seit Ende des 19. Jahrhunderts selbst zu einem Machtzentrum zu werden drohte, potenzierten sich diese Anstrengungen der Randstaaten und mündeten in die Weltkriegsära. Ich bin also nicht der erste oder einzige, der das anspricht, nehme für mich allerdings in

Anspruch, diese Zusammenhänge am intensivsten durchdacht und am konsequentesten formuliert zu haben.

Daraus könnte man die zugespitzte These ableiten, dass Deutschland am Zweiten Weltkrieg im Grunde genommen unschuldig sei. Wollen Sie darauf hinaus, wie viele Ihrer zahlreichen Gegner in Wissenschaft und Politik behaupten, gar deutsche Schuld leugnen oder relativieren?
Es gibt keine Geschichtsschreibung, die nicht „relativiert". Das ist einer der Totschlagbegriffe, mit denen eine ernsthafte Debatte abgewürgt werden soll. Natürlich ist deutsche Schuld oder Verantwortung, was immer das genau heißen soll, relativ zur Verantwortung anderer zu sehen.

Der 2. Weltkrieg begann mit dem so genannten „Überfall" auf Polen. So tönt es landauf und landab aus fast aller Munde des politisch-medialen Komplexes, beginnend beim Bundespräsidenten und oftmals erst beim Lokalpolitiker der etablierten Parteien endend. Sie meinen jedoch, dass der Einmarsch der Wehrmacht in Polen kein „Überfall" war. Warum der Streit um semantische Feinheiten?
Eben aus dem Grund, bestimmte Nachfragen gleich abzuwürgen. Das geht, wie ich zeigen konnte, auch auf die Initiative der Bundeszentrale für politische Bildung zurück. Zu Beginn der 1960er Jahre wurde auf Sitzungen dort beschlossen (damals hieß sie noch „Zentrale für Heimatdienst"), damals noch übliche Formulierungen wie „Deutschland erklärte Polen den Krieg" oder „Hitler griff Polen an" nicht mehr zu verwenden und durch den „Überfall" zu ersetzen. Das ist eigentlich keine Feinheit, sondern ebenso durchsichtige wie wirksame Polit-Propaganda.

Wenn wir Ihrem Erklärungsmuster folgen, dann stellt sich die weitere Frage, wie nämlich das Deutsche Reich einen Krieg verursachen konnte, den es angeblich gar nicht wollte?
Da spielen die genannten und schon erwähnten geopolitischen Faktoren eine wesentliche Rolle. Die Weltpolitik drängt seit Jahrhunderten nach Mitteleuropa hinein, das habe auch ich in „Logik der Mächte" 1999 dargestellt. Der deutsche Versuch, diese Entwicklung zu stoppen und Mitteleuropa als autonomes Machtzentrum zu etablieren, ist gescheitert. Das ist im Übrigen das Grundthema der ganzen Weltkriegsära

in Europa, seit 1914. Die Weltpolitik in London, Paris, Moskau und Washington konnte mit einem ‚Deutschland auf Augenhöhe' nichts anfangen.

….. was von unseren „Mainstream-Historikern" oftmals entrüstend zurückgewiesen wird. Was hindert diese, z.B. Professor Wolfgang Benz und andere, gleiche oder ähnliche Schlüsse zu ziehen wie Sie?
Wolfgang Benz ist eher ein politisierter Überzeugungstäter, der von den genauen Abläufen internationaler Politik nichts wissen will und auch so gut wie nichts weiß. Da ist er übrigens kein Einzelfall unter denen, die von Professorenstühlen aus das deutsche Geschichtsbild verwalten.

Apropos „Verwaltung", Zitat: „Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument aller, die Bewusstseins-Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen", so der große deutsche Journalist Johannes Gross in seinem Buch „Phönix in Asche" (Stuttgart 1989). Ist das ein trefflicher Erklärungsansatz, worum es bei „historischer Korrektheit" im Grunde genommen geht?
Ja, das ist sicher so. Wobei sich das spezielle Schuldbewusstsein ja mittlerweile von Deutschland etwas losgelöst hat und auf die anderen westlichen Länder ausgedehnt wurde, eigentlich auf die gesamte westliche, ursprünglich weiße Zivilisation. Als „schuldig" gilt heute der weiße alte Mann, der Christ, ganz allgemein der Europäer. Was natürlich an dem Befund nichts ändert, dass die Verwaltung von angeblicher Schuld schon immer ein Machtinstrument für deren Verwalter gewesen ist.

Der politische Einfluss auf die Forschung und Lehre zur Zeitgeschichte in unleugbar

Sie halten also die Forschung und Lehre für politisch manipuliert, oder sogar durch die Nürnberger Urteile von 1946 für verboten?
Sagen wir: Jein und Nein. Der politische Einfluss auf die Forschung und Lehre zur Zeitgeschichte ist unleugbar vorhanden. Es wurde von bundesdeutschen Ministerien auch schon direkter Druck auf Verlage ausgeübt, die Zusammenarbeit mit mir zu beenden.

Könnten Sie das konkretisieren?

Verboten ist freie Forschung zu diesen Themen trotzdem nicht. Sie hat auch vielfach stattgefunden und wurde publiziert. Ich teile also nicht die Auffassung, freie Forschung sei zum Beispiel durch die Nürnberger Urteile direkt verboten. Man sollte sich die Historiker nicht als einen Verein vorstellen, der sich durch Gesetze daran gehindert fühlt, ihm wohlbekannte Wahrheiten auszusprechen. Das Ausblenden bestimmter Erkenntnisse funktioniert indirekt und viel subtiler.

Wenn Sie abschließend einmal trennscharf Ihre zeitgeschichtliche Deutung über die Ursachen des 2. Weltkrieges im Gegensatz zu den Positionen der offiziellen Geschichtsschreibung kurz zusammenfassen. Wie lautet sie?

Kurz und gut: Es gab keinen Überfall auf Polen, sondern einen Kriegsausbruch, nachdem zwei Staaten monatelang gegeneinander mobilisiert hatten. Dies alles vor dem Hintergrund einer internationalen Krise, an deren Verlauf andere Staaten wesentlich beteiligt gewesen sind, allen voran etwa Großbritannien, die USA und die Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund ist auch die weitere Eskalation des Krieges von 1939-1941 zu sehen, die von den deutschen Kriegsgegnern bewusst erzwungen wurde, während Berlin eine Vielzahl an Friedenssignalen sendete und den Krieg lieber gestoppt hätte.

Dessen ungeachtet: Der bewusste Versuch, die in der Hoßbach-Niederschrift skizzierte ‚groß'deutsche Einheit unter nationalsozialistischen Vorzeichen zu erzwingen, ist ebenfalls eine wesentliche Ursache für diesen Krieg gewesen. Es ist nur eine völlig andere Ursache, als die regelmäßig kolportierte Behauptung, man habe 1939 unprovoziert einen Krieg zur Eroberung wesentlicher Teile der Welt vom Zaun gebrochen.

Herr Dr. Scheil, vielen Dank für dieses Gespräch

Das Interview erschien in der österreichischen Vierteljahreszeitschrift „Abendland/Neue Ordnung" (Ausgabe 1/2022). Für die Nachdruckerlaubnis des Ares-Verlages (Graz) bedankt sich die DJ-Redaktion.

Dr. Stefan Scheil, Jahrgang 1963, geboren in Mannheim. Kindheit und Jugend in Ludwigshafen am Rhein, dort Abitur 1982. Danach Wehrdienst bei der Bundeswehr und anschließend, ab 1984, Studium der Fächer Philosophie, Geschichte und Soziologie in Mannheim, später in Karlsruhe. 1991 Abschluss als Magister Artium (M.A.). Erste Berufsstationen als Angestellter und freier Journalist. Promotion zum Dr. phil. 1997 in Karlsruhe mit einer Arbeit über die Aktivitäten des politischen Antisemitismus in den Reichstagswahlen von 1881 bis 1912. Seit 1992 als Journalist und Wissenschaftler freiberuflich tätig.

Scheil legt als Wissenschaftler den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Internationalen Beziehungen in der Ära der beiden Weltkriege, sowie auf die Antisemitismus- und Holocaustforschung. Zu diesen Themen brachte er seit 1999 zahlreiche Buchveröffentlichungen heraus, die deutschlandweit und international Aufsehen erregt haben. Zu ihnen zählen u.a. „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind – Die Verantwortung der Siegerstaaten für den Krieg von 1914“(Manuskriptum), „5+2 – die Vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkriegs“, Transatlantische Wechselwirkungen – Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945, „Churchill, Hitler und der Antisemitismus – Die deutsche Diktatur, ihre politischen Gegner und die europäische Krise der Jahre 1938/39“ (Duncker&Humblot), „Präventivkrieg Barbarossa“ (Antaios), „Legenden, Gerüchte, Fehlurteile – Ein Kommentar zur 2. Auflage der Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung“ (Lepold-Stocker).

Bei all diesen wissenschaftlichen Publikationen arbeitet Scheil mit verschiedenen Verlagen und Stiftungen sowie überregionalen Zeitungen zusammen, unter anderem mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt

Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

zur ZEIT
DAS WOCHENMAGAZIN

wertkonservativ
freisinnig
unangepasst

Bestellen Sie jetzt
gratis und völlig
unverbindlich
4 Testausgaben
des österreichischen
Wochenmagazins
ZurZeit

Bei Fragen zum Abonnement oder an die Redaktion kontaktieren Sie bitte:

E-Mail:
verlag@zurzeit.at
oder Tel.:
(+43/1) 712 10 57

Internet:
www.ZurZeit.at
Gratis Probe-Abo:
www.ZurZeit.at

Gratis Probe-Abo: www.ZurZeit.at

ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZE

Putin - von Lenins Koch bis Putins Palast

Im Januar dieses Jahres erschien mit Thomas Fasbenders Buch „Wladimir W. Putin“ über zwei Jahrzehnte nach Alexander Rahrs „Der Deutsche im Kreml“ (München, 2000) wieder eine neue oder besser – die erste umfassende Putin-Biographie eines deutschen Autors.

Zwischen diesen beiden Büchern liegt eine ganze Epoche. Eine Epoche, die mit dem Ende der Sowjetunion beginnt und im Februar 2022 mit dem Aufflammen des ukrainischen Bürgerkrieges, der Anerkennung der autonomen Donbass-Republiken durch die Russische Föderation und dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine endete - und die Fasbenders Buch so aktuell wie auch spannend macht.

Aktuell, weil der Autor, Dr. phil, Jahrgang 1957, der von 1992 bis 2015 selber in Russland gelebt hat, erst als Manager, später als Teilhaber einer Textilfabrik und dann als Unternehmer in Moskau, mit dieser klassischen Biographie weit mehr als nur ein persönliches Porträt des russischen Präsidenten zeichnet. Und weil es Fasbender in seinem Buch gelungen ist, den gründlich und fundiert recherchierten Lebensweg Putins und seine Karriere bis zum Staatsoberhaupt zum narrativen Mikrokosmos der sowjetische und neuesten russischen Geschichte, angefangen von 1985 bis heute, zu gestalten.

Spannend, weil sich Fasbender nicht scheut, die verschiedenen Etappen im Lebensweg Putins sowie seine Gesamtwirkung und Bedeutung für die neueste russische Geschichte sowohl hart und kritisch als auch immer im Gesamtkontext der wirtschaftlichen, politischen und strategischen Entwicklung heraus zu beleuchten.

In der Regel zwingen sich wissenschaftlich und methodisch geübte Leser aus gutem Grund

zum gründlichen Studium des Vorwortes – in Fasbenders Fall eröffnet sich mit dem Dialog und dem Fragenkomplex, die der Autors im Nachwort anbietet, der eigentliche Diskurs sowohl im Blick auf die Vergangenheit als auch auf die Frage nach der Bedeutung Putins für Russlands Gegenwart und Zukunft.

Fasbenders sympathische und keinesfalls verantwortungsfreie Ratlosigkeit einer finalen Beurteilung von Putins Persönlichkeit hat durchaus objektive Ursachen. Geheimhaltung und interne Abschottung, Verleumdung und Verherrlichung gehen in Putins Leben Hand in Hand mit komplexen wirtschaftlichen, finanziellen, innenpolitischen und internationalen Prozessen und Ereignissen.

Die Gewichtung von persönlicher Steuerung und Einflussnahme, charakterlicher Prägung und persönlichen Fähigkeiten Putins im Gesamtnetz äußerer und unabhängiger Handlungsvektoren zu beleuchten und dabei auch alternative Erklärungsmuster zu nennen, ist eine Stärke Fasbenders.

Zum Inhalt: Das stilistisch im besten Stil historischer Monographien äußerst gut lesbar und niemals langweilig geschriebene Buch führt den Leser durch alle wesentlichen biographischen Abschnitte im Leben Putins. Dessen Vorfahren („Lenins Koch"), Eltern und Verwandte, Krieg und Nachkriegszeit, Schule und Studium, Lehrer und Trainer, später ebenso auch das Familienleben, die Ehe Putins und die Rolle seiner Kinder, dazu Putin als orthodoxer Christ und seine Bekehrung, und immer wieder: seine Freunde und Gegner. Die Jahre im KGB (Sachsen 1985 – 1990), die objektiv analysiert und beschrieben, zu Recht nicht ideologisch überhöht werden: auch ein Stück deutscher Geschichte. Der Übergang in das Team unter Anatolij Sobtschak in Petersburg, die wilden und brutalen Jahre der Perestroika, der Kampf um die Macht der alten und neuen Eliten, der Aufbau eigener finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Netzwerke. Der politische Aufstieg zum Chef des Geheimdienstes und Premierminister.

Und schließlich die Wahl zum Präsidenten und die Nachfolge des (alkohol-)kranken Jelzin. Ebenso der Kampf und der Kompromiss mit den Oligarchen. Der Tschetschenienkrieg und innenpolitische Katastrophen in den Jahren der versuchten Westintegration und ihres Scheiterns. 2012 die Hinwendung zur strategischen Wiederherstellung der russischen Souveränität nach innen (Chordo-

kowski und die „Fünften Kolonne an der Macht“). Nach außen – von der Münchener Sicherheitskonferenz bis zum Putsch in Kiev 2014, zur Besatzung und Wiedervereinigung der Krim, die Rolle der Energiepolitik, das Verhältnis zu China und Deutschland, der Krieg gegen Georgien in Ossetien, Winterolympiade Sotchi und die Fußballweltmeisterschaft. Dazu die steten Paradigmen Öl und Gas. All diese Ereignisse und Politikfelder beleuchtet Fasbender sowohl aus der Perspektive Putins und der Interessen Russlands wie auch in kritischer Hinterfragung und im skeptisch-argumentativen Diskurs.

Das persönliche Fazit des Autors spannt sich im Bogen nach der Frage um die politischen Vorbilder Putins (u.a. Peter I.) und nach dem Erbe, welches Putin einst hinterlassen würde. Die Frage nach Putins Zielen, seiner Agenda nach 2022 und dem Rückbesinnen auf das immer wieder aufkommendes Gefühl der zwei Tonarten im Leben des Politikers und Präsidenten Putin („Schwarz und Weiß, Dr. Jekyll und Hyde, Volkstribun, Demokrat oder brutaler Vollstrecker). Mehrfach warnt Fasbender, aus einem anglosächsischen Überlegenheitsgefühl heraus in Arroganz oder Ignoranz zu verfallen; eine Haltung, die in Deutschland Unworte wie Russlandversteher oder Putinversteher geboren hat.

Heute, ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Buches, klingen diese alten Propagandainjurien wie Kinderspott im Vergleich zu den aktuellen ideologischen Propagandanarrativen in Politik und Medien vom „Wahnsinnigen im Kreml“ (u.a. 23.6.2022, SPON: „Mischung aus Hitler und Stalin“, Meljnik Interview).

Fasbender setzt bei aller kritischer Begleitung vor allem eine Deutung an: Putin ist Staatsdiener und Staatsmann an erster und auch an letzter Stelle; dessen Handlungen zu bewerten indes jedem frei stehen.

Kein Zufall ist, dass er am Ende seiner Biographie mit feinem psychologischen und historischen Gespür „die Achillesverse, den emotionalen Schwachpunkt des kalten Adhokraten Putin“ (S.560) herausgestellt hat – sein Verhältnis zur Ukraine: Putins „historisches Trauma ist die Spaltung der Großrussen, Kleinrussen, Neurussen und Weißrussen in souveräne Staaten, die zum Spielball geopolitischer Interessen werden“. Als Text „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“, von Wladimir W. Putin auf der Kremlwebseite veröffentlicht am 12. Juli 2021.

Der Autor dieser Buchrezension hatte einst in einem politischen Essay für Abgeordnete des Bundestages und diverser deutsche Stiftungen genau diese Strategie Putins der „Sammlung Russlands“ 2015 als zwingend zu erwartenden „Neuen Vaterländischen Krieg“ angekündigt: die geopolitischen Kraftlinien und die von Russlands „internationalen „Partnern“ verkündeten Strategien auf dem „Großen Schachbrett“ würden „spätestens in sieben Jahren zum offenen Kampf um Russlands Souveränität führen. „Die Entmachtung der Oligarchen, die Auflösung der starren Staatskonzerne und der korrupten Bürokratie, die Aufhebung der Hochzinspolitik der Russischen Staatsbank gegenüber dem Mittelstand (10 bis 20%), die Einführung des Rubels im internationalen Rohstoffhandel, eine Verfassungsreform sowie die Realisierung der Staatsunion mit Belarus und die Wiedervereinigung mit der Ukraine“ sind die Vektoren des bevorstehenden Paradigmenwechsels Russlands“. Und weiter prognostiziert: „Um diese Befreiungsbewegung zu beginnen, muss es zu einem gravierenden Fehler durch Russlands geopolitische Gegner kommen, welchen es den patriotischen Eliten Russlands ermöglicht, diese Reformen sowohl demokratisch als auch mit kontrollierter Gewalt zu beginnen“. Dieser Fehler liegt nunmehr – im Jahr 2022 - vor allen Augen.

Die Aufrüstung der ukrainischen Armee, die Terror- und Raketenpolitik der Selenskij-Regierung im Donbass, die Weigerung der USA und der NATO-Länder auf irgendeine der zahlreichen Putin-Aufrufe zur Schaffung internationalen Sicherheitsstrukturen einzugehen und die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die selbsternannten Teilrepubliken im Osten der Ukraine mit der Gefahr eines Übergriffs auf die Krim und das Territorium Russlands – haben am 24. Februar 2022 zum Beginn eines Präventivkrieg Russlands gegen die Ukraine geführt, dessen Ende und Ergebnis nicht abzusehen sind – aber bereits heute Russland und Europa grundsätzlich verändert haben.

Die Tragödie des ukrainischen Bürgerkriegs, mit über 14.000 von Kiever Truppen getöteten Zivilisten im Donbass (Lugansk und Donezk), ist in eine offene militärische Katastrophe übergegangen – mit offenem Ausgang. In der Ukraine treiben heute korrupte und vom Ausland gesteuerte Politiker wie Selenskij – anders als Bundeskanzler Scholz es glauben machen will

(„Ukraine als Symbol der Freiheit und Demokratie“!) – ihr Volk in einen immer stärker anwachsenden sinnlosen Blutzoll mit bis zu 500 Toten täglich. Finanziert mit Milliardenkrediten von NATO und EU, dazu mit Kriegsgerät aus aller Herren Länder wird dieser Krieg am Leben erhalten. Weise Aufrufe an Selenskij zu Friedensverhandlungen, wie die Kissingers in Davos 2022, werden von Reisediplomaten vom Typ Premier Johnson (UK) in Kiev im Moment noch übertönt. Doch eine Ukraine als „Anti-Russland“ und Aufmarschgebiet von (NATO-) Vasallenarmeen wird es mittelfristig nicht mehr geben.

Deutschland ist bereits jetzt der große Verlierer dieser Politik der Verteidigung des Status quo unipolarer Weltherrschaft und des geplanten Finanzglobalismus nach dem Muster des „great reset“. Energiekrise, Versorgungskrise, Corona-Krise, Finanzkrise, Gesundheitskrise und Preissteigerungen bestimmen den Alltag unseres Landes, und es ist zu befürchten, dass wir erst die Anfänge vielfältiger sozialer Erschütterungen erleben.

Russland steht nach ersten Rückschlägen heute als wahrscheinlicher Gewinner der US- und EU- Wirtschaftssanktionen und des Krieges dar. Der Osten und Süden der Ukraine sind bereits erobert. Die Krim für immer gesichert. Der Rubel ist so stark wie nie, die Oligarchen sind faktisch entmachtet oder enteignet, Zollfreiheit und Niedrigzins jagen sich in Russland, die Umstellung der Industrie auf autarke Strukturen ist im vollen Gange, die Rohstoffmärkte Chinas, Indiens, der Türkei, Serbiens, Ungarns, Lateinamerikas und Afrikas kooperieren mit Russland. Die überschaubare Gruppe der Sanktionsländer, allen voran die USA, GB und Deutschland sinkt in ihrer Bedeutung mit geometrischer Geschwindigkeit. Der russische Präsident Wladimir W. Putin hat mit über 80% stabilen Zustimmungsraten die höchsten Beliebtheitswerte seiner Regierungszeit erreicht und diese wachsen ständig weiter.

Fasbenders Buch „Wladimir W. Putin“ zu lesen ist Muße und Muss zugleich, für alle, die an russischer sowie europäischer Politik, Kultur, Wirtschaft und Geschichte interessiert sind. Sowie an der Zukunft Deutschlands und seiner Menschen. André Sikojev

Thomas Fasbender, Wladimir W. Putin – Eine politische Biographie, Landtverlag-Manuscriptum, Lüdinghausen 2022, 566 Seiten, 30,-- Euro

BUCHTIPP

ISBN 978-3-99081-095-8
Walter Tributsch

SCHAFFT DER PAPST DIE KIRCHE AB?

Katholischer Glaube und
Liberale Geisteshaltung
248 Seiten, Hardcover
19,90 €

Von den meisten Medien als Reformer gepriesen, geht Papst Franziskus seinen Weg. Immer wieder erweckt er den Eindruck, die kirchliche Lehre könne verändert werden, was nach katholischem Selbstverständnis aber nicht möglich ist. Eingehend widmet sich der Autor daher dem Umgang der Kirche mit Fragen wie Abtreibung, Homosexualität oder Freimaurerei, ja sogar dem Einfluss von Satanisten oder Pädophilen in der Kirche. Immer mehr Priester und auch Bischöfe, nicht nur in Deutschland und Österreich, bemühen sich um eine „Modernisierung" der katholischen Kirche und verstärken so nur den Schwund an Gläubigen und den Priestermangel sowie die Sorgen patriotischer europäischer Christen, denen es angesichts des massiven islamischen Zuzugs auch um den Erhalt der gewachsenen kulturellen Identität ihrer Länder geht.

ARES VERLAG
www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,
Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: buchhandlung.stoehr@chello.at, www.buchhandlung-stoehr.at

Deutschlands nationale Interessen

Das empfehlenswerte Buch „Nationale Interessen“ des renommierten Hamburger Sozialdemokraten Klaus von Dohnanyi über unsere „Zeitenwende in der Weltpolitik: Was für Deutschland auf dem Spiel steht“, so der Klappentext, wurde vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 geschrieben. Und just in diesem Punkt unterlief dem Autor eine gravierende Fehleinschätzung, allerdings im Gleichklang mit vielen anderen professionellen Politikbeobachtern im In- und Ausland, nämlich: den Entschluss des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putins zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sich in diesem Punkt geirrt zu haben, räumt der „elder statesman“ auch unumwunden ein, „was ihm den Schlaf raube“ (Dohnanyi im „Spiegel“). Dennoch besteht er darauf: „Der Westen hat nicht alles getan, was er hätte tun können, um das vielleicht noch zu verhindern“.

An anderer Stelle erläutert Dohnanyi präzisierend: „Als die Bedrohung eines Krieges für die Menschen in der Ukraine wuchs, waren die USA nicht bereit, über die zentrale Frage, ob die Ukraine in die NATO kommt, auch nur zu verhandeln“ (NZZ vom 23. März 2022). Und auf die weitere NZZ-Frage, ob man nach Kriegsausbruch noch mit Putin verhandeln könne, stellt er in diplomatischer Professionalität klar: „Natürlich, das machen die Ukrainer doch gerade. Auch Kriege beendet man durch Verhandlungen.“ Teils besserwisserische Versuche, die klugen und grundsätzlich richtungweisenden Gedanken Dohnanyis jetzt insgesamt wegen des Putin-Errors zu entwerten, führen aber an den gewichtigen Kernbeiträgen des Buches vorbei.

Der falsche Weg: „Deutschland wie ein Stück Zucker im Tee auflösen“

Schon der Mut des Autors, als Buchtitel „Nationale Interessen“ zu formulieren, grenzt ihn von den tonangebenden postnationalen Eliten in Deutschland erfreulich ab. Mit kritischem Blick auf eine Welt, in der die entscheidenden Politakteure aller Staaten nationale Interessenpolitik betreiben, stellt er in dem übersichtlich gegliederten Werk fest: „Auch die Bundesrepublik Deutschland ist eine Nation und kann mit gutem Gewissen ihre nationalen Interessen vertreten“, denn: „Nur Nationalstaaten verfügen über die notwendige demokratische Legitimation zum nationalen und internationalen Handeln“. Damit erteilt er jenen Kräften hierzulande eine klare Absage, die – final – das Zukunftsbild unserer Republik am liebsten in einem multikulturellen Zentralstaat Europa sehen können – oder, wie Karl Schiller diese Bestrebungen einmal metaphorisch geißelte: „Deutschland wie ein Stück Zucker im Tee auflösen wollen“.

Der Wert des Buches besteht u.a. in der tiefschürfenden Berücksichtigung aller strategischen Aspekte, die sich aus der Lage Deutschlands und Europas politisch ergeben. Der Bogen spannt sich vom Klimawandel über die Digitalisierung (mit ihren Folgen für die Arbeitswelt) bis zur Rolle Chinas. Zunächst widmet sich der Autor der Frage, wie wir uns zwischen den Interessen der Großmächte behaupten können, wobei die äußere, wirtschaftliche, soziale und demokratische Sicherheit im Vordergrund steht. Dohnanyi: „Am bedeutsamsten unter den Großmächten sind für uns die USA, denn sie dominieren mit ihren nationalen Interessen die Entscheidungen unseres Kontinents.“ Hier rät der Autor zur genauen Analyse der unterschiedlichen Interessenslagen. Wir dürfen uns nicht automatisch von einer „Wertegemeinschaft“ oder einer „Freundschaft“ leiten lassen, „die ja von Seiten der USA ohnehin nicht im europäischen Sinne praktiziert wird“, so seine Feststellung, skeptisch als Frage hinzufügend: „Wenn es den USA in ihre Politik passen würde, würden sie dann Europa genauso fallen lassen wie jetzt Afghanistan oder andere Staaten zuvor?“ Er wagt keine Antwort…..

„Das Ziel Europas muss am Ende eine allianz-neutrale Position sein“

Im Kapitel „Kein Frieden in Europa?“ klopft der erfahrene Staatsmann u.a. die Bedeutung

des militärischen Schutzes durch die NATO kritisch ab. Die europäische Sicherheit begründe sich heute faktisch ausschließlich auf der NATO, „das heißt letzten Endes auf der Verteidigungsstrategie der USA“, mit dem Ergebnis: „Am Ende werden die USA alle Entscheidungen in der eigenen Hand behalten“, was im Falle des Einsatzes von Nuklearwaffen fatale Folgen haben könnte. Dessen sollten sich die Deutschen und Europäer stärker bewusst sein und nach Alternativen für eine – zumindest – mittlere Zukunft suchen. Dazu Dohnanyi: „Das Ziel Europas muss am Ende eine allianzneutrale Position sein.“

Die Europäische Union sieht Dohnanyi als „deutsche Aufgabe“, die der Welt zeigen könne, „wie einst gegnerische Staaten in eine Gemeinschaft des Zusammenhalts überführt werden.“ Doch diese Zielsetzung sei schwierig umzusetzen, da die EU eben eine Union souveräner Staaten sei und die jeweiligen Regierungen demokratisch verantwortlich blieben. Eigentlich, so der Autor, sei die Lage eindeutig: „Noch nie hat sich ein Mitglied der EU für einen vollständigen Verzicht auf seine Souveränität ausgesprochen“ und noch nie hätten EU-Mitglieder das Recht auf die souveräne Haushaltsgestaltung an eine ferne Brüssel-Instanz abgetreten. Ergo: „Deutschlands nationale Interessen in Europa sind deswegen eindeutig nicht die Vereinigten Staaten von Europa, sondern es ist eine evolutionär fortschreitende Konföderation“. Eindringlich warnt Dohnanyi vor falschen Wegen, wie etwa den Zusammenhalt Europas durch die Bevormundung von Mitgliedsstaaten auf dem Rechtswege zu erzwingen.

Das flüssig geschriebene Buch schließt mit dem Kapitel „Was jetzt zu tun ist“. Darin fasst der Autor in zehn Punkten die wichtigsten Punkte seiner deutsch-europäischen Programmatik in knapper Form nochmals zusammen und endet mit einem klugen Motto von Gottfried Benn: „Erkenne die Lage, rechne mit deinen Defekten, gehen von deinen Beständen aus, nicht von deinen Parolen!“ Wer wollte ihm da widersprechen?

Bernd Kallina

Klaus von Dohnanyi, „Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“, Siedler-Verlag München 2022, 238 Seiten, 22.00 Euro.

Dugin: „Das große Erwachen“

Alexander Geljewitsch Dugin, 1962 in Moskau geborener Politologe, Philosoph und Publizist, wird einiger Einfluss auf die Politik Russlands nachgesagt, auch auf das Denken Wladimir Putins, obwohl Dugin ihn, nach eigener Aussage, nie persönlich getroffen hat.

Dennoch lässt sich aus der Politik des Kreml, insbesondere im Zusammenhang mit dem aktuellen Konflikt um die Ukraine, ablesen, dass diese These zutreffen könnte.

Dugin publiziert sehr viel über seine beiden Hauptthemen „Vierte Politische Theorie“ und „Eurasianismus“ bzw. die „Multipolare Weltordnung“. Er schreibt Bücher, Artikel für Zeitschriften und Internetblogs und betreibt einen „Thinktank“ unter geopolitica.ru, der nach Aussagen von Beobachtern auch international Beachtung findet.

Dugins „Vierte Politische Theorie“ besagt, dass es nach dem Scheitern von Kommunismus, Nationalsozialismus und Liberalismus zu einer Wiedererweckung des Konservativismus auf traditionalistischer Basis kommen wird und kommen muss. Dieser Konservativismus betont die spirituelle und kulturelle

Vielfalt und Unterschiedenheit der Völker und Nationen der Welt in ihrer geschichtlichen und territorialen Entwicklung und deren Gleichberechtigung. Er wendet sich explizit gegen jede Vorherrschaft einer Ideologie in der Welt, welche die anderen Völker zu Überzeugungen und Lebensweisen zwingt, die ihrer Spiritualität und Tradition widersprechen und die sie nicht wollen.

Leicht zu erraten, dass Dugin hiermit den Westen mit seinen Ideologien des Liberalismus und Kapitalismus meint, die spätestens nach dem Zusammenbruch

der Sowjetunion die unipolare Weltordnung US-imperialer Ausprägung errichtet haben.

Hiergegen nun konstatiert Dugin in dem vorliegenden Buch ein „Großes Erwachen“ der Völker, vor allem im eurasischen und afrikanischen Raum, doch auch in Südamerika. Sie alle wollen die US-Hegemonie mit ihrer politisch-wirtschaftlichen Bevormundung und ihrem neokolonialistischen Gehabe nicht mehr ertragen und setzten damit auch zunehmend dem geplanten „Great Reset“ Widerstand entgegen, welcher die Prädominanz der USA und seiner Vasallen verstetigen soll.

Dugins „Eurasianismus“ beschreibt nun die Emanzipation der Völker vom Globalismus, welche zu einer neuen, „multipolaren“ Weltordnung mit mehreren Kraftzentren führen soll, ohne die Vorherrschaft einer Nation oder Ideologie. Die Kraftzentren könnten nach Dugin neben Eurasien ein atlantischer, afrikanischer und südamerikanischer Raum mit unterschiedlichen Zivilisationen darstellen (siehe Abbildung). „Eurasien“ umfasste in Dugins ursprünglicher Konzeption den gesamten indogermanischen Sprachraum von Westeuropa bis Indien, ausschließlich Chinas. Die aktuellen Entwicklungen haben diese Definition allerdings dahingehend verändert, dass nun auch China zu Eurasien zu zählen ist, Westeuropa aber nicht mehr. Bezeichnenderweise sieht Dugin China nicht mehr durch den Kommunismus maoistischer Ausprägung charakterisiert, sondern durch eine Wiederbesinnung auf die traditionellen spirituellen Wurzeln des Konfuzianismus, einer konservativen Philosophie, die in ihrer Werteorientierung mit dem Christentum verwandt ist.

Dugin bezieht seine philosophischen Grundsätze aus der griechisch-römischen Antike, vor allem bei Platon und Aristoteles, aber auch neueren Denkern wie Julius Evola, Friedrich Nietzsche, Martin Heidegger, Ernst Jünger und nicht zuletzt Carl Schmitt, dessen Überlegungen zur globalen Raumordnung („Nomos der Erde“) er aufgegriffen hat, aber auch dessen Verständnis von Politik als der „Unterscheidung zwischen Freund und Feind“. Dugin selbst ist einem traditionalistischen Konservativismus spezifisch russisch-slawischer Prägung zuzuordnen. Seine spirituelle Grundlage bildet erklärtermaßen das orthodoxe Christentum.

Die westlichen Unterstellungen, Dugin sei ein nationaler Bolschewist oder gar ein Faschist, sind Unsinn und können getrost in

dem Ordner „Propaganda“ abgelegt werden.

Es ist allerdings zutreffend, dass Alexander Dugin sich gegenwärtig als einer der vehementesten Verteidiger des russischen Vorgehens in der Ukraine zeigt, welches er – wie die offizielle russische Politik – als vom aggressiven Vorgehen des Westens gegen die russischen Sicherheitsinteressen seit dem Ende der Sowjetunion provoziert sieht. Er teilt daher auch die Ziele Putins, den Donbaß zu „befreien“ und die Ukraine als Flugzeug- und Raketenträger der USA und der NATO auszuschalten. Darüber hinaus sieht Dugin Russland als den „großen Aufhalter“ gegen die US-westlichen Hegemonie und Zertrümmerer der unipolaren Weltordnung.

Das Buch „Das Große Erwachen gegen den Great Reset“ lässt Dugin nicht als prinzipiellen Feind des Westens, wohl aber als scharfen Gegner des westlichen Liberal-Kapitalismus mit seinem Wertesystem mit seinem globalen Dominanzstreben erkennen. So ist es nicht verwunderlich, dass Dugin am Anfang des Buches den „Great Reset“ (GR) des Klaus Schwab aufs Korn nimmt, welcher nach Dugin nichts weniger beabsichtige, als einen „neuen Menschen“ zu schaffen, halb Lebewesen, halb Maschine (mit Chip-Implantaten, wie ein Cyborg), untertan den wirtschaftlichen Mächten durch ein Leben auf Pump, ohne selbst etwas zu besitzen (aber eben deshalb „glücklich“), abhängig von Technologie, vollständig überwacht, kontrolliert und durchleuchtet, letztlich unterworfen dem Willen einer globalen Elite, entfremdet von seinen spirituellen und kulturellen Wurzeln, ein Schatten seiner selbst, nurmehr ein Sklave.

Diese Horrorvorstellung, verkündet auf dem „Weltwirtschaftsforum“ in Davos 2020, verpackt in schöne Worte, hat nach Dugin seitdem aber auch Niederlagen erfahren müssen und viele Gegner gefunden. Eine ganze Reihe europäischer, asiatischer und afrikanischer Staaten begannen dem GR Widerstand zu leisten. Russland muss nicht erst genannt werden, hinzu kommen Ungarn, Serbien, die Türkei, eine Reihe arabischer Staaten wie jene, die von den USA in verbrecherischen Kriegen zerstört wurden, aber auch China, der Iran und nicht zuletzt einige mittel- und südamerikanische Länder wie Venezuela und Brasilien. Hier keimt auch schon der Hoffnungsfunke des „Großen Erwachens“ auf. Mittlerweile stellen diese Gegner des westlichen „Neokolonialismus“ die satte Mehrheit der Welt-

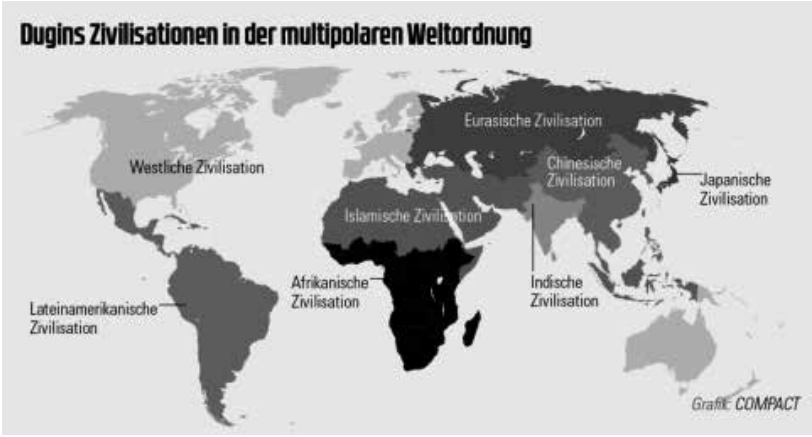


Abbildung: „Dugins Zivilisationen in der multipolaren Weltordnung". Quelle: Compact-Magazin.

bevölkerung dar, Russland und China schicken sich unübersehbar an, dem kapitalistischen Westen auch wirtschaftlich Konkurrenz zu machen.

Nun wurde in den USA, so Dugin, dem GR auch in Gestalt der Präsidentschaft Donald Trumps ein wenigstens teilweiser und vorübergehender Strich durch die Rechnung gemacht. Jener, angetreten, den „Sumpf des Tiefen Staates" auszutrocknen und den Globalismus zu verabschieden, habe sich gegen seine mächtigen Gegner zwar nicht durchsetzen können und sei durch manipulierte Wahlen gestürzt worden, habe aber auch ein „amerikanisches Schisma" eingeleitet und divergierende Kräfte in den USA freigesetzt, die – analog zu Bewegungen in anderen Ländern – durchaus zu einer neuen Sezession und damit zum schnellen Ende der US-Rolle als Weltgroßmacht beitragen könnten.

Nun stehe allerdings die Regierung Biden für einen Neuanfang der Globalisierung und der Durchsetzung des GR, seit zwei Jahren auch mit dem Vehikel der Covid-Pandemie und ihren totalitären Zwangsmaßnahmen im Gefolge. Und natürlich könne man auch den jahrelangen massiven Angriff auf Russland und China auf politischer, militärischer und wirtschaftlicher Ebene – gemäß Dugin – als vielleicht letzten, großen Versuch der Durchsetzung des GR ansehen.

Dugin stellt die Frage, wie es kommen konnte, dass ein politisches System wie der Liberalismus, der den Menschen Freiheit, Glück und Wohlstand versprach, zu einem Vehikel der Weltdiktatur wurde, das Macht und Geld in die Hände einer Minderheit („Golden Billion") spielte und die große Mehrheit in Armut und Abhängigkeit stürzte. In einem Abriss der Geschichte des Liberalismus verdeutlicht der Autor, wie bereits seit dem Mittelalter individualistische Ideologien begannen, das traditionell-theologische Weltbild anzugreifen und in Frage zu stellen, was in der Renaissance verstärkt und in der Aufklärung mit den aus ihr hervorgehenden Revolutionen vollendet wurde. Die traditionelle, organisch-korporative Gesellschaft des Mittelalters wurde ersetzt durch den künstlichen „Gesellschaftsvertrag" mit seinen individualistischen Grundlagen. Einher ging damit die Verdrängung des Christentums aus dem Staat und die Durchsetzung des Kapitalismus, der den Menschen zum Objekt der Wirtschaft degradierte. Schließlich kam es im 20. Jahrhundert zum Kampf der wie der Liberalismus aus der Französischen Revolution hervorgegangenen totalitären Ideologien Kommunismus und Nationalsozialismus um die Weltherrschaft. Heute, so Dugin, habe das „Gender Maistreaming" als Nachfolgerin des Marxismus das Ruder übernommen. Ihm huldigten die Globalisten.

Gegen den wertelosen Individualismus, die Zerstörung der Traditionen und die Versklavung des Menschen durch die Wirtschaft, mithin also die Dominanz der westlichen Ideologie, formiere sich in verstärktem Maße der Widerstand: in Rußland, China, der „Dritten Welt", aber auch in den westlichen Industriegesellschaften, wie an den dort erstarkenden „populistischen" Bewegungen zu erkennen sei. Den Begriff „Das Große Erwachen" stellt Dugin nun dem des „Great Reset" als Schlagwort entgegen. Er soll symbolisch die Abkehr der Völker von der Vorstellung der „Einen Welt" zur „Welt der Vielfalt", also das Ende der „unipolaren Weltordnung" und den Beginn bzw. die Rückkehr zur „multipolaren Weltordnung" verdeutlichen. Dies zunächst nicht als ein geschlossenes oder ausformuliertes intellektuelles Programm, sondern als „spontaner Aufstand" der Massen. Weil die meisten Menschen das Programm der Globalisierer, das hinter dem „Great Reset" steht, nicht kennten bzw. verstünden, legten sie sich „Verschwörungstheorien" zurecht, die der Realität

nicht entsprächen und daher eher schädlich seien. Erforderlich sei daher, den Menschen eine neue politische Orientierung an die Hand zu geben. Diese bestehe zunächst in der Ablehnung der „westlichen Moderne“ mit Liberalismus, Kapitalismus und Nationalismus (Neokolonialismus) und sodann die Rückbesinnung auf die eigenen Werte und Traditionen, die eigene Spiritualität, welche auch territorial (als Kulturräume, Zivilisationen) verortet seien (dies in Anlehnung an Schmitt). Wichtig sei auch die Akzeptanz der anderen Zivilisationen als gleichberechtigt gegen den Universalismus der westlichen Ideologie. Das „Große Erwachen“ müsse global erfolgen. Eine „Internationale der Völker“ sei erforderlich gegen die „Internationale der Globalisten“ mit einer entsprechenden Vernetzung und Zusammenarbeit. Dafür sei zweifellos auch die Heranbildung neuer Führungseliten in den meisten Nationen erforderlich.

Ob das „Große Erwachen“ gegen Globalismus und „Great Reset“ in der Form, wie Alexander Dugin es sich vorstellt, stattfinden wird und ob es gelingen kann, wird sich erweisen. In Westeuropa, Nordamerika und Australien scheint diese Bewegung noch in den Anfängen zu stecken, sie ist allerdings erkennbar. In Osteuropa, Asien und Afrika zeichnet sie sich deutlicher ab. Eines dürfte aber jetzt bereits feststehen: Durch die aktuellen Ereignisse um den Ukraine-Krieg ist eine globale Bewegung in Gang gekommen, die nicht mehr umkehrbar ist. Diese Bewegung scheint sehr deutlich das Ende der unipolaren Welt eingeläutet zu haben. Dass der Niedergang der USA und seiner westlichen Vasallen begonnen hat und durch eigenes Handeln beschleunigt wird, kann wohl kaum mehr bezweifelt werden.

Wer insbesondere das derzeitige Denken in Russland in Beziehung auf den „Great Reset“ und die „Neue Weltordnung“ besser verstehen und beurteilen möchte, dem sei das vorgestellte Buch zur Lektüre empfohlen.

Stephan Ehmke

Alexander Dugin: Das Große Erwachen gegen den Great Reset. Arktos, 2021. 124 Seiten. Gebundene Ausgabe € 22,00.-, Taschenbuchausgabe € 11,95.-.

Besuch im Labyrinth –

Anmerkungen zum jüngsten Roman von Uwe Tellkamp

In diesem Beitrag schildere ich die Eindrücke, die ich bei der Lektüre von Tellkamps Roman Der Schlaf in den Uhren gesammelt habe. Ich erwarb den Roman am 27. Mai 2022 und legte ihn am 31. Mai 2022 – gelesen – aus der Hand. Ich warne Neugierige: Dieses hier ist keine meiner gewohnten Buchbesprechungen, die für gewöhnlich keine 50 Zeilen lang sind. Das Buch – so bekenne ich freimütig – hat sich dagegen mit Erfolg gesträubt.

1. Das Labyrinth

Nach dem Durchschreiten der Tür händigt mir einer eine Handskizze aus, in der Mitte gefaltet. Ich ignoriere diesen schwer lesbaren Zettel nach einem kurzen Hineinsehen, bemerke aber beim Blick zurück, dass es Leute gibt, die ihn eifrig zu studieren scheinen. Was soll das? denke ich und trete in den schwach beleuchteten Gang hinein. Man hatte mich davor gewarnt, ich solle, um mich nicht zu verlaufen oder entnervt aufzugeben, noch einmal den Turm besichtigen. Ja, was denn nun? hatte ich eingewendet, soll ich nach oben auf den Turm oder soll ich ins Labyrinth nach unten? Ich entschied mich fürs Unten.

Doch wo beginnen? Der Baumeister hat sich nicht gescheut, den Besucher in die Irre zu führen. Die Gänge sind verwinkelt, man erreicht sie nur, wenn man ununterbrochen kaum erkennbare Leitern hinauf und hinunter steigt. Ich bemerke, wie ich in Rage gerate, besonders, wenn es an kahlen Wänden entlanggeht, wo mit ungelenker Hand Namen

angekritzelt wurden. Nicht einer oder zwei, sondern in überbordender Vielzahl. Wie an einem sogenannten Naturdenkmal, wo Unbefugte mitteilen, dass Hans & Grete und viel andere auch hier waren. Nie würde ich nach einem Telefonbuch greifen, um zu ergründen, wer wohl Hans & Grete sind.

Ich ertappe mich, wie ich dem Baumeister zurufe: Warum tust du das? Name dropping für Insider? Und füge noch ein paar Bemerkungen hinzu, die ich hier weglasse. Ich lausche ins Labyrinth hinein. Natürlich bleibt mein Schmäh unbeantwortet. Ich dringe weiter vor. Jetzt finde ich an allen Ecken die Ichs des Baumeisters, die vielstimmig auf mich einreden. Ach, auf einmal, sage ich zu den Ichs, aber es will kein Gespräch zustande kommen. Bis zu dem Moment, wo mir klar wird, wo ich mich in Wirklichkeit befinde.

Ich befinde mich im Labyrinth, das sagte ich schon, aber dieses Labyrinth ist im Kopf des Baumeisters. Ach so ist das, sage ich. Ich sehe ihn zweifelnd lächeln. Es ist dieses Lächeln, das nicht eben schmeichelhaft für mich ist. Ich deute es so: Merkst du es auch schon. Hat wohl ein bisschen gedauert, bis bei dir der Groschen fiel. Zu meiner Verblüffung bin ich nicht den Hauch von beleidigt, sondern eher angriffslustig. Ja, wenn das so ist, das kann ich auch. Wirst ja sehen, was du davon hast.

Von diesem Moment an ändert sich mein Lesestil – ich benutze das Wort Lesestil hier mal, weil mir kein besseres Pendant zu Schreibstil einfällt. Ich mache nämlich etwas, was, wie ich es mir vorstelle, dem Baumeister zutiefst missfallen wird. Ich benutze den Gang durchs Labyrinth, also den Kopf des Baumeisters, um mitunter munter die Gänge desinteressiert zu durcheilen, zum Beispiel den von Ich & Thomas Mann, den ich unangemessen aufgeblasen finde – zuviel Plüsch–, was ich dem Baumeister über die Schulter hinweg zurufe. Stattdessen mache ich Station, wo es mir passt – und nur mir. Hier halte ich an, lasse meinen Gedanken freien Lauf, lasse die Erinnerungen spazieren gehen. Sperre damit den Baumeister aus meiner Gedankenwelt aus. Diese Erinnerungen wären mir ohne den Aufenthalt im Labyrinth nie gekommen. Zugegeben. Zugegeben auch, dass sich der Aufenthalt im Labyrinth immer stärker in ein Verschwimmen der Wirklichkeit verwandelt.

Was also ist es, was mich fortan in Anspruch nimmt? Es ist das Nachvollziehen fremder und das Anstoßen eigener

Gedankenkapriolen, die mühelos zwischen Raum und Zeit wechseln, weil sie auf der Jagd sind, das Gleiche im Unterschiedlichen aufspüren. Gleichgültigkeit gegenüber den Fassaden von Diktatur und Demokratie. Es ist das Manövrieren in einem mir nur zu bekannten Gelände, das man den Ort der Macht nennen könnte, der ganz unbeschadet vom geographisch exakten Ort immer da liegt, wo Macht ausgeübt wird. Natürlich ist es bei einer solchen Sichtweise ohne Belang, ob dieser Ort, wie es das Labyrinth suggeriert, nun an der Elbe, dem Rhein oder, wie ich weiß, an der Spree liegt, und ob dieser Ort ins Meer mündet, wo in der äußersten Elbemündung ein bekannter, wiewohl im Labyrinth umbenannter Leuchtturm steht. Nein, Herr Baumeister, an einem solchen Grenz- und Vergangenheits-Symbol halte ich mich nicht lange auf.

Das durch drei bis vier Dichterbrillen gebrochene Symbolische hat mich nie zu tiefschürfenden Gedankenspielen angeregt. Meine Gedankenwelt war immer an Personen und deren Handlungen gebunden. Dafür allerdings bietet der Rundgang im Labyrinth Meter um Meter reichlich Material. Nein, mich stört es keineswegs, dass die auftauchenden Männer und Frauen zum Teil sehr konkret, zum Teil aus einer verschwommenen Wirklichkeit entlehnt sind. Ich weiß sehr wohl, dass ich mich im Kopf des Baumeisters und nicht im Museum für deutsche Geschichte aufhalte. Dieses Letztere befindet sich im Zeughaus und jener hier in meiner Hand und ich mich auf meinem Sofa mit der Möglichkeit aufzustehen, Tee zu kochen und in eigenen Aufzeichnungen zu wühlen. Aber nicht zu oft, denn ich will schließlich weiterkommen.

Natürlich habe ich mich auf längere Abwege begeben, als es um so zentrale Dinge geht, wie die drei Aufgalopp-Monate in den tatsächlichen Verfall eines Staates namens DDR hinein. Die Flucht der Roman-Zentralfiguren in die deutsche Botschaft in Prag, die Innenschau dort. Der Zerfall der Zuversicht bei den Herrschenden. Das Wenden der Geschickten. Das ist eine DDR-Innensicht, die ich in dieser Dichte und Eindringlichkeit selten gelesen habe.

Ich stelle mir den Kopf des Baumeisters vor und versuche, mich in diesen, den Kopf nämlich, hineinzuversetzen. Ich bemerke, wie er sich selbst nicht mehr zutraut, genau zu sagen, wie alles zugegangen ist. Es ist zu viel Zeit vergangen, zu viele Ereignisse haben den Blick auf das Vergangene getrübt. Wohl wahr und

übereinstimmend mit dem, was ich aus jenen Tagen – wiewohl aus gänzlich anderem Blickwinkel – heute noch zu wissen meine, und was meine Tagesnotizen von damals als sicher erlebt festgehalten haben. Alles ist verschwommen. Was für eine Pleite für das eigenen Zeugnis.

Nun wäre es verkürzend und damit unzutreffend, das Labyrinth als einen Erinnerungsmarsch der und des Gestrigen zu beschreiben. Das führt in die Irre. Die kompliziertesten Windungen nimmt das Labyrinth, wo es solche Oberfläche verlässt und tief nach unten in die Niederungen der Macht vordringt. Es sind, so der Baumeister, dieselben Gänge und Windungen im Vorgestern, Gestern und Heute, das Abstützen auf Seilschaften, oder viel stärker noch, so jedenfalls beschreibt es der Baumeister, die familiären Bindungen, die über Systembrüche mühelos hinwegreichen. Hinwegreichen bis hinein in die bis 2021 aktuelle Kanzlerschaft der Romanfigur Anne. Man lacht unwillkürlich, wenn man's liest. So plastisch sind die Figuren, die Kanzlerin A. selbst und ihre Paladine.

Doch zurück zur Macht in nuce. Zunächst durcheilt der Besucher die gut ausgeleuchteten Räume im Palais Schaumburg der Adenauer-Ära, sieht dort den Helden, seine Knappen und den Hofnarren, getarnt als den Leiter des Bundespresseamts, Felix von Eckart, der zugleich der fiktive Informant des Baumeisters ist. Macht, so der Baumeister, ist eine Frage der zutreffenden, oder besser: der im Augenblick brauchbarsten Information. Zur Illustration dessen betritt man ein Spiegelkabinett. Figuren, die einem sehr bekannt vorkommen, entweder weil man den Turm besichtigt hat, oder weil man lange Jahre beruflich Informationen sammelte und weitergab, oder beides. Ich will der Buch-Lektüre durch den Leser dieser Rezension nicht vorgreifen. Zu sagen bleibt indessen, dass die scharf und unnachgiebig Portraitierten das, was sie im Buch über sich lesen können, kaum freuen wird.

Ich sagte es schon, das Labyrinth ist nicht nur auf den einzelnen Ebenen verwirrend, sondern der Besucher ist gezwungen, ständig zwischen oben und unten hin und her zu steigen. Bis tief in den stinkenden Morast von Verrat und moralischer Verkommenheit hinein. Wer bespitzelte wen und warum? Und wer steuerte wen und wie lange und mit welcher moralisierenden Selbst-Exkulpation? Was ist anrüchiger – dies, oder was jetzt kommt? In grellem

Neonlicht beleuchtete Gänge, in denen der Besucher an großflächigen, gestochen scharfen Schwarzweiß-Aufnahmen vorbeigeführt wird. Das, was zu sehen ist, ist der Scheinglanz der Westgesellschaft, den man unangenehm berührt wiedererkennt, auch ganz ohne Bildlegenden. Diese Bilder zeigen gnadenlos die Schminke und die nur mühsam übertünchte Verkommenheit. Zwischen den Bildern sehe ich Spiegel stehen. Während ich mich noch frage, ob sie wirklich da stehen, oder ob ich mich lediglich vorübergehend aus dem Kopf des Baumeisters herausgestohlen habe, verliere ich mich in den Gängen der Grünen.

Hier hat der Baumeister die Videoinstallation gewählt, so dass der Besucher vom unerträglich-scheinmoralischen Gewäsch dieser Flora-Fauna eingehüllt wird. Da riecht es abgestanden, wie in jedem guten Bioladen. Diese Gewächse riechen nicht nur, sie sind klebrig. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die einstigen Lobpreiser des Turm-Baumeisters – sie entstammen genau solchem Milieu – diesen Angriff nicht bemerkt haben könnten. Ich mutmaße, dass sie alles in ihrer Macht Stehende unternehmen werden, um das neugierige Volk vom Besuch des Labyrinths abzubringen. Hosianna und Kreuziget-ihn kommen, wie man weiß, dichtgedrängt in der selben Geschichte vor.

Bei der Rückkehr ans Tageslicht findet der Besucher erneut den in der Mitte gefalteten Handzettel mit der Konstruktion des Labyrinths. Bei meiner eigenen Rückkehr habe ich mich lediglich dafür interessiert, ob der Zettel am Ende derselbe ist wie der am Eingang. Das trifft zu. Ich habe beide nicht gebraucht, um wieder in den Alltag zu gelangen.

2. Enge und Weite

Am Freitag, dem 27. Mai 2022, habe ich an der Lesung von Uwe Tellkamp in der Buchhandlung in Dresden Loschwitz teilgenommen. Man sitzt eng dort, dicht bei dicht. Nicht mein erster Besuch am Orte, aber der erste mit dem Autor Tellkamp. Was er liest, sind einige wenige Seiten aus einem erstaunlich dicken Buch. Sein Titel Der Schlaf in den Uhren. Das ist nichts, was überraschen könnte. Bestenfalls der Umstand, dass er im Gegensatz zu den meisten Schriftstellerkollegen sehr gut lesen kann.

Gut, haken wir das ab. Denn im Mittelpunkt der Veranstaltung steht eine Art Zwiegespräch mit der Buchhändlerin Susanne Dagen. In diesem Zweiergespräch entwickelt der Autor mit kurzen,

leicht verständlichen Worten den Zweck und den Inhalt des Romans. Ich gebe zu, dass mir Zweifel kommen, als ich das dicke Buch in seinen Händen sehe, denn wenn es so ist, wie er sagt, käme bestenfalls ein Insel-Bändchen ans Licht. Doch offenbar ist es anders. Ich beschließe, nicht aufzumucken, sondern die Lektüre des hernach zu erwerbenden Buches abzuwarten.

Eine Einlage eigener Art präsentiert das ungleiche Paar Tellkamp-Dagen, indem es ein Interview zwischen einem skurrilen Alter Ego des Ich-Erzählers und der Buchhändlerin fingiert, indem diese die gängigen abwertenden Floskeln, die über Tellkamp im Umlauf sind, ihn platt auf den Kopf zu abfragt, so: Warum er so ein schlechtes Buch schreibe? Warum er dieses oder jenes geäußert habe, und ob er sich nicht entschuldigen wolle und anderes mehr. Tellkamp, verkleidet mit einer schwarzen Quasi-Uniformjacke mit Blindenbinde, schwarzem Hut und schwarzer Brille, äußert gestanzten Unsinn und die gängigen Plattitüden. Das Publikum ist erheitert. Einen Moment geht mir durch den Kopf, wie gut und glaubhaft er eine Mischung aus einem einstigen, jedoch aktiv gebliebenen Kämpfer an der Geheimen Front und einem Mainstream-Agitator auf die Bühne bringt.

Nun gut, er erläutert hernach, dass sein hauptsächliches Erzähl-Ich aus dem Roman als dieselbe Person ein zweites Ich habe, einen Schatten, dem er den Namen „Nemo“ (mit den Anführungszeichen) gegeben habe, der die Dinge aus der Sicht der Staatssicherheit gesehen habe. Mir kommt in dem Moment der Verdacht, dass der Autor, wie ich es weiter oben zu schildern versucht habe, Spiegelfechtereien mit dem Lesepublikum treibt. Der Verdacht verstärkt sich, als ich feststelle, dass ein Dritter aus dem Roman, der im Turm so positiv gezeichnete Onkel Meno, im neuen Buch eine überaus dubiose Rolle spielt. Erst mühsam wird mir später das Wortspiel von Meno zu Nemo klar. Tellkamp deutet, für mich in dem Moment noch unverständlich, an, dass ihn der reale Onkel hernach beschimpft habe. Ich kann das Sächsische hier nicht wiedergeben, es würde verunglücken.

Bei allem Hin und Her, auch nachdem das Publikum mit einigen Bemerkungen involviert worden ist, zeigt sich, von Satz zu Satz verstärkend, ein Mann auf dem Podium, der durch die üble Behandlung seit Jahr und Tag in seinem Innersten getroffen wurde,

weil er alles das, was man ihm an Empörendem unterstellt hat, deswegen nicht einzusehen vermag, weil es nicht der

Wahrheit entspricht. Er ist nicht rechts, sagt er zum Beispiel. Das ist die Wahrheit, wie er sie sieht, und die er so zu sehen mit guten Gründen berechtigt ist.

Hier zeigt sich auch ein kaum spürbarer Dissens zur Buchhändlerin. Sie sieht in erster Linie einen fabelhaften Verkaufserfolg des neuen Buches, der Autor hingegen den Verlust seiner Ehre. Ich stimme dem ohne Vorbehalte zu.

3. Die Maske des Biedermanns

Ab dem 26. Mai 2022 strahlen deutsche Fernsehsender die mit großem Pomp angekündigte Sendung über den „umstrittenen Autor" Tellkamp aus. Sie dauert zwei Stunden, und sie dient einem einzigen Zweck: Mainstream sieht sich geradezu zwanghaft zu einer Rechtfertigung veranlasst. Man ist speziell wg. der Behandlung der Causa Tellkamp mit dem nicht zur Ruhe kommenden Vorwurf konfrontiert, man könne in Deutschland nicht mehr alles sagen. Dieser Vorwurf kollidiert in beunruhigender Weise mit dem Selbstbildnis von Mainstream, im besten und freisten aller Deutschlands zu leben. Das allerdings glaubt in Deutschland – jenseits des Sumpfes der Propagandisten – nur noch eine Minderheit.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn der öffentliche Rundfunk, der sich als Speerspitze von Mainstream einschätzt, einen Versuch unternimmt, in dem er die verruchte Meinung der Meinungs-Unfreiheit widerlegt. Es gibt daher, so der Gedankengang, keine bessere Möglichkeit als diejenige, diesen Tellkamp mit seiner verderblichen Meinung ausgiebig zu Wort kommen zu lassen und – jetzt kommt's – beim Publikum den Umstand der Wortmeldung, aber nicht deren Inhalt ankommen zu lassen – ein ebenso einfacher, wie gängiger Propagandatrick.

In der Praxis der hier besprochenen Sendung ging das so. Tellkamp redete tatsächlich minutenlang in die Kamera. Ich nehme an, dass er die Worte so sprach, wie sie gesendet wurden. Was unklar blieb, war, in welchem Zusammenhang er das sprach, was zu hören war. Unklar war zum Beispiel: auf welche Fragen oder Einwürfe reagierte er. Zum Beispiel wurde ihm in einer Dauerschleife vorgehalten, der habe mit seiner Äußerung unrecht, 95 Prozent aller Flüchtlinge hätten allein das Motiv, in die Sozialsysteme Deutschlands einzuwandern, was letztlich nicht gut gehen kön-

ne. Das Letztere, die Selbstzerstörung, ist die eigentliche Aussage, doch in der Sendung ging es allein um die Zahl, und diese Zahl 95 sei erwiesen falsch. Soso, ist das erwiesen? Als ob es darauf ankäme. Es könnten genauso gut 55, 80, 96 oder 100 Prozent sein, denn worauf es alleine ankommt, ist der Umstand und die Folgen, nicht hingegen die Zahl.

Der Rest war von ähnlicher Gedankenschärfe. Tellkamp wurde argumentativ von Leuten umstellt, die alle nichts Gutes über ihn zu berichten wussten. Beispielsweise weil er schon mit Leuten wie der Buchhändlerin Dagen gesehen worden sei, welche wiederum mit Leuten gesehen worden sei, welche eindeutig rechts seien, wie der Verleger des Antaios Verlages, der die Stirn gehabt habe, auf der Frankfurter Buchmesse unter einer Tarn-Adresse aufzutreten. Und so weiter und so fort. Die alte Leier von der Kontaktschuld, ein Scheingefecht also, aufgeführt zur Stimmungsmache.

Was, so fragt man, hat das mit dem Meinungs-Korridor zu tun, den Tellkamp wiederholt beschrieben hat, den zu überschreiten in Deutschland die Existenzvernichtung eines Schriftstellers bedeute? Nichts, es sein denn, man nimmt den im Film ausgiebig zu Wort kommenden Dresdner Schriftsteller Ingo Schulze zum Exempel. Er merkt an, dass man sich selbstverständlich an so einem verrufenen Ort wie dem der Buchhändlerin Dagen nicht mehr sehen lassen könne, weil man so etwas wie diesen Ort nicht unterstützen dürfe und so weiter und so fort. Gefahr von Affenpocken? Bei mir kommt nur an: hier äußert sich ein selbstgerechter, zudem ein unterlegener Konkurrent unter der Maske des Biedermanns – der Biedermann als Brandstifter.

Toleranter Umgang bedeute, so die reichlich eingestreuten Kultur-Vermittler, die Grenzen der Toleranz strikt zu beachten. Mit einem solchen, wie dem Tellkamp, sei deswegen ein Gespräch nicht mehr möglich, weil er sich außerhalb des Sagbaren gestellt habe. Besser kann man es kaum sagen. Toleranz ist die Meinung des Wir, so dass das abweichende Du nicht mehr zu Wort kommen darf.

Wenn es eines Beweises für die Wagenburgmentalität von Mainstream bedurft hätte, so genügte die Lektüre der sogenannten Kritiken zu diesem Film. Die Küsschen gebende Branche brachte unisono zu Ausdruck, wie wunderbar dieser Film gelungen sei – ein „Meisterwerk“ –, weil der Beweis geführt worden, dass Tellkamps Aussagen falsch und

dagegen die Auffassung richtig sei, dass man in Deutschland alles sagen könne.

Mehrere Stunden sprachen wir im Freundeskreis bis in die späte Nacht hinein über Buch, Lesung und Fernsehklamauk. Einer äußerte, die Kritiker seien in Wirklichkeit erleichtert, dass das von ihnen verrissene Buch so harmlos sei, wie es nun mal sei – jedenfalls keine herbeifantasierte, leicht zu durchschauende Handreichung zum Systemsturz. Mag sein, dass das stimmt. Ich meine die Sicht der Kritiker. Doch ich teile diese Sicht nicht. Das Buch ist äußerst komplex, vielleicht zu komplex, aber alles andere als harmlos. Man lege die dort gnadenlos geschilderten Situationen an das Hier und Heute an. Dann wird klar, was ich meine.

Helmut Roewer

Uwe Tellkamp, „Der Schlaf der Uhren“, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2022, 904 Seiten, 32 Euro

Die Vierteljahresschrift TUMULT ist heute für rechte Intellektuelle das, was Enzensbergers KURSBUCH 1968 für die Linke war. Brillante Essays, Forschungen und Tiefengrabungen im Zeitgeist …

Matthias Matussek, *Tichys Einblick*

In den Presseshops auf Bahnhöfen und Flughäfen und im Buchhandel 112 Seiten • € 10,00 (D), € 10,50 (A), SFR 12,00 (CH)

Ein Jahresabonnement (4 Hefte) ist bestellbar über www.tumult-magazine.net/abonnement oder tumult-abo@gmx.de und kostet einschließlich Versand: € 40,00 in Deutschland und € 48,00 in anderen Ländern. Bitte geben Sie an, mit welcher Ausgabe das Abonnement beginnen soll.

Das Recht der Nationen

Das bemerkenswerte Buch des namhaften französischen Philosophen Alain Finkielkraut, Titel: „Ich schweige nicht – Philosophische Anmerkungen zur Zeit“, das mit einem aktuellen Gespräch zwischen ihm und Peter Sloterdijk beginnt, ist in mehrfacher Hinsicht lesenswert: Zum einen zeichnet der einflussreiche Intellektuelle seinen persönlichen Werdegang nach, greift dabei kritisch eine Reihe von wichtigen Themen auf, die ihn und sein Leben lang begleitet haben: Seine jüdische Herkunft, die 68er Bewegung, der Rassismus, Israels Selbstbehauptungskampf sowie die angeschlagene europäische Identität, die er durch die im Westen weit verbreitete Ideologie des Multikulturalismus ernsthaft bedroht sieht.

Finkielkraut: „Haben die Deutschen den Verstand verloren?“

Dabei kommt er in der Beurteilung für die in Deutschland postnational geprägte politische Klasse zu Schlüssen, die sonst in dieser zugespitzten Deutlichkeit fast nur von so genannten „Populisten“ zu hören und zu lesen sind. Schon im Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom November letzten Jahres stellte Finkielkraut apodiktisch fest, dass eine sinnvolle Politik nur in einer Nation möglich sei, er glaube daher nicht – wie der linke und maßlos überschätzte „BRD-Hausphilosoph“ Jürgen Habermas – an eine Art postnationale Demokratie. Auch der bei uns viel zitierte „Verfassungspatriotismus“ sei für einen souveränen Staat nicht hilfreich. Finkielkraut wörtlich: „Das ist Unsinn! Ich glaube an das Recht der Nationen, an historische Kontinuität, die Wichtigkeit einer gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur.“ Dass in Köln seit kurzem der Muezzin sogar zum

Gebet aufrufen darf quittiert er mit der Frage: „Haben die Deutschen den Verstand verloren? Vielleicht hat sie die Reue so hart getroffen, dass sie zu Idioten geworden sind.“ Das sind offene Worte, einem freundschaftlichen Warnruf mit Signalcharakter gleich, die jenseits der politischen Lager Nachdenklichkeit auslösen sollten.

An vielen Stellen in seinem Buch geht Finkielkraut auf die Problematik multikulturalisierter Gesellschaften ein, „den Zusammenstoß der Kulturen im Inneren nationaler Gemeinschaften“, den er vehement kritisiert, weil er zu schwer beherrschbaren Dauerkonflikten führt. Er registriert dabei: „In den ständig wachsenden Problemvierteln stellt sich die soziale Frage in besonderer Schärfe, aber unter neuen Bedingungen“, nämlich: „Das Soziale lässt sich nicht mehr auf das Ökonomische reduzieren“. In Folge dieser brisanten und von den Funktionseliten massiv geförderten Einwanderungsentwicklung komme es zu Spaltungen, die Gewalt explodiere, Wut und religiöses Eiferertum würden in einer Weise sichtbar, die nichts mehr mit Klassenkampf im traditionell linken Sinne zu tun hätten, so die Bilanz seiner neuen „sozialen Frage“.

Finkielkrauts Abschied von der 68er-Linken beschreibt der französische Intellektuelle als Ablösungsprozess: „Die verführerische Vorstellung von einer globalen Lösung für die Probleme der Menschheit verlor ihren Zauber, als ich allmählich entdeckte, was es konkret bedeutete, ein Mensch unter Menschen zu sein.“ Die sich links und progressiv gebärdende Israel-Kritik nimmt er im Sinne seiner anti-globalistischen Konzeption entsprechend wahr und schreibt: „Als resolute Universalisten geißeln sie die Entscheidung der Juden, einen Staat nach ethnischen Prinzipien zu gründen, wenn doch für alle Demokraten der Zeitpunkt gekommen sei, zur Menschheitsreligion zu konvertieren.“ Allerdings mache ihn seine sorgenvolle Verbindung zum Nationalstaat Israel nicht blind, sondern er plädiere seit 40 Jahren für das Ende der Besetzung und die „Zwei-Staaten-Lösung“.

Die 144 Seiten zählende Schrift birgt weitere interessante Aufklärungsbezüge aus dem Leben des Alain Finkielkraut. Er setzt sich nämlich auch mit den Gedanken und Anregungen seiner geistigen Wegbegleiter auseinander, als da sind: Martin Heidegger, Emmanuel Levinas, Charles Peguy, Michel Foucault und – vor allem – Milan Kundera, dem er

sein Buch gewidmet hat. Warum Kundera? Vielleicht wegen dieser Finkielkraut prägenden beiden Sätze: „Europa oder Nation, sagte ich, bevor ich Kundera gelesen hatte. Als ich ihn las, begriff ich, dass es bei Europa und der Nation um ein und dieselbe Sache gehen konnte."

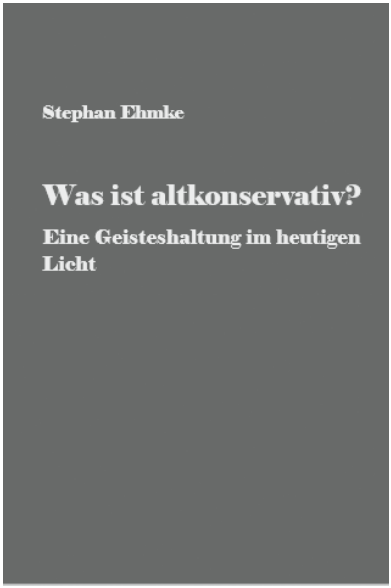
Bernd Kallina

Alain Finkielkraut, „Ich schweige nicht – Philosophische Anmerkungen zur Zeit", LMV-Verlag, ein Imprint der Langen-Müller Verlag GmbH, München 2021, 20,00 Euro

---

„Was ist altkonservativ?"

Die Broschüre beschäftigt sich mit dem Denken und Handeln der altkonservativen preußischen Staatsrechtler, Theologen, Historiker, Offiziere und Politiker aus dem Kreis um Ernst-Ludwig und Leopold von Gerlach, die in den 30-er bis 50-er Jahren des 19. Jahrhunderts die Politik des Königreiches prägten. Ihre Grundlagen waren das Christentum der „Evangelischen Katholizität" (F.J.Stahl), die souveräne Monarchie und der christliche Staatsgedanke des „Alten Reiches", des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Auf Europa bezogen waren sie der „Heiligen Allianz" verpflichtet, der Verbindung der christlichen Monarchien Rußland, Preußen und Österreich,



die 1815 mit Napoleon I. das revolutionär-totalitäre Prinzip besiegt hatten.

Altkonservativ heißen sie deshalb, weil sie sich von denjenigen Konservativen unterscheiden, die sich seit 1858 - dem Beginn der so genannten „Neuen Ära“ in Preußen - der Säkularisierung, dem liberalen Parlamentarismus und dem Gedanken der Volkssouveränität geöffnet hatten. Die Altkonservativen blieben demgegenüber bei ihren grundsätzlichen Auffassungen vom Staat als dem „sittlichen Reich“ Gottes, der organisch gegliederten korporativen Gesellschaft und dem souveränen Monarchen, der seine politische Macht aus christlicher Verantwortung heraus mit seinen Untertanen teilt. Ihr Ziel war die Erhaltung einer gewachsenen gerechten Ordnung auf der Grundlage von Gottes Geboten. Ihr Motto war das der von ihnen 1848 gegründeten „Neuen Preußischen Zeitung“ (genannt „Kreuzzeitung“): „Vorwärts! Mit Gott für König und Vaterland“.

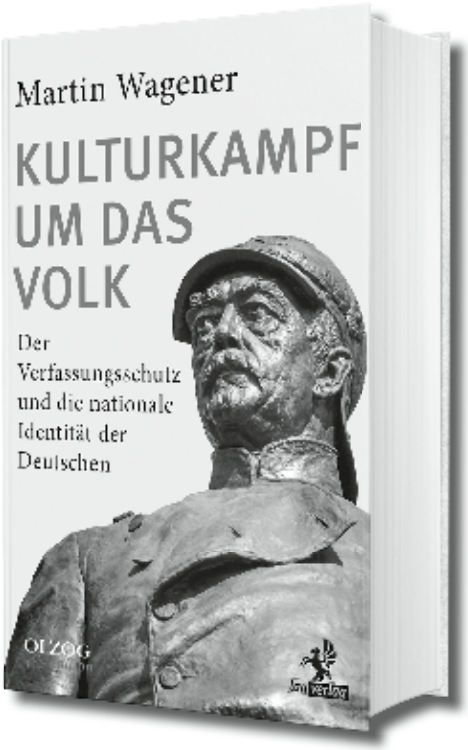
Die Altkonservativen fanden ihre geistigen Nachfolger im Zweiten Deutschen Kaiserreich, der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik Deutschland. Manche von ihnen gehörten dem Widerstand gegen Hitler an, wie der im April 1945 hingerichtete tiefgläubige Landwirt und Politiker Ewald von Kleist-Schmenzin.

Die Beschäftigung mit dem altkonservativen Gedankengut beinhaltet nicht nur die Historie, sondern auch die Frage, wie seine Ideen heute noch - oder wieder - für Volk und Staat, Deutschland und Europa fruchtbar gemacht werden können und müssen.

Stephan Ehmke: „Was ist altkonservativ?“ Broschüre, 120 Seiten. Kiel, 2022
Zu beziehen bei: Ernst-Ludwig-von-Gerlach-Institut Kiel, Wilhelminenstraße 47/49, 24103 Kiel, E-Mail: direktorat@gerlach-institut.de.

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt
Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

MARTIN WAGENER
KULTURKAMPF UM DAS VOLK
Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen.
Gebunden mit Schutzumschlag und Lesebändchen.
512 Seiten. Format 15 x 22,7 cm.
€ 26,00 [D] | € 26,80 [A]
ISBN 978-3-95768-228-4
Lau-Verlag, Reinbek



Gibt es das deutsche Volk noch? Die Frage mutet absurd an, hat aber einen wahren Kern. Die Bevölkerungspolitik der Bundesregierung ist darauf ausgerichtet, eine multikulturelle Gesellschaft zu errichten. Aus der historisch gewachsenen Kulturnation soll eine neue Willensnation werden. Umfragen zeigen, dass eine deutliche Mehrheit der autochthonen Bevölkerung dem Projekt kritisch gegenübersteht. Aus ihrer Sicht kann die nationale Identität der Deutschen nicht beliebig konstruiert werden. Vor diesem Hintergrund ist schon vor vielen Jahren ein anhaltender Kulturkampf in der Bundesrepublik entbrannt, in dem um die Deutungshoheit dessen gerungen wird, was das deutsche Volk ausmacht. Dabei wird mit ungleichen Waffen gekämpft. Führende Vertreter aus der Politik und den Leitmedien haben zum »Kampf gegen rechts« aufgerufen. Mit ihm werden oft auch jene Einheimischen diskreditiert, die ihre identitären Wurzeln in der eigenen Geschichte sehen und deshalb zwischen dem deutschen Volk und dem deutschen Staatsvolk unterscheiden. Zur Durchsetzung der offiziellen Linie setzt die Bundesregierung unter anderem auf das Bundesamt für Verfassungsschutz, dessen Präsident Thomas Haldenwang mit einem nur wenig differenzierten Volksbegriff operiert. Aus seiner Sicht sind bereits Termini wie »Überfremdung« und »Islamisierung« als verdächtig anzusehen. Mit diesem Vorgehen überschreitet der Verfassungsschutz sein eigentliches Mandat.
Im vorliegenden Buch wird der Kulturkampf umfassend betrachtet. Die Ausführungen folgen einem positiven Verständnis von Volk, Nation und Vaterland – wie es von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl üblich war. Eine sachliche Diskussion des Themas ist in Deutschland gleichwohl unter den Bedingungen des Parteienstaates sowie dominierender linksliberaler Narrative und Frames schwierig. Dabei wäre eigentlich alles so einfach: Identität hat viele Facetten. Man muss nur tolerant sein.

www.lau-verlag.de

Freilich

Fakten, Reportagen,
alternative Meinungen
und mehr.

Jahresabo ab 54,-

- 6x im Jahr
- Sonderausgaben inkludiert
- Über 100 Seiten stark

Genug vom Mainstream?

Jetzt ein Abo
abschließen:
freilich-magazin.at